

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie
Masterstudiengang Psychologie
Arbeitsbereich Klinische Psychologie und Psychotherapie

In Kooperation mit dem
BEHANDLUNGSZENTRUM FÜR FOLTEROPFER



MASTERARBEIT

Konstruktion des Fragebogens
Staatliche Anerkennung
als Betroffene_r von Menschenrechtsverletzungen
und der Zusammenhang mit psychischer Gesundheit und
Gerechtigkeitserleben

Vorgelegt von
VALESKA GERST & KRISTINA SARA UTZ

Matrikel-Nummern: 4693717 und 4655786
Eingereicht am: 16. Januar 2015
Erstgutachterin: Junior-Prof. Dr. Christine Knaevelsrud
Zweitgutachterin: Dr. Ulrike Zetsche

Oft bleiben diejenigen unerkannt, die anerkannt zu werden verdienen.

Verfasser unbekannt

Unser Dank gilt

allen Teilnehmenden der Studie für ihre Zeit und Offenheit,
den Beratungsstellen und Institutionen für ihre organisatorische Hilfe,
unserer Betreuerin Carina für ihre wertvollen Ratschläge und die Diskussionen,
unseren Interview-Partner_innen für ihre Zeit und Inspiration,
dem Team der Forschungsabteilung des bzfo für die fachliche Beratung,
den Korrekturlesenden für ihre Hilfe und Anregungen,
und allen weiteren Menschen, die uns unterstützt haben.

Kristina dankt

meinen Eltern, für ihre Liebe, Unterstützung und das Ermöglichen meines Studiums,
meinen Weggefährten_innen für ihre Begleitung,
Lucie und Leander für ihr Dasein,
Marie und Niels für ihre Winterhöhle,
und Lu [].

Valeska dankt

meinen Eltern für ihre Unterstützung und Liebe,
meinem Bruder für die einzigartige *Juglans regia*-Symbiose
und Mareike, danke, dass du da bist.

Das ist also die erste Aporie der Menschenrechte in der Folge des Totalitarismus: daß der Staat, dessen Machtmittel allein geeignet sind, die natürlichen Rechte des Menschen in der Gesellschaft zu verwirklichen, sich zugleich als die Hauptbedrohung der Menschenrechte erwiesen hat.

Hannah Arendt¹

The acknowledgment is important, precisely *because* it constitutes a form of recognising the significance and value of persons as individuals, as citizens, and as victims. Reparations work to the extent that they succeed in becoming symbolic and material manifestations of the fact that human-rights violations are not inconsequential, that the state and its members consider them significant enough to invest “moral capital” as well as financial resources in redress. Taking human-rights violations seriously, making sure that they do not turn out to be inconsequential, involves taking the idea seriously that, for victims, the violations are certainly never inconsequential, and, therefore, that the creation of special programmes for them, involving their participation (for recognition is not something that is simply “conceded”) is called for.

Pablo de Greiff²

1 Zitiert nach Menke und Pollmann (2007, S. 19)

2 de Greiff (2011, S. 122)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	4
Zusammenfassung	7
Abstract	8
1. Einleitung	9
2. Theoretischer Hintergrund	13
2.1 Staatliche Menschenrechtsverletzungen.....	13
2.2 Auswirkungen staatlicher Menschenrechtsverletzungen auf die psychische Gesundheit am Beispiel der PTBS.....	16
2.3 Sozio-interpersonelles Modell von Maercker und Horn.....	18
2.4 Anerkennung, Gerechtigkeit und psychische Gesundheit.....	20
3. Staatliche Anerkennung: Konzeptualisierung	24
3.1 Rechtliche Anerkennung.....	24
3.2 Anerkennung durch Würdigung.....	27
3.3 Abgrenzung zu sozialer Anerkennung.....	29
3.4 Definition.....	30
3.5 Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und psychischer Gesundheit.....	30
3.6 Zur Bedeutung der subjektiven Wahrnehmung.....	32
4. Fragestellung und Hypothesen	33
4.1 Staatliche Anerkennung als multidimensionales Konstrukt (Hypothese 1).....	33
4.2 Reliabilität des Fragebogens (Hypothese 2).....	33
4.3 Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und PTBS, Depression sowie Wohlbefinden (Hypothese 3).....	33
4.4 Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und Gerechtigkeitserleben (Hypothese 4).....	33
4.5 Zusammenhang von staatlicher und sozialer Anerkennung (Hypothese 5).....	34
5. Methode	35
5.1 Fragebogenkonstruktion.....	35
5.1.1 Literaturrecherche.....	35
5.1.2 Expert_innen-Interviews.....	35
5.1.3 Erstellung des Fragebogenentwurfs.....	36
5.1.4 Expert_innen-Rating.....	37
5.2 Datenerhebung.....	37

5.2.1 Untersuchungsablauf.....	37
5.2.2 Validierungsstichprobe.....	37
5.2.3 Instrumente.....	39
5.2.3.1 Fragebogen zur sozialen Anerkennung als Opfer (SAQ).....	39
5.2.3.2 Allgemeine Gerechte Welt Skala (GWAL) und Persönliche Gerechte Welt Skala (GWPER)	40
5.2.3.3 PTBS Checklist für DSM-5 (PCL-5)	40
5.2.3.4 Well-being Index 5 (WHO-5)	41
5.2.3.5 Sektion Depression des Gesundheitsfragebogen für Patienten (PHQ-D)	41
5.3 Statische Analyse und Datenauswertung.....	41
5.3.1 Daten und fehlende Werte	41
5.3.2 Deskriptive Statistiken	42
5.3.3 Itemanalyse.....	42
5.3.4 Exploratorische Faktorenanalyse.....	43
5.3.5 Reliabilität und Trennschärfen	44
5.3.6 Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und psychischer Gesundheit sowie Gerechtigkeitserleben.....	44
5.3.7 Diskriminante Validität	45
5.3.8 Inkrementelle Validität.....	45
6. Ergebnisse	47
6.1 Daten und fehlende Werte	47
6.2 Stichprobenbeschreibung und deskriptive Statistiken	48
6.3 Empirische Überprüfung des Testentwurfs	51
6.3.1 Rating	51
6.3.2 Erste Reliabilitäts- und Trennschärfenanalyse	52
6.3.3 Itemanalyse und erste Itemselektion	52
6.3.4 Exploratorische Faktorenanalyse.....	54
6.3.5 Zweite Reliabilitäts- und Trennschärfenanalyse	57
6.4 Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und PTBS, Depression, Wohlbefinden und Gerechtigkeitserleben	59
6.5 Diskriminante Validität	60
6.6 Inkrementelle Validität	61
7. Diskussion.....	65
7.1 Fragebogenentwicklung (Hypothesen 1 und 2).....	65
7.2 Staatliche Anerkennung und ihr Zusammenhang mit PTBS, Depression, Wohlbefinden und Gerechtigkeitserleben (Hypothesen 3 und 4) – im Vergleich zu sozialer Anerkennung (Hypothese 5)	66

7.3 Wie anerkannt fühlen sich Betroffene von Menschenrechtsverletzungen in der ehemaligen DDR?.....	70
7.4 Limitationen der Studie	72
8. Implikationen und Ausblick	75
9. Literaturverzeichnis	79
10. Literaturverzeichnis für audiovisuelle Quellen	86
11. Abbildungsverzeichnis	87
12. Tabellenverzeichnis	87
13. Anhang	88
Anhang A: Leitfäden Expert_innen-Interview	88
Anhang B: Schriftliche Zusammenfassungen der Interviews.....	90
Anhang C: Itemselektionstabelle	95
Anhang D: Fragebogen zur wahrgenommenen staatlichen Anerkennung als Betroffene/r von Menschenrechtsverletzungen.....	98
Anhang E: Bescheid der Ethikkommission	100
Erklärung und Autorinnenhinweis.....	101

Zusammenfassung

Systematische Menschenrechtsverletzungen, die der Staat entweder selbst verübt oder aber nicht verhindert, haben neben negativen gesellschaftlichen Konsequenzen auch Auswirkungen auf die psychische Gesundheit des einzelnen Individuums. Zur Aufarbeitung der Geschehnisse werden daher häufig sogenannte *Transitional Justice*-Maßnahmen eingeleitet. Dabei ist eines der Hauptziele *staatliche Anerkennung*, die die rechtliche und symbolische Gleichstellung der Betroffenen als gleichwertige Bürger_innen durch Akteure des Staates bezeichnet. Sie stellt eine Grundlage für die Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit dar. Um die konstatierten positiven Auswirkungen staatlicher Anerkennung für die Betroffenen empirisch zu überprüfen, fehlt es bisher jedoch an geeigneten Instrumenten. Aus der Forschung zu *sozialer Anerkennung*, welche sich protektiv auf die Symptome einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) auswirkt, lässt sich ein positiver Einfluss von staatlicher Anerkennung auf die psychische Gesundheit ableiten. Um zu überprüfen, ob staatliche Anerkennung überhaupt erreicht wird und welche Auswirkungen sie tatsächlich hat, ist daher Hauptziel der Arbeit die Konstruktion eines Fragebogens zur subjektiv wahrgenommenen *staatlichen Anerkennung als Betroffene_r von Menschenrechtsverletzungen* (STAAN). Zur Fragebogenkonstruktion wird eine ausführliche Literaturrecherche mit qualitativen Daten aus Expert_innen-Interviews kombiniert. Die Pilotierung erfolgt mit einer Stichprobe von Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen durch das Regime der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik ($N = 77$). Nach Faktorenanalysen zeigen sich drei Faktoren auf insgesamt 18 Items: *Würdigung*, *Gleichstellung* und *Fehlen von Missachtung*. Dabei zieht sich der rechtliche Aspekt von staatlicher Anerkennung durch alle Skalen und zeugt von der übergeordneten Relevanz, die Ebenbürtigkeit für die Betroffenen hat. Die Reliabilität liegt sowohl für die Gesamtskala als auch für die Subskalen in einem guten Bereich. Wie erwartet korreliert staatliche Anerkennung negativ mit Symptomen der PTBS (erhoben mit der PCL-5) und Depression (erhoben mit dem PHQ-D) und positiv mit subjektivem Wohlbefinden (erhoben mit dem WHO-5), dem allgemeinen und persönlichen Gerechtigkeitsleben (erhoben durch GWAL und GWPER). Allerdings klärt staatliche Anerkennung nur bezüglich des Gerechtigkeitserlebens über die soziale Anerkennung (erhoben mit dem SAQ) hinaus Varianz auf – ansonsten wird der Einfluss der staatlichen Anerkennung durch die soziale Anerkennung vermittelt, was auf eine gemeinsame Anerkennungskomponente oder moderierende Einflüsse schließen lässt. Die Studie zeigt, dass staatliche Anerkennung im Kontext von Transitional Justice-Maßnahmen insbesondere für das Gerechtigkeitserleben wichtig ist, welches sich wiederum positiv auf die psychische Gesundheit nach erlebten Menschenrechtsverletzungen auswirken kann. Der Fragebogen bietet sich als Verfahren für die nähere Erforschung dieser Zusammenhänge an. Neben der Reliabilität ist die Validität des Fragebogens in Folgestudien abzusichern.

Abstract

Whether the state acts as a bystander or perpetrator of systematic human rights violations, the negative impacts of such atrocities affect not only society as whole, but also the mental health of individuals. The process of coming to terms with the past often involves transitional justice measures. One of the main objectives is recognition by the state, which constitutes the legal and symbolic equalization of those affected by human right violations as equivalent members of society through actors of the state. Recognition provides the basis for the restoration of social justice. So far, however, psychometric instruments to test the stated positive effects of recognition by the state are lacking. Studies on social acknowledgment show the protective effect on symptoms of post-traumatic stress disorder (PTSD); a positive impact of state recognition on the mental health of individuals is therefore likely. In order to verify the effect of state recognition and whether it is achieved at all, our main goal is to construct a questionnaire on subjectively perceived recognition by the state for people affected by human rights violations (STAAN). For questionnaire construction, a detailed literature review is combined with qualitative data from interviews with experts. The pilot study is conducted with a sample of victims affected by human rights violations of the communist regime in former East Germany ($N = 77$). Factor analysis results in a questionnaire with 18 items and three factors: appreciation, equality and absence of disrespect. The aspect of legal recognition stretches through all scales and demonstrates the overriding relevance equality has for those affected. Internal consistency for the total scale and the subscales is very good. As expected, state recognition correlates negatively with symptoms of PTSD (examined with PCL-5) and depression (examined with PHQ-D), but positively with subjective well-being (examined with WHO-5) and the overall and personal experience of justice (examined with GWAL and GWPER). State recognition accounts for more variance than social recognition (examined with SAQ) only with regards to the experience of justice. In all other instances, the influence of state recognition is mediated through social recognition, which indicates a shared component of recognition or moderating influences. The study shows the relevance of recognition by the state especially for the experience of justice in the context of tranistional justice measures. This in turn might have a positive influence on mental health after the experience of human right violations. The questionnaire serves as a psychometric instrument for further research of these correlations. Further research should assure validity and reliability.

1. Einleitung

In gewaltvollen Konflikten und unter autoritären Regimen sind systematische Menschenrechtsverletzungen weit verbreitet. Geht die Gewalt vom Staat selbst aus, stellt dies in der Regel eine Verletzung der Gesetze dar, die sich der Staat durch seine Verfassung selbst gegeben hat – es geht also um den Missbrauch von Staatsmacht. Daraus ergibt sich eine Verantwortung für Staaten, sollte es zu Menschenrechtsverletzungen gekommen sein. Um Gerechtigkeit wiederherzustellen, ist er verpflichtet, Ungerechtigkeiten und Nachteile, die durch die rechtlichen Verletzungen entstanden sind, wieder auszugleichen bzw. zu entschädigen. Die Betroffenen³ haben somit einen rechtlichen Anspruch auf Entschädigungen (Reparationen), die oft aus einem materiellen Ausgleich und symbolischen Wiedergutmachungsmaßnahmen zu physischen und psychischen Verletzungen bestehen.

In Post-Konflikt-Gesellschaften⁴ wird deshalb oftmals eine Übergangsjustiz (*Transitional Justice*⁵) eingerichtet. Konkret können z. B. folgende Maßnahmen im Rahmen eines Transitional Justice-Prozesses eingeleitet werden, wobei die Liste keineswegs vollständig ist (International Center for Transitional Justice, ICTJ, 2009):

- Strafrechtliche Verfolgungen,
- Wahrheits- und Versöhnungskommissionen (Truth and Reconciliation Commissions, TRC),
- Reparationsprogramme (z. B. Opferentschädigung),
- Maßnahmen zur Geschlechter-Gerechtigkeit,

3 Im Rahmen von Menschenrechtsverletzungen und Gewalterfahrungen werden die Leidtragenden mit verschiedenen Begriffen benannt: Der Begriff „Opfer“ legt eine passive und leidende Rolle, eine Unterlegenheit nahe; als Gegensatz wird oft der Begriff „Überlebende_r“ gewählt, wobei hier die Deutung von Betroffenen als aktive Held_innen assoziiert wird, die von Betroffenen nicht immer als solche erlebt wird (Goschler, 2005; Ross, 2003). Eine exklusive Einteilung in „Opfer“ und „Täter_innen“ ist ohnehin meist nicht möglich; viele Personen sind auf unterschiedliche Weise betroffen und die Begriffe moralisch aufgeladen. Wir haben uns deshalb für die neutrale Kategorie „Betroffene“ entschieden. Wenn an einigen Stellen der Begriff des Opfers verwendet wird, dann um die rechtlichen Ansprüche oder den sozialen Status zu betonen. Damit folgen wir Emcke (2000), die zu dem Schluss kommt: Opfer „teilen keine Überzeugungen, sondern Erfahrungen“ (S. 486). So kann man sie als Gruppe aufgrund gemeinsamer Erfahrungen der Verletzung ihrer Menschenrechte verstehen.

4 Wir ziehen diesen Begriff dem der Übergangsgesellschaft oder der Nachkriegsgesellschaft vor, da hier auch Konflikte (nicht nur Kriege) eingeschlossen sind und dennoch die Gemeinsamkeit einer gewaltsamen Vergangenheit im Fokus steht.

5 Die deutsche Übersetzung „Übergangsjustiz“ betont weniger den Prozesscharakter von Transitional Justice, sodass wir in dieser Arbeit den englischen Begriff verwenden. Da der Begriff oft ausschließlich im Zusammenhang mit autoritären Regimen eingesetzt (vgl. Nagy, 2008) und interessanterweise selten im Zusammenhang mit westlichen Staaten gebraucht wird („Transitional Justice droht zu einer Konstruktion für die Wilden zu werden, die sich die Köpfe einschlagen, und westliche Akteure bleiben außen vor“; Kaleck, 2014, Min. 38:14 – 38:20), könnte man alternativ auch von Aufarbeitung schwerster Menschenrechtsverletzungen sprechen. Wir präferieren hingegen, den Begriff aufgrund seines Fokus auf Gerechtigkeit beizubehalten und seine Bedeutungsstruktur auch auf demokratische Staaten auszuweiten: denn auch dort werden Menschenrechtsverletzungen begangen, wenngleich in geringerem Ausmaß.

- Institutionelle Reformen (z. B. der Polizei),
- Initiativen für eine Erinnerungskultur (z. B. Denkmäler).

Durch Transitional Justice-Maßnahmen sollen Recht und Ordnung wiederhergestellt und die Vergangenheit aufgearbeitet werden, um den Übergang in eine demokratische Gesellschaft zu ermöglichen: „It seeks recognition for victims and promotion of possibilities for peace, reconciliation and democracy“ (ICTJ, 2009). De Greiff (2006) nennt Anerkennung der Betroffenen als ein zentrales Ziel von Transitional Justice – neben der Wiederherstellung des bürgerlichen Vertrauens in die staatlichen Institutionen und Solidarität (vgl. auch de Greiff, 2011; Doak, 2011). Einerseits soll Anerkennung der Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen selbst erreicht werden; andererseits soll durch Anerkennung des Geschehenen insbesondere ein Beitrag zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit und zur Integration der Betroffenen in die Gesellschaft geleistet werden (vgl. Haldemann, 2008). Nach Doak (2011) können solche sozialen Vermittlungsprozesse das psychische Wohlbefinden erhöhen; Wiedergutmachungsleistungen sollen „individuelle und soziale Wunden heilen“ (Lykes & Mersky, 2006, S. 452). Inwieweit wirken sich politische und rechtliche Prozesse wirklich auf die psychische Gesundheit aus? Kann Anerkennung dabei einen Beitrag zur psychischen Gesundung der Bevölkerung leisten, nachdem staatliche Gewalt erlebt wurde? Und inwieweit wird Anerkennung der Betroffenen selbst erreicht?

Dem Thema Anerkennung und ihren Auswirkungen auf die menschliche Psyche wurde in der Psychologie – im Gegensatz zu anderen Wissenschaften – erstaunlich wenig Aufmerksamkeit geschenkt; eine eigene wissenschaftliche Definition gibt es nicht⁶ (siehe hierzu Limmer, 2005, der dies bereits feststellte). Die Forschungsgruppe um Maercker hat das Konstrukt der *sozialen Anerkennung als Opfer bzw. Überlebende*⁷ entwickelt (Maercker & Müller, 2004). Einige Publikationen beleuchten die Relevanz sozialer Anerkennung für die Betroffenen und ihre positiven Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. So kann soziale Anerkennung die Entstehung und Entwicklung von Traumafolgestörungen mit erklären und positiv beeinflussen (u.a. Maercker & Müller, 2004; Müller & Maercker, 2006; Maercker, 2013).

6 Eine allgemeine soziologische Definition beschreibt Anerkennung als eine positive Einstellung gegenüber einer Person, ihre positive Bewertung und die Akzeptanz dieser Person durch andere (Fuchs-Heinritz, Lautmann, Rammstedt und Wienold, 1994).

7 In einigen Veröffentlichungen wird anstelle des Begriffs „soziale Anerkennung als Opfer bzw. Überlebender“ auch „gesellschaftliche Wertschätzung“ verwendet (Müller und Maercker, 2006).

Jedoch bezieht sich auch dieses Konzept eher auf die Mikro- und Mesoebene; die Wichtigkeit entfernterer Institutionen wurde zwar herausgestellt, bisher aber nicht untersucht (Doak, 2011; Maercker & Horn, 2013; Müller & Maercker, 2006). Hier ist neben den Beiträgen der Rechts- und Politikwissenschaft, denen Transitional Justice zugeordnet wird, auch der der Psychologie wichtig.

Die bisherigen Publikationen können als Hinweise für einen möglichen positiven Einfluss staatlicher Anerkennung verstanden werden. Ob Transitional Justice-Maßnahmen dieses oder andere politische und psychosoziale Ziele wirklich erfüllen, wird selten überprüft (de Greiff, 2011). In den letzten Jahren gab es zwar verstärkt Bemühungen, Transitional Justice wissenschaftlich zu fundieren. Insbesondere der Beitrag von TRCs zur Bewältigung und Aufarbeitung vergangener Ereignisse steht dabei im Fokus der Forschung (Androff, 2010, 2012; Mendeloff, 2009; Ross, 2003; Verdoolaege, 2012). Jedoch fehlt es unter anderem an geeigneten Instrumenten, um die empirische Wirksamkeit zu überprüfen. So gibt es bisher keinen Fragebogen zur Untersuchung des Einflusses staatlicher Anerkennung. Ziel dieser Arbeit ist es, ein solches Instrument zu entwickeln und seine Relevanz aufzuzeigen sowie die möglichen Auswirkungen staatlicher Anerkennung auf die psychische Gesundheit herauszustellen. Aufgrund der Interdisziplinarität des Themas fließen dabei immer wieder Erkenntnisse aus den Rechts-, Politik- und Sozialwissenschaften und der Sozialphilosophie ein.

Bevor wir uns näher mit dem Begriff der Anerkennung beschäftigen, werfen wir zunächst einen Blick darauf, in welchem Kontext staatliche Anerkennung relevant wird – nämlich nach Gewalt, die vom Staat ausgeht. Dies wird anhand des Konzepts der Menschenrechte beleuchtet; dabei gehen wir insbesondere auf die zentrale Bedeutung von Gerechtigkeit ein. Die Auswirkungen staatlicher Menschenrechtsverletzungen und ihre besondere Qualität werden erläutert, wobei der Fokus auf der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) liegt, da es hierzu bereits Modelle sowie einige Untersuchungen im Zusammenhang mit Anerkennung gibt. Ferner wird die Relevanz von Anerkennung für die psychische Gesundheit der Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen herausgestellt.

Anschließend wird staatliche Anerkennung konzeptualisiert und definiert. Hierzu ist zunächst wichtig, den Staat in seiner Rolle für die Anerkennung von Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen zu erläutern. Es wird herausgearbeitet, auf welchem Wege der Staat Anerkennung gewährleisten kann; und in wieweit sich diese von gesellschaftlicher Anerkennung unterscheidet. Dabei zeigen wir den Zusammenhang von staatlicher

Anerkennung und psychischer Gesundheit auf und gehen auf die subjektive Wahrnehmung von Anerkennung ein.

Die Arbeit kombiniert eine ausführliche Literaturrecherche mit qualitativen Daten aus Expert_innen-Interviews⁸. Auf dieser Grundlage werden Items für einen Fragebogen zur subjektiv wahrgenommenen staatlichen Anerkennung von Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen abgeleitet. Eine erste empirische Überprüfung erfolgt an Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen durch das Regime der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Ziel ist es, ein reliables und valides Instrument zu entwickeln, das zukünftig eventuell auch international in Post-Konflikt-Ländern eingesetzt werden kann.

Zusätzlich werden Wohlbefinden, PTBS- und Depressionssymptome erhoben, um erste Hinweise auf die Relevanz des Konstrukts für die psychische Gesundheit zu erhalten. Weiterhin werden erste Zusammenhänge mit dem Gerechtigkeitserleben untersucht. Die Ergebnisse werden diskutiert und vor ihrem theoretischen Hintergrund kritisch beleuchtet.

⁸ Wir bemühen uns um eine möglichst geschlechtergerechte Sprache. Mit dem Gap () als sprachliches Mittel soll eine zu füllende Lücke für sämtliche sozialen Geschlechter bzw. –Identitäten geschaffen werden, ein Verweis auf sonst unsichtbar gemachte Menschen (vgl. Herrmann, S. K. [alias S_he], 2003). Im Fragebogen haben wir uns gegen den Gap und für einen Schrägstrich entschieden, da dieser durch seine weitere Verbreitung weniger Verwirrung erzeugt, welche wir in unserer Studie vermeiden wollten.

2. Theoretischer Hintergrund

2.1 Staatliche Menschenrechtsverletzungen

Gewalttätige Konflikte und autoritäre Regime sind dadurch gekennzeichnet, dass die aktuellen Machthaber ihre Position und ihre Privilegien verteidigen, um die eigenen Forderungen, Ziele und Interessen durchzusetzen und dabei nicht vor brutalen Mitteln zurückschrecken. Deshalb gehören Menschenrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten und totalitären Regimen zum Alltag⁹. Menschenrechtsverletzungen beinhalten z. B. Zensur der Pressefreiheit, Repression, Verfolgung und Inhaftierung politischer Gegner, Verschwindenlassen, sexualisierte Gewalt und Folter. Dabei kann die Gewalt sowohl politisch bzw. ideologisch als auch ökonomisch motiviert sein. Oft wird dabei gegen das humanitäre Völkerrecht (international humanitarian law) bzw. das Völkerstrafrecht verstoßen – (vgl. Verbrechen gegen die Menschlichkeit).

Einen kleinen Eindruck der aktuellen Menschenrechtslage weltweit geben die Zahlen von Amnesty International (2013): So wurde in 112 Staaten Folter ausgeübt, in 101 Staaten wurde das Recht auf freie Meinungsäußerung unterdrückt, in 57 Staaten wurden politische Gefangene inhaftiert, in über 50 Staaten waren Sicherheitskräfte für rechtswidrige Tötungen verantwortlich und in 31 Staaten fielen Menschen dem Verschwindenlassen zum Opfer.

Gewalttaten durch den Staat und seine Akteure¹⁰ haben dabei eine besondere Qualität, die eventuell andere Auswirkungen hat als Gewalt durch andere Parteien. Was unterscheidet staatliche Menschenrechtsverletzungen von anderen gewalttätigen Erfahrungen?

Eine der wichtigsten Komponenten ist das asymmetrische Machtverhältnis, das sich zwischen dem Staat als Machtapparat und dem einzelnen Individuum zeigt. Dies liegt neben dem faktischen Machtmonopol – insbesondere durch Sicherheitskräfte wie Polizei und Militär – auch in der Funktion des Staates an sich.

Eine der Hauptaufgaben des Staates ist die Schaffung und Wahrung von Recht und öffentlicher Ordnung in der Gesellschaft. Hierzu zählt auch die Herstellung und Wahrung von sozialer Gerechtigkeit, die in den meisten Staaten als wichtige Norm angesehen wird und

⁹ Wie in Fußnote 5 ausgeführt, kommt es auch in demokratischen Staaten zu Menschenrechtsverletzungen (siehe als Beispiel Guantanamo (Senate Select Committee on Intelligence, 2014) und Lochbihler (2005)).

¹⁰ Rechtlich gesehen ist die Regierung verantwortlich für die Handlungen „des Staates“ (Yeo, 2013). Hiermit ist die neben der zentralen Regierung, d. h. die Exekutive, Legislative und Judikative, auch die „Maschinerie“ der Regierung gemeint, d. h. der öffentliche Dienst und öffentliche Behörden, die Streit- und Sicherheitskräfte sowie die Polizei – für eine genauere Definition hierzu siehe Yeo (2013). In der Regel werden diese vornehmlich als staatliche Akteure wahrgenommen und sind oft die Ausführenden staatlicher Menschenrechtsverletzungen.

gesetzlich verankert ist (Schubert & Klein, 2011). Laut Bogumil (2001) gelten Menschen als „gleichberechtigte Mitglieder in diesem Staat und verfügen als Staatsbürger_innen über Freiheits-, Beteiligungs- und soziale Rechte“ (S. 5). Diese staatlich garantierten Rechte des Individuums gegenüber der Staatsmacht sind als Grund- bzw. Bürgerrechte in den Verfassungen der jeweiligen Staaten festgeschrieben und müssen gesichert sein. Aus den Staatsaufgaben können also seine Fürsorgegarantie und der Schutzauftrag vor Verletzung der Menschen- und Grundrechte bzw. Schutz der Unversehrtheit seiner Bürger_innen abgeleitet werden.

Im internationalen Rahmen hat sich für diese Rechte das Konzept der Menschenrechte durchgesetzt. Obwohl Menschenrechte als Gegensatz zu Bürgerrechten verstanden werden – da diese grundlegenden Rechte unabhängig von der Staatsangehörigkeit einer Person gelten – teilen sie doch viele der zugrunde liegenden Normen. Häufig werden die Menschenrechte heute als Abwehrrechte der Bürger_innen gegen den Staat verstanden. Menschenrechte gehen davon aus, dass „alle Menschen allein aufgrund ihres Menschseins mit gleichen Rechten ausgestattet und dass diese egalitär begründeten Rechte universell, unveräußerlich und unteilbar sind“ (Koenig, 2005, S. 9). Jeder Person soll das Recht zukommen, aufgrund ihrer Existenz als vollwertiges und gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft anerkannt zu werden. Die Gleichberechtigung aller Personen bedeutet Zuspruch und Anerkennung universeller Eigenschaften (vgl. Honneth, 1994). Es handelt sich dabei nicht um individuelle Leistungen oder Fähigkeiten, sondern um generelle Ansprüche und Freiheiten eines jeden Menschen aufgrund seines „Mensch-seins“. Es wird also der allgemeine Gleichheitsgrundsatz verfolgt: Jeder ist gleich vor dem Gesetz.

Staatliche Gewalt verletzt diesen Grundsatz und erkennt den Betroffenen den Status egalitärer Bürger_innen ab – sie werden zu Opfern. Damit konstituiert Opferschaft einen „sozialen Status“ (Wilke, 2007, S. 481), der erst durch die vorherige Exklusion und Viktimisierung kreiert wird. Auch David und Choi (2009) argumentieren, dass politische Verbrechen individuelle, soziale und politische Ungerechtigkeit hervorrufen. Verbrechen können damit als Angriff auf die Gleichheit in menschlichen Beziehungen und vor dem Gesetz gesehen werden:

Murphy argues that crime carries symbolic meanings; it has symbolic ramifications. Through crime the perpetrator communicates to his victim that he is superior, more powerful, while his victim is inferior, weak; the perpetrator is important while his victim is insignificant (Murphy, 1988, p. 25; 2003). Consequently, the victim of crime is humiliated and downgraded to a social position that is lower than he or she would normally have expected. (S. 164)

Sie argumentieren weiter, dass bei Verbrechen durch den Staat eine politische Botschaft vermittelt wird, die dem Opfer kommuniziert, dass es minderwertig sei – und damit der gesamten Gruppe, die eine Identität mit dem Opfer teilt (z. B. durch Klasse, Gemeinschaft, nationale Zugehörigkeit etc.). Menschenrechtsverletzungen finden demnach in einem größeren Gesamtkontext statt bzw. basieren auf anderen Motiven als individuelle Gewalt. Sie sind geprägt von bestimmten politischen Einstellungen und sozialen Normen, die das getane Unrecht zu legitimieren versuchen. Staatliche Gewalt ist politisch in dem Sinne, dass sie „auf die Erhaltung oder Veränderung gesellschaftlicher oder internationaler Ordnungen und Zustände gerichtet ist“ (Nolting, 2004, S. 18). Sie zeichnet sich durch kollektives Handeln gegen eine Gruppe aus, wohingegen individuelle Gewalt meist gegen ein Individuum gerichtet ist. Sie ist bewusst intendiert, was sie von Gewaltformen wie der strukturellen Gewalt unterscheidet (vgl. Galtung, 1975). Durch geteilte Verantwortung bzw. arbeitsteilige Ausführung und die zumeist vorhandene Anonymität zwischen Aggressor und Opfer sind die Hemmungen oft vermindert. Hinzu kommt, dass Verantwortliche teilweise systematische Schulungen für ihre Gewaltausübung erhalten (z. B. durch militärische Ausbildung, vgl. Nolting, 2004). Auch Wolfgang Kaleck (2014), Rechtsanwalt und Generalsekretär der Menschenrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights e.V. (ECCHR), betont den Unterschied von staatlichen Menschenrechtsverletzungen zu anderen traumatischen Erfahrungen:

Wenn mir klar wird, dass ich nicht der oder die Einzige bin, die das erlitten hat, sondern dass das geplante, zielgerichtete Abläufe waren, die mich in die Fänge eines bestimmten Systems geraten haben lassen; dass an mir etwas exerziert wurde, was vorher durchdacht, [...] mit Wissen und mit Wollen geplant wurde, dann ist das etwas anderes, als wenn ich bei mir selber die Schuld suche. (Min. 4:05 – 4:40)

Staatliche Gewalt findet zumeist hinter verschlossenen Türen statt: Denn solche Verbrechen verstoßen nicht nur gegen die rechtlichen, sondern auch gegen die moralischen Grundlagen des Staats. Der Staat ist dazu verpflichtet, die Würde seiner Bürger_innen zu schützen; einer der Hauptgründe für die Existenz des Staats ist gerade dieser Schutz der Bürger_innen, die diesen Staat bilden. Selbst wenn das Leid nicht direkt von staatlicher Seite aus zugefügt wird, steht der Staat in der Pflicht, Unrecht auszugleichen. Denn oft werden Menschenrechte auch von dritter Seite bedroht; hier gehört zu jedem Menschenrecht eine staatliche Schutzpflicht, mit dem das Menschenrecht vollständig verwirklicht werden kann (Ipsen, 2004).

2.2 Auswirkungen staatlicher Menschenrechtsverletzungen auf die psychische Gesundheit am Beispiel der PTBS

Staatliche Menschenrechtsverletzungen sind somit sehr gewaltvoll und oft sequentiell im Sinne einer prozesshaften Folge mehrerer Ereignisse (vgl. Keilson, 1979) – damit haben sie ein hohes traumatisches Potenzial. Oft gehen sie einher mit einer tatsächlichen oder drohenden Konfrontation mit Tod, schwerer Verletzung, oder sexueller Gewalt (Traumadefinition der American Psychiatric Association, 2013). Dies kann durch direkte Konfrontation mit dem traumatischen Ereignis oder als Zeug_in desselben geschehen, ebenso wenn man erfährt, dass die enge Familie oder enge Freund_innen betroffen sind oder man wiederholt aversiven Details des Erlebnisses ausgesetzt ist. Staatliche Menschenrechtsverletzungen können als menschlich verursachte (man-made) Typ-II-Traumata charakterisiert werden (Maercker, 2013). Im Gegensatz zu Typ-I-Traumatisierungen, die eher singulär und akzidentiell auftreten, stellen Typ-II interpersonelle, meist multiple Traumatisierungen dar. Das traumatische Potenzial wird erhöht durch die Tatsache, dass der Staat de facto in einer überlegenen Position ist, was auf die ausgeführte Machtasymmetrie zurückzuführen ist und das Gefühl der Hilflosigkeit verstärkt. Yeo (2013) spricht sich dafür aus, dass Verfolgung und Gewalt durch den eigenen Staat folgenreicher seien als die Verfolgung und Gewalt durch Mitbürger_innen, selbst wenn die Misshandlungen an sich identisch sind.

In der Regel sind nur bestimmte Mitglieder der Gesellschaft von Menschenrechtsverletzungen betroffen, welche dadurch diskriminiert, benachteiligt und ausgeschlossen werden. Dies kann zu einer sekundären Viktimisierung führen, in der die Betroffenen in ihrem Leiden alleine gelassen werden:

The “conspiracy of silence” implies that victims often experience a secondary victimization, suffering from the suppression of the experience of victimization (Danieli, 1995, p. 573). From the point of view of victims, the larger society, if not a direct culprit of their suffering, is at least an ignorant bystander. (David & Choi, 2009, S. 164–165)

Betroffene können sich aufgrund ihrer Erfahrungen ausgegrenzt fühlen, sofern sie keine Anerkennung und kein Verständnis für ihr Leiden finden. Meist ist genau das auch das Ziel: die Betroffenen zu erniedrigen, herabzusetzen, zu entwürdigen. Laut Hamber (2009) greift politische Gewalt damit den Platz des Individuums in der Gesellschaft und dessen Existenzrecht an.

Aber nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern für alle in dieser Situation sozialisierten Menschen hat lang andauernde Gewalt Auswirkungen; Bar-Tal (2000) spricht in

diesem Zusammenhang von einer *Kultur der Gewalt* (zu den indirekten Einflüssen von Gewalt auf die Gesellschaft siehe Kizilhan, 2004). Auch die Gesellschaft als Ganzes wird durch systematische Gewalttaten tief geprägt. Diskutiert wird hier, ob so etwas wie eine kollektive Traumatisierung möglich ist (vgl. Kühner, 2007).

Sicher ist, dass solche traumatischen Erfahrungen auf individueller Ebene zu verheerenden Beeinträchtigungen der psychischen Gesundheit führen können (Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Freundeskreis Luz de Luna, Gruppe Krisálida; Maercker, 2013; Morina, von Lersner & Prigerson, 2011). Sie erhöhen bei den Betroffenen die Wahrscheinlichkeit, gravierende psychische Probleme zu entwickeln (World Health Organization Europa, 2003). Häufig stellen sie das gesamte Weltbild der Betroffenen drastisch in Frage, da sie durch die Erfahrung von Todesangst, Existenzgefahr, erzwungener Ohnmacht und den Verlust der Kontrolle über das eigene Leben gekennzeichnet sind. Dabei kann das Erleben traumatischer Erfahrungen in diesem Kontext zu einer Vielzahl an psychischen Problemen und Erkrankungen führen (de Jong, J. T. V. M., Komproe & van Ommeren, 2003; Fischer & Riedesser, 2009; Maercker, 2013; Maercker, Gähler & Schützwohl, 2013; Priebe et al., 2010; Roberts & Browne, 2011). Am besten untersucht ist in diesem Kontext das Störungsbild der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), welches deshalb exemplarisch als Beispiel für die Beeinträchtigung psychischer Gesundheit dargestellt wird. Eine PTBS liegt laut DSM-V (American Psychiatric Association, 2013) vor, wenn neben dem Erleben eines Traumas (A-Kriterium) folgende vier weitere Symptomklassen zutreffen und die Symptome länger als einen Monat andauern:

- B: Intrusionen aufgrund der Erfahrung,
- C: dauerhafte Vermeidung von triggernden Stimuli,
- D: negative Veränderungen von Stimmung und Kognitionen aufgrund des Traumas,
- E: Veränderungen in der Reaktivität sowie Hyperarousal.

Jedoch wird nicht jede Gewalt als schwerwiegend bzw. als Trauma erlebt und traumatische Erlebnisse entwickeln sich nicht zwangsläufig pathologisch. Das Erleben eines Traumas ist zwar ein notwendiges, aber kein hinreichendes Kriterium für die Ausbildung einer PTBS. Dafür spielen weitere Faktoren eine Rolle; die meiste Forschung bezieht sich auf intrapersonelle Faktoren zur Entwicklung und Verlauf von Traumafolgestörungen. So sind Geschlecht, Intelligenz, Alter oder Persönlichkeit und frühere Traumata als mögliche Risiko- sowie Schutzfaktoren bereits gut erforscht und in psychologischen Erklärungsmodellen manifestiert (vgl. Maercker, 2013, S. 36ff.). Die Interpretation des eigenen Handlungsspielraums während des Traumas spielt ebenfalls eine wesentliche Rolle. Die

kognitiven Veränderungen und daraus resultierenden intrapersonellen dysfunktionalen Gedanken und Emotionen sind von Ehlers und Clark in ihrem Modell dargestellt worden (Maercker, 2013).

Diese ohne Frage für die Entstehung und Manifestierung einer traumaspezifischen Psychopathologie relevanten intrapersonellen Vorgänge können nicht ohne den sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Kontext, in denen die Person eingebettet ist, betrachtet werden (Knaevelsrud, 2012, in dem Filmbeitrag *„Wunde Seele – Trauma erkennen, Unterstützung bieten. Film für potenzielle Unterstützer“*). Seit einigen Jahren wird daher auch auf die Relevanz interpersoneller Faktoren aufmerksam gemacht.

2.3 Sozio-interpersonelles Modell von Maercker und Horn

Maercker und Horn (2013) haben den Einfluss interpersoneller Prozesse und sozialer Kontexte auf sowohl Entstehung als auch Verlauf einer PTBS in ihrem sozio-interpersonellen Modell zusammengefasst. Es ist dabei als Ergänzung zu den bestehenden neurobiologischen und psychologischen Erklärungsmodellen zu verstehen. Der Kern des Modells besteht aus drei Ebenen, auf denen sich die Prozesse nach einem erlittenen Trauma abspielen (siehe *Abbildung 1*). Diese beinhalten jeweils verschiedene soziale Kontexte, in welche eine Person eingebettet ist: Die erste ist die individuelle, also intrapersonelle Ebene, auf der es um soziale Affekte (Scham, Schuld, Ärger, Rachegefühle) geht. Die zweite Ebene beinhaltet die nahen sozialen Beziehungen, d. h. die Interaktionen finden primär zwischen einzelnen Individuen statt. Hier befinden sich die traumarelevanten Prozesse Disclosure¹¹ sowie soziale Unterstützung und Empathie im Umgang mit den Betroffenen. Die oberste Ebene bildet die entfernteren sozialen Kontexte ab, nämlich die Kultur und Gesellschaft, in die eine Person eingebettet ist. Dort spielt die soziale Anerkennung neben der kollektiven Erfahrung eines Traumas in einer Gruppe und der erfahrenen Ungerechtigkeit eine entscheidende Rolle.

¹¹ Disclosure bedeutet die Möglichkeit zu haben bzw. zu ergreifen, über die Erlebnisse zu sprechen (Maercker, 2013). Es geht also um die Offenlegung traumatischer Erfahrungen.

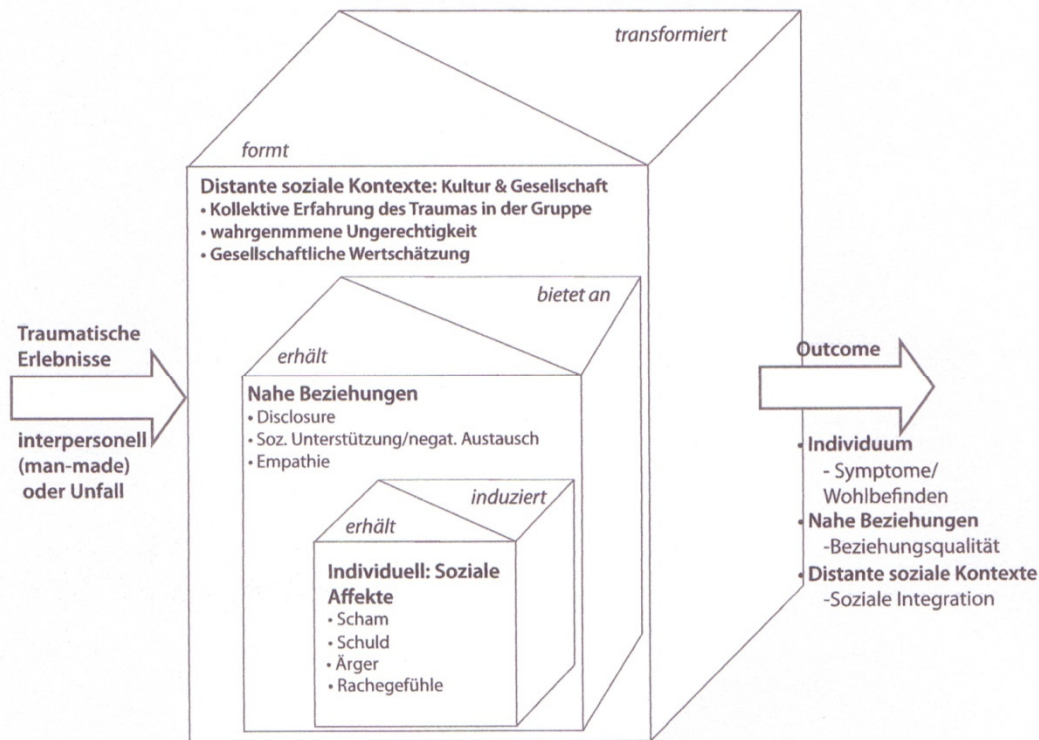


Abbildung 1: Das sozio-interpersonelle Modell der PTBS nach Maercker und Horn (vgl. Maercker, 2013, S. 48).

Diese Ebenen teilen sich jeweils in dyadische Interaktionsmöglichkeiten zwischen Betroffenen und Angehörigen auf. So kann ein Gefühl auf der Ebene eins entweder selbst „geschaffen“ oder von anderen innerhalb einer sozialen Beziehung kreiert (induziert) worden sein. Auf Ebene zwei beziehen sich die beiden Interaktionsmöglichkeiten auf den Unterschied zwischen tatsächlich erhaltener, objektiver sozialer Unterstützung und der subjektiven Wahrnehmung. Auf Ebene drei kann die gesellschaftliche Haltung entweder umgestaltet (transformiert) werden oder das eigene Erleben wird durch die öffentliche Wertschätzung geformt.

Dabei sind Cross-Level-Interaktionen möglich, d. h. ein stabiles nahes soziales Umfeld (Partner, enge Freundschaften) auf Ebene zwei kann z. B. das Gefühl von Scham nach einer erlebten Vergewaltigung auf der individuellen Ebene positiv beeinflussen (Maercker & Horn, 2013) oder erfahrene soziale Anerkennung auf der entfernteren, sozialen Ebene drei modulierend auf intrapersonelle Vorgänge wirken. Die Prozesse wirken unterschiedlich auf verschiedenen Ebenen: Individuell äußern sie sich in PTBS-Symptomen oder Wohlbefinden, auf der Ebene der nahen sozialen Beziehungen in der Beziehungsqualität und auf der höchsten Ebene in einer möglichen sozialen Integration.

2.4 Anerkennung, Gerechtigkeit und psychische Gesundheit

Das sozio-interpersonelle Modell ist deshalb bemerkenswert, da es neben den bereits gut untersuchten intrapersonellen Vorgängen auch den sozialen Kontext mit einbezieht. Maercker und Müller (2004) haben in diesem Rahmen das Konstrukt der sozialen Anerkennung als Opfer entwickelt. Sie definieren soziale Anerkennung als „victim’s experience of positive reactions from society that show appreciation for the victim’s unique state and acknowledge the victim’s current difficult situation“ (S. 1). Zusätzlich zu den nahen zwischenmenschlichen Beziehungen werden die weitere Umgebung (z. B. Arbeitsplatz, Nachbarn), Öffentlichkeit (z. B. lokale Persönlichkeiten, Geistliche) sowie die Medien miteinbezogen (Maercker & Müller, 2004; Müller & Maercker, 2006).

Aus der empirischen Forschung gibt es inzwischen einige Befunde dazu, welchen Einfluss soziale Anerkennung auf Entwicklung, Verlauf und Bewältigung einer PTBS-Symptomatik haben kann. Studien zur Auswirkung sozialer Anerkennung zeigen, dass sie vor allem als Prädiktor für die Schwere der PTBS-Symptomatik sowie protektiver Faktor zu sehen ist und somit die Entwicklung einer PTBS positiv beeinflussen kann: Durch die Anteilnahme der Mitmenschen kann die Schuldzuweisung der Betroffenen moduliert und ihnen damit das Gefühl genommen werden, allein mit den Geschehnissen zu sein. Sie kann daher als Ressource bzw. gesundheitsfördernder Faktor beschrieben werden (Maercker, 2013).

So fungierte soziale Anerkennung als Prädiktor für die PTBS-Schwere bei Kriminalitätsopfern (Müller & Maercker, 2006) und klärte in einer Längsschnittstudie zusammen mit Disclosure neben den bereits bekannten interpersonellen Faktoren wie soziale Unterstützung zusätzliche Varianz in der PTBS-Symptomatik auf (Müller, Moergeli & Maercker, 2008). Der prädiktive Wert sozialer Anerkennung wurde ebenso von Wagner, Keller, Knaevelsrud und Maercker (2012) bei Zeugen von Suizidbegleitung nachgewiesen.

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich in Studien mit Menschen aus anderen Kulturen. Der protektive Einfluss bei der Schwere von PTBS-Symptomen konnte auch bei Flüchtlingen im Kaukasus nachgewiesen werden (Maercker, Povilonyte, Lianova & Pöhlmann, 2009). Weitere Belege für diese Zusammenhänge finden sich bei einem interkulturellen Vergleich von deutschen und chinesischen Kriminalitätsopfern (Müller, Orth, Wang & Maercker, 2009). Das Fehlen sozialer Anerkennung ging mit einer schwereren Symptomatik einher.

Keine Wertschätzung zu erfahren ist meist mit sozialer Zurückweisung, Unverständnis, Ignoranz oder Schuldzuweisungen verbunden (Maercker & Müller, 2004). Fehlende soziale Anerkennung trägt entscheidend zur Entwicklung einer PTBS bei (Jones, Müller & Maercker, 2006; Maercker & Müller, 2004): Personen, die eher auf ein generelles Unverständnis bzgl.

ihrer Erfahrungen stießen, zeigten auch höhere PTBS-Symptome.

Soziale Anerkennung kann also einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der Entstehung und zum Verlauf einer PTBS leisten (Müller & Maercker, 2006) – gesellschaftliche Prozesse sind relevant für die Traumabewältigung. Dabei sollte sich Anerkennung nicht nur auf psychopathologische Phänomene wie die PTBS auswirken, sondern die psychische Gesundheit und Identitätsentwicklung generell beeinflussen. So gehört das Erleben von Anerkennung laut Honneth (1994) zur gesunden Entwicklung eines Menschen; nur so kann sich ein Mensch zu einem handlungsfähigen Subjekt entwickeln (Schäfer-Brosius, 2005).

Wie sieht dies mit anderen Formen der Anerkennung aus – können diese Erkenntnisse auf staatliche Anerkennung übertragen werden? Zwar sind makroökonomische, sozio-kulturelle und soziale Determinanten von psychischer Gesundheit wie der sozio-ökonomische Status gut untersucht. Wenig Forschung gibt es hingegen zum Einfluss entfernterer Institutionen wie dem Staat, obgleich immer wieder auf deren Bedeutung hingewiesen wird (Doak, 2011; Maercker & Horn, 2013; Müller & Maercker, 2006). Wir möchten deshalb einen Schritt weiter gehen und die Frage aufwerfen, inwieweit staatliche Anerkennung für die psychische Gesundheit relevant ist. Da sie auch ein wesentliches Ziel von Transitional Justice- und Wiedergutmachungsmaßnahmen als Antwort auf staatliche Menschenrechtsverletzungen ist, kommt dieser Frage eine hohe Bedeutung zu. Kaleck (2014) betont, dass die Wirksamkeit psychischer Behandlungen durch Anerkennung staatlicher Institutionen erhöht werden könnte. Auch Haenel (2014), ehemaliger Gutachter für medizinische Folgeschäden von Opfern des SED-Regimes, betont die Relevanz für die psychische Gesundheit, als Zeitzeuge wahrgenommen und wertgeschätzt zu werden – „insbesondere nach all den Erniedrigungen und Entwertungen, die die Betroffenen erlebt haben“ (Min. 31:20 – 31:40). Kielhorn und Knorr (2014) von der Beratungsstelle Gegenwind weisen auf die Konsequenzen fehlender staatlicher Anerkennung für die psychische Gesundheit hin. Neben der Festschreibung in der Opferrolle sowie der Retraumatisierung aufgrund der oftmals entwürdigenden Beweislast bei den Begutachtungsverfahren kann es auch zu zunehmenden Selbstzweifeln und einem Fortschreiten der Traumakette führen: „Mir wird ewig und immer nicht geglaubt, ich bin der ewige Verlierer in dieser Gesellschaft. Ich habe damals verloren und was hat mir mein Kampf gebracht?“ (Kielhorn & Knorr, 2014, Min. 37:00 – 37:11).

Aus diesem Grund spielen Wahrheit und Gerechtigkeit eine zentrale Rolle bei der Verantwortungsübernahme für vergangene Menschenrechtsverletzungen¹². Sie dienen der individuellen und gesellschaftlichen Bewältigung des Erlebten und der öffentlichen Anerkennung der Erfahrungen (Androff, 2010). Gerechtigkeit gilt als eines der wichtigsten Prinzipien menschlichen Zusammenlebens, was sich auch in Recht, Gesetzen und Verfassungen niederschlägt. Wir orientieren uns in der vorliegenden Arbeit am Gerechtigkeitsbegriff von Iris Marion Young (1990), die – ausgehend von Macht- und Herrschaftsanalysen – die Beseitigung aller Formen von Herrschaft als Ziel sozialer Gerechtigkeit (social justice) sieht. Ihre Definition unterscheidet zwischen Verteilungs- und partizipativer Anerkennungsgerechtigkeit. Verteilungsgerechtigkeit zielt darauf ab, die Güter und Ressourcen in der Gesellschaft so zu verteilen, dass sozio-ökonomische Ungerechtigkeit beseitigt wird und das psychische und physische Wohlbefinden aller Menschen gesichert ist. Anerkennungsgerechtigkeit meint die Gestaltung der Gesellschaft derart, dass niemand institutionell, kulturell oder individuell diskriminiert wird – und damit Differenzen wechselseitig anerkannt werden¹³. Auch Schäfer-Brosius (2005) stellt Anerkennung als Lösungsversuch für Ungerechtigkeit dar und sieht damit – in Einklang mit Pilarek (2007) und Honneth (1994) – Anerkennung als grundlegend für soziale Gerechtigkeit an (vgl. auch Kaleck, 2014; Kielhorn & Knorr, 2014). Haldemann (2008) drückt den Zusammenhang passend aus, indem er *Gerechtigkeit als Anerkennung* auffasst. De Greiff (2006) sieht die Ziele von Transitional Justice – Solidarität, ziviles Vertrauen und Anerkennung – dabei sowohl als Voraussetzung als auch als Konsequenz von Gerechtigkeit.

Die Wahrnehmung und subjektive Bewertung spielen dabei wesentliche Rollen. Ob z. B. Maßnahmen der staatlichen Anerkennung als gerecht eingestuft werden, ist höchst subjektiv und hängt von der sozial geprägten Vorstellung von Gerechtigkeit der jeweiligen Person ab (Sen, 2009). Die Subjektivität wird auch darin deutlich, dass in der psychologischen Forschung *Gerechtigkeitserleben* untersucht wird (Mikula, 2002). Nach Schmitt, Maes und Schmal (1997) gilt das Erleben von Gerechtigkeit sogar als Indikator für psychische Gesundheit.

Gerade weil der Staat eigentlich für die Herstellung von Gerechtigkeit sorgen soll, kann das Vertrauen in ihn nach begangenen Menschenrechtsverletzungen gänzlich verloren gehen (für nähere Ausführungen hierzu siehe Weilert, 2010). Dieser Verlust kann wiederum zu einem

12 Für Ausführungen zur Debatte zu „truth vs. justice“ siehe Rotberg und Thompson (2000).

13 Im Zusammenhang mit Anerkennung ist für den Gerechtigkeitsbegriff auch Fraser (1995) von großer Bedeutung, die eine der Anerkennung mit einer Umverteilungspolitik zusammenzubringt (vgl. Wimbauer, 2004).

verminderten Gerechtigkeitserleben führen: der Staat war eventuell nicht nur unfähig, das Individuum zu schützen, sondern hat ggf. selbst zu den Menschenrechtsverletzungen beigetragen. Umso mehr wird die Welt als ein gefährlicher Ort wahrgenommen, in dem auch das oberste Organ in Gerechtigkeitsfragen, der Staat, versagt hat.

3. Staatliche Anerkennung: Konzeptualisierung

Der schon erwähnte Sozialphilosoph Honneth (1994) hat darauf hingewiesen, dass der Staat eine entscheidende Rolle für das Anerkennungserleben von Individuen einnimmt – in seiner Gesellschaftstheorie stellt Anerkennung die moralische Grundlage menschlichen Handelns und Miteinanders dar¹⁴. Er grenzt diese Ebene von zwei weiteren, nämlich Familie und bürgerlicher Gesellschaft ab – dies kann auch als Analogie zu den Ebenen im Modell von Maercker und Horn (2013) gesehen werden. Er unterscheidet dabei drei Formen von Anerkennung: Liebe, soziale Wertschätzung (z. T. auch als Solidarität bezeichnet) und Recht (Honneth, 1994). Für die vorliegende Arbeit ist die Anerkennungsform des Rechts von besonderer Bedeutung, da sie den Status als gleichberechtigtes Mitglied einer Gemeinschaft versinnbildlicht¹⁵.

Staatliche Anerkennung ist bisher als Konstrukt jedoch nicht definiert; benutzt wird der Begriff oft, um Qualifikationen von Individuen im Rahmen der Berufsausbildung anzuerkennen. Hier soll der Begriff jedoch weiter gefasst und im Folgenden konzeptualisiert werden. Wir beziehen uns dabei auf Betroffene von Menschenrechtsverletzungen. In der Beschäftigung mit der diesbezüglichen Literatur sowie durch die Auswertung der Expert_innen-Interviews haben sich für uns zwei wichtige Facetten staatlicher Anerkennung herausgestellt: rechtliche Anerkennung und Würdigung. Die folgenden Absätze erläutern diese Idee und münden in einer Definition des Konstrukts. Des Weiteren gehen wir auf das wichtigste Ziel staatlicher Anerkennung ein, nämlich die Herstellung von Gerechtigkeit.

3.1 Rechtliche Anerkennung

An erster Stelle geht es bei Anerkennung durch den Staat um die rechtliche Anerkennung eines Status. Wimbauer (2004) differenziert bei der rechtlichen Gleichstellung von Personen zwischen *drei* rechtlichen Bereichen, die im Rahmen von Anerkennung eine Rolle spielen. Erstens geht es um die „rechtlichen Regelungen im Sinne von Achtung der (Status-)Gleichheit“, d. h. rechtliche Gleichstellung im Sinne der allgemeinen Grund- bzw. Menschenrechte (Wimbauer, 2004, S. 76). Anspruch haben Individuen zweitens auf konkrete Rechte (z. B. Sozial- und Familienrechte), je nach ihrem Beitrag oder Bedarf. Drittens kommen

14 In den vergangenen Jahren hat es einige Kritik und daraus folgende Revidierungen seitens Honneth selbst zu seiner Konzeption gegeben (Wimbauer, 2004). Dies gilt vornehmlich für bestimmte Aspekte wie z. B. die Herleitung der Liebe als eine Anerkennungsform, die für den Überblick und unsere Thematik nicht weiter relevant sind. Deswegen wird auf diese Revidierungen und Aktualisierungen nicht spezifischer eingegangen.

15 Auf die ausführliche Darstellung der anderen Formen wird verzichtet, bei weiterem Interesse sei auf Honneth (1994) verwiesen.

individuelle Rechte hinzu, z. B. spezifische Opferentschädigungen. Die Differenzierung zu konkreten Rechten ist bei uns nicht weiter relevant, da diese durch die Anerkennung als Bürger_in gegeben sind.

Für uns scheinen besonders zwei rechtliche Bereiche im Zusammenhang mit staatlicher Anerkennung von Bedeutung: einerseits der eines legalen Opferstatus, andererseits der eines gleichberechtigten Mitglieds der Gesellschaft. Bei Ersterem geht es um die Gewährleistung speziellen Schutzes aufgrund der spezifischen vulnerablen Position als Opfer: gerade aufgrund der gewaltsamen Erfahrung werden Rechte erworben (vgl. die individuellen Rechte bei Wimbauer). Schon dieser „amtliche Stempel“ (Haenel, 2014, Min. 14:50 – 14:53) bedeutet, auf eine gewisse Weise anerkannt zu werden. So sind mit der Anerkennung eines Opferstatus i.d. R. monetäre, materielle oder symbolische Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen verbunden (aber auch ideelle Unterstützung, z. B. von Programmen und Opferverbänden). Der Opferstatus kann dabei nicht nur auf diejenigen Personen beschränkt sein, die direkt von der Gewalt betroffen sind, sondern auch auf diejenigen, die indirekt Verletzungen ihrer Rechte erlebt haben (z. B. Angehörige). Über den rechtlichen Anspruch durch entsprechende Gesetze werden den Betroffenen Handlungsmöglichkeiten eröffnet – z. B. Entschädigungen einzuklagen. Finanzielle Entschädigungen sind auch deshalb so wichtig, weil sie teilweise die Lebensgrundlage und damit Grundbedürfnisse sichern. Relevant ist dies insbesondere nach langen Haftstrafen, wodurch es neben dem Ausfall von Einkünften in der Haftzeit (Rentenzahlungen) durch psychische und physische Schädigungen auch zum Ausfall der Arbeitskraft überhaupt kommen kann (Haenel, 2014; Kielhorn & Knorr, 2014).

Der Erlass von Gesetzen, die die Betroffenen entweder vor weiterer Willkür bzw. Gewalt schützen oder eine Entschädigung für die erfahrenen Menschenrechtsverletzungen gewährleisten, kann zur Wiederherstellung des Vertrauens in den Staat beitragen. Die öffentliche Benennung und Strafverfolgung der Täter_innen spielen eine wichtige Rolle (Kielhorn & Knorr, 2014) – oft ist dies jedoch sehr unwahrscheinlich bzw. ein jahrelang andauernder Prozess. Haenel (2014) stellt heraus, dass sich Betroffene oft ungerecht behandelt fühlen, wenn Täter_innen nicht die Strafen erhalten, die sie in ihren Augen verdient hätten. Kaleck (2014) unterstreicht, dass es jedoch nicht immer zu einer Verurteilung kommen muss, um Betroffene zufrieden zu stellen, und dass schon einzelne Schritte in diesem Prozess (z. B. Strafbestandserhebung oder die Teilnahme an einem Gerichtsprozess) wirksam sein können. So sieht er zwischen der absoluten Strafflosigkeit und der von manchen geforderten Verurteilung aller Beteiligten ein „weites Feld“ (Min. 9:08 – 9:10).

Die Wirksamkeit von Gesetzen ist aber limitiert; sie sind nur dann von Bedeutung, wenn

sie in bestimmte Praktiken und Konventionen münden. Dazu sagt Kaleck (2014): „Es kommt darauf an, dass Gesetze mit Leben gefüllt werden - Recht muss im Alltag erkämpft werden“ (Min. 25:25 – 25:52). Die Vergabe bestimmter Gesetze (z. B. Opferschutz- bzw. Entschädigungsgesetze) unterstreicht zwar das Unrecht der begangenen Menschenrechtsverletzungen; wesentlich ist aber, dass Gesetze nicht nur erlassen, sondern auch umgesetzt und kontrolliert werden (ganz im Sinne der Gewaltenteilung).

Aufgabe und Pflicht des Staates ist es in jedem Fall, Betroffene von Menschenrechtsverletzungen als gleichberechtigt anzuerkennen und rechtlich gleichzustellen, um ihren Status als gleichberechtigte Bürger_innen wiederherzustellen:

The type of recognition that is relevant is one that acknowledges their status as victims and the abuses to which they were subject, gives public space to their stories, and tries to reverse the marginalisation which victims typically suffer. But this is not all. In fact, it is even more important to recognise their status as rights bearers, and, ultimately, as co-participants in a common political-project – that is, as citizens. (de Greiff, 2011, S. 114)

Unabhängig von persönlichen Eigenschaften wird einer Person kognitive Achtung in ihrem allgemeinen Dasein als individuelle, autonome und moralisch zurechnungsfähige Rechtsperson zuteil (Honneth, 1994; Wimbauer, 2004). Der Mensch wird als Person mit *universellen* Eigenschaften anerkannt. Die Relevanz von Ebenbürtigkeit und Gleichstellung wird auch in den Interviews mit den Expert_innen betont (Kielhorn & Knorr, 2014).

Ein wichtiger Aspekt staatlicher Anerkennung ist also, als ebenbürtig anerkannt zu werden: David und Choi (2009) bezeichnen dies als “getting equal” (im Sinne von Status) statt “getting even” (im Sinne von Vergeltung), d. h. Gleichberechtigung und –wertigkeit anstelle von Rache und reiner Kompensation.

Anerkennung impliziert damit Respekt für einen bestimmten Status – nämlich den eines legalen Subjekts, als ein_e Träger_in von Rechten, und gleichzeitig den des Opfers. Dies führt zu einem scheinbaren Paradox: Gerade dadurch, dass Betroffene als Opfer anerkannt werden, werden sie auch als gleichberechtigte Bürger_innen anerkannt und somit ihres Opferstatus entledigt. In der Regel möchten Betroffene für ihr Leid auch anerkannt werden, um sich anschließend nicht länger als Opfer identifizieren zu müssen¹⁶. Gerade durch die Entwertung, die Betroffene durch die Verletzung ihrer Rechte erfahren haben, ist es essentiell, dass ihnen ihr Status als gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft wiedergegeben wird, indem sie wieder auf ihre „gebürtige“ soziale Position gehoben werden. Diese Aufgabe kann nur vom Staat selbst

16 Eine interessante Diskussion hierzu findet sich bei Emcke (2000) und Wilke (2007).

übernommen werden, weshalb staatliche Anerkennung gerade bei Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen unentbehrlich scheint.

Sowohl die Verankerung der Gleichwertigkeit im Recht und die Anerkennung der besonderen Situation durch spezifische Gesetze implementiert Ebenbürtigkeit, eine Voraussetzung, um als valides Mitglied der Gemeinschaft ernst genommen zu werden bzw. sich ernst genommen zu fühlen (vgl. den Begriff der interaktionalen Gerechtigkeit bei Felix, Matthias, Umlauf & Dalbert, 2013). Dabei haben finanzielle Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen einen hohen symbolischen Stellenwert, auf den wir im nächsten Abschnitt näher eingehen.

3.2 Anerkennung durch Würdigung

Rechtliche Gleichstellung hat die Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit zum Ziel; dies kann jedoch nicht ohne eine öffentliche Würdigung des erlittenen Leides geschehen. Es braucht das offizielle Zugeständnis, dass Menschen- bzw. Grundrechte nicht gewahrt wurden und der Staat seiner Schutzpflicht nicht nachgekommen ist bzw. sich aktiv an Verbrechen beteiligt hat (Correa, 2010, zitiert nach Pérez Murcia, 2013). De Greiff (2011) weist ebenfalls auf die Relevanz der Anerkennung hin:

Even the recognition of victims, as victims, hinges not so much on accurately describing the suffering that they endured, but more importantly, on acknowledging the magnitude of the offences and the violation of rights that they underwent. (S. 118)

Haenel (2014) betont, dass die öffentliche Feststellung des Unrechts gerade deshalb wesentlich ist, weil staatliche Gewalt nur im Verborgenen existiert. Auf staatlicher Ebene kann öffentliche Würdigung z. B. durch symbolische Handlungen bezeugt werden: öffentliche Ansprachen, offizielle Entschuldigungen, Gedenkveranstaltungen, Jahrestage oder Einladungen, in der Öffentlichkeit über Erlebtes zu sprechen. Nach Haenel (2014) wäre „die staatliche Rolle [...], solche Dinge anzustoßen und zu finanzieren, im Sinne politischer Bildung“ (Min. 18:39 – 18:46). Jedoch sei es laut Kielhorn und Knorr (2014) wichtig, dass im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen Betroffene nicht zu anderen Zwecken missbraucht würden: „Zu solchen Gedächtnistagen oder Gedächtnisjahren werden die Opfer dann alle mal vorgeführt [...]. Wir haben jetzt mal die Gnade und erweisen euch den Zeitraum“ (Min. 40:28 – 40:45).

Sveaass und Lavik (2000) geben historische Beispiele für solche Handlungen: z. B. der Kniefall von Willy Brandt in Auschwitz und die Entschuldigung des norwegischen Premierministers für die Art und Weise, mit der der norwegische Staat die Kinder deutscher

Soldaten und norwegischer Frauen nach dem zweiten Weltkrieg behandelte. Der Staat übernimmt damit aktiv Verantwortung für erlittenes Leid; Betroffene erhalten somit eine „legitimierte“ Bestätigung, dass ihnen Unrecht widerfahren ist. Die Anerkennung des Opferstatus kann dazu beitragen, Würde und Ebenbürtigkeit menschlicher Beziehungen wieder herzustellen. Kielhorn und Knorr (2014) unterstreichen, dass es für die Betroffenen wichtig ist, sich „in Gesetzesänderungen, in politischen Diskussionen [...] wahrgenommen [zu] fühlen“ (Min. 26:12 – 26:21). Durch diese Anerkennung werden Betroffene wieder auf ihre gebürtige soziale Position gehoben, ihnen wird ihr zuvor aberkannter Status als egalitäre Bürger_innen und Träger_innen von Rechten wiedergegeben.

Neben der Würdigung des erlittenen Leids kann auch die Würdigung des Auflehns relevant sein – denn staatliche Gewalt betrifft oft Menschen, die nicht mit dem System konform gehen: „Das waren Leute, die sich dagegen gestellt haben, die nicht immer ja gesagt haben, und sich nicht angepasst haben, die sich aus irgendwelchen Gründen gegen das System gestellt haben – es waren nicht Ja-Sager, sondern Nein-Sager“ (Haenel, 2014, Min. 7:55 – 8:17). Kielhorn und Knorr (2014) betonen die Folgen, wenn politischer Widerstand mit fehlender Anerkennung bestraft wird: „Menschenrechte und auch unser Grundgesetz beruhen ja auf dieser Unrechtserfahrung im Holocaust im Wesentlichen. Und die Erfahrung zu machen, Widerstand lohnt sich nicht [...]. Das ist [...] ein ganz, ganz tragisches Symbol für eine Gesellschaft“ (Min. 38:08 – 38:25).

Die politische Anerkennung von Machtmissbrauch soll dazu führen, Würde wiederherzustellen, soziale Beziehungen von Gleichheit und Respekt zu etablieren und Individuen in die Gemeinschaft zu inkludieren (David & Choi, 2009). Auch Emcke (2000) merkt dazu an: “Recognition of past injustice is not only relevant because it repairs its negative effects but also because it reconnects victims of discrimination and exclusion with society” (S. 493).

Die Würdigung kann sich in einem wertschätzenden und respektvollen Umgang mit den Betroffenen durch Akteure des Staates zeigen, sollte es zu direkten Interaktionen kommen (z. B. beim Stellen eines Entschädigungsantrags). Dabei fungieren ähnliche Wirkfaktoren wie auf therapeutischer Ebene: Wertschätzung, Empathie und Authentizität (vgl. Rogers & Pfeiffer, 1991). Wichtig ist die Möglichkeit für die Betroffenen, sich zu *ent-äußern*, zu Wort zu kommen, gehört zu werden (Haenel, 2014; Kaleck, 2014). Eine Betroffene (2014), mit der wir ein Interview führten und die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben möchte, erwähnte die Hilfe

des Bürgermeisters, der ihr zuhörte und sie unterstützte, indem er sich für sie bei den entsprechenden Instanzen einsetzte. Wichtig und ernst genommen werden, das erlebte Leid verstehen wollen – dies alles hat für die Betroffenen eine hohe Relevanz (Haenel, 2014). Die interviewte Betroffene (2014) unterstreicht hierbei die Rolle erlebter Glaubwürdigkeit:

Staatliche Anerkennung bedeutet für mich, für meine Psyche, für meine Seele, für mein Leben, [...] in den Augen der Menschen nicht als Lügner dazustehen [...], eine Basis zu haben, um die Wahrheit dessen, was passiert ist und dem, was ich erzähle, in Einklang zu bringen. (Min. 00:20 – 00:58)

Es ist also wichtig, dass der Staat es ernst mit der Wiedergutmachung meint; wie schon im vorherigen Kapitel erwähnt, scheint dem Prozess des Anerkennens neben dem Ergebnis eine hohe Relevanz zuzukommen. Dabei reicht eine Maßnahme (z. B. ein Entschädigungsgesetz oder eine offizielle Entschuldigung) alleine oft nicht aus. De Greiff (2011) unterstreicht, dass Maßnahmen für sich alleine noch nicht das erklärte Ziel erreichen können, sondern sich gegenseitig ergänzen müssen. Er plädiert für Integrität und Kohärenz der Maßnahmen selbst, aber auch zwischen den Maßnahmen (de Greiff, 2006). Auch das ICTJ (2009) betont dies:

Without any truth-telling or reparation efforts, for example, punishing a small number of perpetrators can be viewed as a form of political revenge. Truth-telling, in isolation from efforts to punish abusers and to make institutional reforms, can be viewed as nothing more than words. Reparations that are not linked to prosecutions or truth-telling may be perceived as “blood money”—an attempt to buy the silence or acquiescence of victims. (S. 1)

Somit ist Anerkennung nicht nur Ziel im Sinne einer legalen Anerkennung bzw. eines Opferstatus; sie ist auch Mittel, weil der Prozess des Anerkennens selbst wichtig ist: die Opfer werden „gesehen“, das Erlebte wird beachtet. Denn Anerkennung löst auch einen Prozess im Individuum selbst aus: „To ask for the recognition of victimhood is, in Judith Butler’s words, [...] to solicit a becoming, to instigate a transformation“ (Wilke, 2007, S. 483).

Emcke (2000) stellt die Verwirrung diesbezüglich heraus: „The result is some confusion about whether recognition is a goal or the remedy for those who did not receive it in the first place“ (S. 484). Anerkennung ist somit beides: Ziel und Mittel.

3.3 Abgrenzung zu sozialer Anerkennung

Der Erlass, die Umsetzung und die Kontrolle von Gesetzen ist die Aufgabe des Staates – hier liegt eine klare Abgrenzung zu sozialer Anerkennung. Der Staat setzt also einen gesetzlichen Rahmen – diese Aufgabe kann nicht von der Gesellschaft übernommen werden.

Allerdings reicht staatliche Anerkennung alleine nicht aus, um Anerkennung generell zu gewährleisten: „The state’s acts of recognition will have a different “grammar” than acts of interpersonal recognition: the state constantly recognizes, identifies and categorizes persons from a distance” (Wilke, 2007, S. 483). Ebenso von Bedeutung ist es für die Gesellschaft, den gesetzlichen Rahmen mit zu füllen und zu gestalten: Ohne soziale Anerkennung ist staatliche Anerkennung nicht komplett. Andererseits kann staatliche Anerkennung soziale Anerkennung nur bedingt beeinflussen. So muss die legale Anerkennung als Opfer durch den Staat in der Gesellschaft nicht widerhallen (Gallinat, 2006); soziale Anerkennung kann zwar parallel dazu, aber auch diametral entgegengesetzt verlaufen. Dabei ist die Differenzierung zwischen Staat und Gesellschaft schwierig und eine strikte Trennung nicht immer wahrnehmbar (Handelt ein Beamter zum Beispiel außerhalb seiner Dienstzeit noch als Staatsakteur oder schon als „Person der Gesellschaft“?; zur rechtlichen Lage des Agierens von Staatsakteuren vgl. Yeo, 2013).

3.4 Definition

Aus den theoretischen Überlegungen lässt sich folgende Definition staatlicher Anerkennung ableiten: Im Rahmen von staatlichen Menschenrechtsverletzungen bezeichnet staatliche Anerkennung die rechtliche und symbolische Gleichstellung der Betroffenen als gleichwertige Bürger_innen durch Akteure des Staates, um soziale Gerechtigkeit (wieder)herzustellen und soziale Integration zu ermöglichen. Dabei geht es einerseits um Anerkennung ihres besonderen Status als Opfer, andererseits um Anerkennung als Individuum mit gleichen Rechten, wie sie für alle anderen Menschen gelten. Dazu braucht es das offizielle Zugeständnis von staatlicher Seite, dass Menschen- bzw. Grundrechte nicht gewahrt wurden und der Staat seiner Schutzpflicht nicht nachgekommen ist bzw. sich aktiv an Verbrechen beteiligt hat. Mit dieser öffentlichen Würdigung des erlittenen Leides wird das Unrecht des Erlebten unterstrichen; diesem Prozess kommt dabei ebenso viel Wert zu wie dem Ergebnis. Staatliche Anerkennung impliziert somit die Achtung der Statusgleichheit, Respekt und Wertschätzung des Einzelnen als Individuum, Opfer und Bürger_in.

3.5 Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und psychischer Gesundheit

Aus psychologischer Sicht hat die Auseinandersetzung mit dem Konstrukt soziale Anerkennung – und mit der Integration eben dieser in das sozio-interpersonelle Modell von Maercker und Horn (2013) – gezeigt, in welchem Zusammenhang verschiedene Ebenen interpersoneller Interaktionen mit der Bewältigung der PTBS stehen. Dabei spielt auch der Staat in seiner Schutzfunktion eine wesentliche Rolle. Im Rahmen politischer Konflikte kann der

Staat entweder selbst als Gewaltakteur auftreten, oder er ist unfähig, seine Bürger_innen zu schützen. Beide Möglichkeiten können das Vertrauen der Bürger_innen in den Staat erschüttern. Durch den Erlass entsprechender Gesetze zu Entschädigung und Schutz unterstützt der Staat die Betroffenen materiell und symbolisch. Dies kann zu einer psychischen Entlastung führen, die möglicherweise für eine Auseinandersetzung der Betroffenen mit den erlebten Traumata förderlich ist. Fehlt die Anerkennung, kann dies laut Kielhorn und Knorr (2014) negative Konsequenzen für die psychische Gesundheit haben:

Es geht manchmal sogar bis ins Paranoide... Da zieht sich dann das Gefühl dieser Verfolgungsschleife aus der ursprünglichen Verfolgung unmittelbar fort in die gegenwärtige Erfahrung. Da ist also gleichbedeutend, die fehlende Anerkennung [...] mit dem Thema: mir wird wieder nicht geglaubt (Min. 34:22 – 35:01).

Staatliche Anerkennung mag daher ein Gefühl von (erneuerter) Sicherheit kreieren, was eine wesentliche Voraussetzung für die Bewältigung einer PTBS darstellt (Herman, 1992).

Wie die Forschung zur sozialen Anerkennung bereits gezeigt hat, hat diese eine protektive Wirkung und führt zur Minderung der PTBS-Symptome. Damit trägt Anerkennung zur Förderung des Heilungsprozesses bei (Kielhorn & Knorr, 2014). Auch die befragten Experten bestätigen die Vermutung, dass diese Ergebnisse bei der staatlichen Anerkennung äquivalent sein mögen (Haenel, 2014; Kaleck, 2014).

Es stellt sich somit die Frage, ob und inwiefern staatliche Anerkennung einen Beitrag zur psychischen Gesundheit der Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen leisten kann. Da Depression zu den häufigsten Störungsbildern zählt (Wittchen & Jacobi, 2011), kann sie als allgemeiner Indikator für die psychische Gesundheit aufgefasst werden. Zudem sind Depressionen nach Maercker (2013) eine mögliche Konsequenz von traumatischen Erfahrungen – wie staatlichen Menschenrechtsverletzungen. Auch Kielhorn und Knorr (2014) weisen auf einen möglichen Rückzug in die Depression bei fehlender staatlicher Anerkennung hin. In der vorliegenden Arbeit gehen wir deshalb der Frage nach, ob es einen Zusammenhang von staatlicher Anerkennung mit PTBS und Depression gibt.

Ein weiterer allgemeiner Indikator für psychische Gesundheit ist auch das subjektive Wohlbefinden (Diener, 2009; Warr, 1990). Dieses hängt eng mit den sozialen Lebensbedingungen und dem Wohlstandsniveau zusammen (Bös & Glatzer, 1992; Fröhlich, 2008). Um den möglichen Beitrag staatlicher Anerkennung zur psychischen Gesundheit zu untersuchen, ist es daher interessant, auch das subjektive Wohlbefinden zu untersuchen.

3.6 Zur Bedeutung der subjektiven Wahrnehmung

Kaleck (2014) stellt heraus, dass beide Facetten – die rechtliche und die würdigende – für das Erleben von Anerkennung wichtig sind. Es gibt jedoch interindividuelle Unterschiede und Bedürfnisse, welche Maßnahmen als bedeutsamer empfunden werden. Dies wird auch durch Haenel (2014) unterstrichen. Dabei sind das subjektive Erleben und die Wahrnehmung der Betroffenen von großer Bedeutung. Durch unsere Wahrnehmung werden Eindrücke und Sinnesreize aus der Umwelt gefiltert und anschließend verarbeitet. So kommen Informationen von außen nicht ungefiltert bei uns an, sondern werden interpretiert; daraus werden anschließend unterschiedliche Schlüsse gezogen. Die subjektive Wahrnehmung ist dabei zunächst unabhängig von tatsächlich erhaltenen Entschädigungsmaßnahmen (Haenel, 2014). Obwohl ein Zusammenhang zu vermuten ist, kann es deshalb große Unterschiede zwischen tatsächlich erhaltenen Entschädigungsleistungen bzw. Wiedergutmachungshandlungen und der erlebten Anerkennung geben. Im Rahmen unserer Studie ist eine Überprüfung der erhaltenen Maßnahmen nicht möglich und auch nicht erwünscht. Zunächst geht es darum, ob und wie staatliche Anerkennung erlebt wird, und weniger, ob dies mit erhaltenen Leistungen im Zusammenhang steht. Mit staatlicher Anerkennung ist somit die *subjektiv wahrgenommene* staatliche Anerkennung gemeint, auch wenn dies nicht immer explizit erwähnt wird.

Als abschließende Bemerkung ist wichtig zu erwähnen, dass der anerkennende Staat oft ein anderer ist als der, der die Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Dies ist zum Beispiel in Deutschland der Fall, wo die Bundesrepublik Deutschland (BRD) für die Menschenrechtsverletzungen in der DDR aufkommt (Bundestag & Bundesrat, 1992, 1994, 2007); weitere Beispiele sind die Wahrheits- und Versöhnungskommissionen in Südafrika und die Entschädigungen für Betroffene des Pinochet-Regimes in Chile.

4. Fragestellung und Hypothesen

4.1 Staatliche Anerkennung als multidimensionales Konstrukt (Hypothese 1)

Ziel der Arbeit ist es, einen reliablen und validen Fragebogen zur staatlichen Anerkennung als Betroffene_r von Menschenrechtsverletzungen (STAAN) zu entwickeln. Unsere erste Frage lautet, ob staatliche Anerkennung sich in unterschiedlichen Dimensionen beschreiben lässt. In der Theorie haben wir zwei übergeordnete Facetten herausgearbeitet; da es sich jedoch um eine Pionierarbeit handelt, möchten wir diese Fragestellung exploratorisch untersuchen. Die Hypothese lautet, dass staatliche Anerkennung ein Konstrukt mit unterschiedlichen Dimensionen ist.

4.2 Reliabilität des Fragebogens (Hypothese 2)

Zudem stellt sich die Frage, ob staatliche Anerkennung als reliables Konstrukt abgebildet werden kann bzw. ob die Items das Konstrukt reliabel messen können. Die Hypothese lautet, dass das Konstrukt staatliche Anerkennung mit dem Fragebogen reliabel gemessen werden kann.

4.3 Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und PTBS, Depression sowie Wohlbefinden (Hypothese 3)

Die Ausführungen in den Abschnitten 2.4 und 3.5 können als Hinweise auf die positiven Auswirkungen staatlicher Anerkennung verstanden werden. Demnach sollte sich staatliche Anerkennung nicht nur positiv auf das Gerechtigkeitserleben, sondern auch auf die psychische Gesundheit auswirken. Wir möchten deshalb den Zusammenhang mit PTBS, Depression und Wohlbefinden näher untersuchen. Die Hypothese lautet, dass es einen negativen Zusammenhang zwischen staatlicher Anerkennung und der PTBS und Depression gibt, d. h. je höher die Anerkennung, desto niedriger die Symptomschwere. Hingegen sollte es einen positiven Zusammenhang zwischen staatlicher Anerkennung und Wohlbefinden geben, d. h. je höher die Anerkennung, desto höher das Wohlbefinden.

4.4 Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und Gerechtigkeitserleben (Hypothese 4)

Wie in den Abschnitten 2.2 und 2.4 deutlich wurde, sollte staatliche Anerkennung eine wichtige Rolle für das Gerechtigkeitserleben spielen. Die Hypothese lautet, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen staatlicher Anerkennung und Gerechtigkeitserleben gibt,

d. h. je höher die Anerkennung, desto höher das Gerechtigkeitserleben.

4.5 Zusammenhang von staatlicher und sozialer Anerkennung (Hypothese 5)

Wir gehen davon aus, dass das Konstrukt der staatlichen Anerkennung sich von dem Konstrukt der sozialen Anerkennung unterscheidet. Zwar sollten beide Konstrukte eine ähnliche Komponente erfassen (Anerkennung), jedoch sollte sich kein Zusammenhang mit Facetten wie Familie oder dem näheren Umfeld zeigen. In der ausreichenden Abgrenzung zu anderen, verwandten Konstrukten liegt gleichzeitig die Validität eines Verfahrens (diskriminante Validität). Folgt man der Theorie, sollte staatliche Anerkennung über die soziale Anerkennung hinaus einen Einfluss auf die psychische Gesundheit und das Gerechtigkeitserleben von Betroffenen haben. Die Hypothese lautet, dass es einen geringen bis moderaten Zusammenhang zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Anerkennung gibt. Zudem sollte die staatliche Anerkennung über die soziale Anerkennung hinaus zur Varianzaufklärung der abhängigen Variablen PTBS, Depression, Wohlbefinden sowie Gerechtigkeitserleben beitragen.

5. Methode

Im Folgenden wird dargelegt, mit welchen Methoden die vorgestellten Hypothesen überprüft wurden. Neben der Fragebogenkonstruktion gehen wir auf die Methoden der Datenerhebung und der statistischen Auswertung ein.

5.1 Fragebogenkonstruktion

5.1.1 Literaturrecherche

Für die Literaturrecherche wurden deutsch-, englisch- und spanischsprachige Veröffentlichungen berücksichtigt. Durchsucht wurde neben den Datenbanken PsycINFO, PSYINDEX, PsycArticles, Academic Search Premier, International Political Science Abstracts und Political Science Complete auch der Universitätskatalog der Freien Universität Berlin. Zudem recherchierten wir auf frei zugänglichen Internetseiten (z. B. google scholar, google books). Folgende Schlagworte wurden in unterschiedlicher Kombination verwendet¹⁷: Anerkennung, Staat, Gesellschaft/gesellschaftlich/sozial, Wertschätzung und Würdigung. Ausgehend von den Ergebnissen wurden verwandte Stichworte verwendet (z. B. Gerechtigkeit, (Re-)Integration, Unterstützung); ebenfalls wurden die Literaturverzeichnisse der relevanten Werke gesichtet. Da es sich um eine explorative Arbeit handelt, wurden neben der inhaltlichen Aussagekraft keine Ein- und Ausschlusskriterien für die Literatur herangezogen.

5.1.2 Expert_innen-Interviews

Um einen Einblick in die praktischen Erfahrungen mit der Thematik zu bekommen, führten wir Expert_innen-Interviews durch, anhand derer die Daten aus empirischen Quellen mit qualitativen Informationen ergänzt wurden. Interviewt wurden fünf Expert_innen:

- eine Betroffene, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime wurde (u.a. Zersetzung, Misshandlung),
- Ferdinand Haenel (Arzt für Psychiatrie und Psychotherapie), der u. a. als Gutachter für medizinische Folgeschäden von Opfern des SED-Regimes tätig war und seit vielen Jahren mit Betroffenen von politisch motivierter Gewalt arbeitet,
- Wolfgang Kaleck (Rechtsanwalt und Generalsekretär der Menschenrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights e.V. (ECCHR)),

¹⁷ Die Schlagworte wurden auch in englischer (recognition, state, society/societal/social, appreciation, acknowledgement) und spanischer (reconocimiento, estado, sociedad/social, estimación, apreciación) Übersetzung gesucht.

- Bettina Kielhorn (Sozialpädagogin) und Stefanie Knorr (Psychologin) der Beratungsstelle Gegenwind, deren Beratungsangebot sich politisch Traumatisierten der SED-Diktatur widmet.

Dazu konzipierten wir zwei Leitfäden (siehe Anhang A) – einen für Expert_innen durch eigene Erfahrung, einen für Expert_innen durch Ausbildung und Beruf. Ersterer wurde anhand der Critical Incident Technique konzipiert, um Informationen zu den Situationen zu erhalten, in denen sich Betroffene in ihren Erfahrungen vom Staat anerkannt bzw. nicht anerkannt fühlen. Diese Informationen dienten einer Differenzierung der Facetten staatlicher Anerkennung. Für Expert_innen durch Ausbildung und Beruf standen exploratorische Fragen zum Thema staatliche Anerkennung im Vordergrund. Schriftliche Zusammenfassungen der durchgeführten Interviews finden sich in Anhang B. Im Theorieteil dieser Arbeit wurden die Inhalte bereits berücksichtigt und eingebaut.

5.1.3 Erstellung des Fragebogenentwurfs

Die Erstellung des Fragebogenentwurfs erfolgte nach den Richtlinien von Bühner (2011) auf Grundlage der Klassischen Testtheorie. Hierzu wurde eine Mischung aus rationaler und induktiver Testkonstruktion angewandt. Bei der induktiven Konstruktion bedienten wir uns einer Top-down-Technik: Unsere Definition staatlicher Anerkennung beruht auf der hier vorgestellten Theorie (siehe Abschnitt 2 sowie 3) und wurde durch die Aussagen der Expert_innen ergänzt. Aus dieser Arbeitsdefinition leiteten wir Indikatoren für staatliche Anerkennung ab und generierten zunächst 49 Items. Nach einer Besprechung im Kolloquium für Abschlussarbeiten reduzierte sich der Itempool auf 39 Items (siehe *Tabelle C-1* in Anhang C). Die Items repräsentieren die beiden diskutierten Facetten: Rechtliche Anerkennung (13 Items, z. B.: „Ich werde durch spezielle Gesetze und Regelungen unterstützt.“) und Würdigung (17 Items, z. B.: „Ich werde in meinem Status als Betroffene/r von staatlicher Seite gewürdigt.“). Um Antworttendenzen wie der Ja-Sage-Tendenz vorzubeugen, wurden ebenfalls negativ gepolte Items verwendet. Die negativ gepolten Items wurden vor der Auswertung umcodiert (siehe Anhang D), um die statistische Analyse zu vereinfachen.

Bei der Itemformulierung orientierten wir uns an den Empfehlungen von Bühner (2011). Dabei versuchten wir, die Items möglichst allgemeingültig zu formulieren, sodass sie potenziell in verschiedenen Staaten und Kulturen einsetzbar sind. Als Zielgruppe des Fragebogens wurden Betroffene von Menschenrechtsverletzungen definiert, wobei die Betroffenheit subjektiv und nicht objektiv erfasst wird (vgl. Abschnitt 3.6).

Wir entschieden uns für eine unipolare 5-stufige Likert-Skala als Antwortformat, da diese den Befragten ausreichend Differenzierungsmöglichkeiten bietet, ohne durch zu viele Auswahlmöglichkeiten zu überfordern (*Trifft gar nicht zu, trifft wenig zu, trifft teilweise zu, trifft ziemlich zu, trifft völlig zu*). Die Skala genügt den psychometrischen Mindeststandards nach Rohrmann (1978). Darüber hinaus ist durch dieses Format eine ökonomische Auswertung möglich.

5.1.4 Expert_innen-Rating

Zur internen Validierung des Testentwurfs führten wir ein Expert_innen-Rating durch. Dabei sollten die Expert_innen einschätzen, inwieweit die verwendeten Items tatsächlich das messen, was gemessen werden soll („Wie gut beschreibt das Item Ihrer Meinung nach das Konstrukt „subjektiv wahrgenommene staatliche Anerkennung?“; Antwortmöglichkeiten: *nicht, wenig, mittelmäßig, ziemlich, sehr*). Den Grad der Übereinstimmung der Expert_innen hinsichtlich der diagnostischen Brauchbarkeit für einzelne Items legten wir auf 60 % fest, d. h. die Expert_innen mussten zu mind. 60% ein Item für angemessen bewerten. Zur Auswertung wurden die deskriptiven Häufigkeiten hinzugezogen. Items, die dieses Kriterium nicht bestanden, wurden aus dem Fragebogen eliminiert (siehe *Tabelle C-1* in Anhang C).

5.2 Datenerhebung

5.2.1 Untersuchungsablauf

Für die Pilotierung des Fragebogens wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 eine Querschnittbefragung durchgeführt. Zur Datenerhebung wurde sowohl eine web-basierte Fragebogenstudie als auch eine Paper-Pencil-Version ausgewählt. Die Online-Befragung wurde mit der Software Unipark durchgeführt. Die Teilnahme erfolgte freiwillig und anonym. Es gab keine Vergütung; die Teilnehmenden wurden in einer Einverständniserklärung über Ziele und Hintergründe der Studie aufgeklärt. Es wurde auf die Wichtigkeit einer ehrlichen und subjektiven Beantwortung hingewiesen. Die Studie wurde von der Ethikkommission der Freien Universität Berlin genehmigt (siehe Anhang E).

5.2.2 Validierungstichprobe

Für die empirische Überprüfung der Erstversion untersuchten wir Betroffene von Menschenrechtsverletzungen in der ehemaligen DDR. So waren in der DDR zwischen 1949 und 1989 nach Schätzungen von Fricke (1990) 150 000 bis 200 000 Personen politisch inhaftiert. Weitere Beispiele für Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime sind

Einschränkung der Meinungsfreiheit und Zersetzung (vgl. Behnke, 2010). Diese oft traumatischen Erfahrungen hatten massive Auswirkungen auf die psychische Gesundheit (Beer & Weissflog, 2011; Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, 2003; Maercker, 1995, Maercker et al., 2013, 2013, Priebe, Rudolf, Bauer & Häring, 1993). Die BRD leitete nach 1991 verschiedene Maßnahmen ein, um die Vergangenheit auszuarbeiten – so wurden unter anderem die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (Bundestag & Bundesrat, 1992, 1994, 2007) erlassen und umgesetzt.

Die Pilotierung erfolgte an einer Stichprobe von 77 Personen, die sich selbst als Betroffene oder Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch das ehemalige SED-Regime wahrnehmen. Einschlusskriterien waren zum einen das Erleiden von Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime, zum anderen mussten die Teilnehmenden mindestens 2 Jahre Bürger_in in der DDR gewesen sein. Die Teilnehmenden wurden über folgende Beratungs- und Anlaufstellen gewonnen:

- Betroffene im Bekanntenkreis,
- Bürgerbüro e.V. (Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur),
- Erzählsalon der Zionskirche Berlin,
- Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus in Berlin,
- Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (ehemaliges Staatssicherheits-Gefängnis),
- Gegenwind e.V. (Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur),
- Inter Homines e.V. (Empowerment und Therapie mit politisch Verfolgten),
- Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsschutzes der ehemaligen DDR in Berlin,
- Stiftung Berliner Mauer,
- Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.,
- Zeitzeugenbörse,
- Zeitzeugenbüro.

Die Beratungs- und Anlaufstellen wurden von uns kontaktiert und leiteten unsere Anfrage an Betroffene weiter. Des Weiteren wurde ein Aufruf zur Studienteilnahme über soziale Medien (Facebook) verbreitet. Teilnehmende wurden zudem nach dem Prinzip der Schneeballtechnik (vgl. Diekmann, 2007, S. 400) dazu aufgefordert, den Link zur Studie interessierten Personen weiterzuleiten. Des Weiteren wurde die Studie auf verschiedenen Veranstaltungen vorgestellt, um Teilnehmende zu werben.

66.2 % der Stichprobe waren Männer, 32.5 % Frauen, wobei eine Person keine Angabe zu ihrem Geschlecht gemacht hat. Das mittlere Alter betrug 59.83 Jahre ($SD = 9.33$; Range = 38 – 86). 57.2 % waren verheiratet oder lebten in einer festen Partnerschaft. 37.7 % waren ledig und 3.9 % verwitwet. Eine Person machte keine Angaben zu ihrem Familienstand. 68.8 % hatten Kinder. 24.7 % hatten ein Studium abgeschlossen, 36.4 % eine abgeschlossene Berufsausbildung. 6.5 % schlossen die Schule mit dem Abitur ab. 14.3 % hatten die mittlere Reife abgelegt und 7.8 % die Volks- bzw. Hauptschule besucht. 10.4 % gaben als höchsten Bildungsabschluss „sonstiges“ an (z. B. Fachhochschulreife, Habilitation). Die prozentuelle Verteilung der Bildungsabschlüsse zeigt, dass es sich sozio-ökonomisch um eine repräsentative Stichprobe handelt, da nicht nur ein Bildungsstand vertreten ist.

5.2.3 Instrumente

Neben soziodemografischen Variablen wie Geschlecht, Alter, Bildungs- und Familienstand wurden folgende Variablen erhoben:

- subjektive Wahrnehmung, Betroffene_r von Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime zu sein,
- erlebte Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime,
- erhaltene Entschädigungsleistungen und Zufriedenheit mit denselben,
- erlebte „Anerkennungshandlungen“, z. B. offizielle Entschuldigungen von staatlicher Seite.

Die verwendeten Fragebögen werden im Folgenden in der Reihenfolge ihres Auftretens in der Studie vorgestellt: Auf den Fragebogenentwurf zu staatlicher Anerkennung folgten die Fragebögen zur sozialen Anerkennung, Gerechtigkeitserleben, PTBS, Wohlbefinden und Depression. Diese Reihenfolge wurde nach Relevanz des zu messenden Konstrukts ausgewählt.

5.2.3.1 Fragebogen zur sozialen Anerkennung als Opfer (SAQ)

Um die subjektiv wahrgenommene Wertschätzung einer Person durch ihren sozialen Kontext nach einem erlebten Trauma zu messen, kam der *Soziale Anerkennungs-Fragebogen* bzw. *Social Acknowledgment Questionnaire (SAQ)* zum Einsatz (Maercker & Müller, 2004). Die 16 Items teilen sich in drei Subskalen auf: *Anerkennung als Opfer*, *Generelles Unverständnis* und *Familiäres Unverständnis*. Die Antworten werden auf einer vier-stufigen Likertskala geratet (0 = *überhaupt nicht*; 3 = *ganz genau*). Beispielitems sind: „Ich bin kein normales Mitglied der Gesellschaft mehr seit den Geschehnissen“ und „Mein Chef/ Kollegen

zeigt vollstes Verständnis für jegliche Abwesenheit vom Arbeitsplatz“. Für die Erhebung wurde die Formulierung „aufgrund des Vorfalls“ in „aufgrund der Geschehnisse“ geändert. Die Subskalen weisen gute Reliabilitäten auf: Die interne Konsistenz liegt bei $\alpha = .79$ bis $\alpha = .86$. Der SAQ weist ebenfalls eine gute prädiktive Validität auf.

5.2.3.2 Allgemeine Gerechte Welt Skala (GWAL) und Persönliche Gerechte Welt Skala (GWPER)

Zur Erfassung des Gerechtigkeitserlebens benutzten wir die *Allgemeine Gerechte Welt Skala* (GWAL; Dalbert, Montada & Schmitt, 1987). Sie ist ein Selbstbeurteilungsinstrument und misst mit sechs Items den allgemeinen Glauben an eine gerechte Welt. Ein Beispielitem ist: „Ich finde, dass es auf der Welt im Allgemeinen gerecht zugeht.“ Als Antwortformat dient eine sechs-stufige Skala (1 = *stimmt genau*; 6 = *stimmt überhaupt nicht*). Die interne Konsistenz variiert je nach Untersuchung von $\alpha = .66$ (Dalbert, 1993) bis $\alpha = .88$ (Montada, Dalbert, Reichle & Schmitt, 1986). Die Ergebnisse zur Validität fallen positiv aus (Dalbert et al., 1987).

Neben der GWAL wurde die *Persönliche Gerechte Welt Skala* (GWPER) eingesetzt, ebenfalls von Dalbert (1999) entwickelt, welche mit sieben Items den persönlichen Glauben an eine gerechte Welt misst – im Unterschied zu dem Glauben, dass im Großen und Ganzen Gerechtigkeit herrscht, wird hier erfasst, inwieweit man davon ausgeht, dass einem selbst Gerechtigkeit wiederfährt. Das Antwortformat ist gleich. Ein Beispielitem lautet: „In der Regel fühle ich mich gerecht behandelt.“ Es finden sich gute bis sehr gute Ergebnisse zur Reliabilität. So beträgt die interne Konsistenz je nach Studie zwischen $\alpha = .82$ und $\alpha = .91$ (Dalbert, 1999). Die GWPER weist außerdem gute Validitäten auf (Dalbert, 1999).

5.2.3.3 PTBS Checklist für DSM-5 (PCL-5)

Um posttraumatische Belastungssymptome zu erfassen, wurde die *Checklist für DSM-5* (PCL-5) verwendet, die von Weathers et al. (2013) entwickelt wurde. Mit 20 Items fragt sie die Symptome einer PTBS ab, wie sie im DSM-5 klassifiziert sind. Ein Beispiel ist: „Im letzten Monat, wie sehr waren Sie belastet durch: Wiederholte, beunruhigende und ungewollte Erinnerungen an das belastende Ereignis?“ Auf einer fünf-stufigen Antwortskala kann angegeben werden, inwiefern die Aussage auf einen selbst zutrifft (0 = *überhaupt nicht*; 4 = *sehr stark*). Die PCL-5 ist ein dimensionales Screeninginstrument und dient nicht der kategorialen Diagnostik psychischer Störungen. Die neue Version ist angelehnt an das DSM-5 und entspricht somit dem aktuellen Stand der Forschung. Da noch keine Gütekriterien für die aktuelle Version der PTBS Checkliste vorliegen, haben wir die Reliabilität für die vorliegende

Untersuchung berechnet: Mit einer internen Konsistenz von $\alpha = .97$ erwies sich das Instrument als sehr reliabel.

5.2.3.4 Well-being Index 5 (WHO-5)

Mithilfe des *Well-being Index* (WHO-5) wurde das subjektive Wohlbefinden auf einer kurzen Skala von fünf Items gemessen. Der Index wurde von der World Health Organization (WHO, 1998) als kurzes Screeninginstrument entwickelt, das nach Gefühlen und Stimmungen in den vergangenen zwei Wochen fragt: gute Laune, Entspannung, Aktivität und Energiegeladenheit, Ausgeruhtheit sowie Interesse an Dingen. Ein Beispielitem lautet „In den letzten zwei Wochen war ich froh und guter Laune“. Auf einer 6-stufigen Skala wird angegeben, inwiefern die jeweilige Aussage zutrifft (0 = *zu keinem Zeitpunkt*; 5 = *die ganze Zeit*). Die interne Konsistenz beträgt $\alpha = .92$ (Brähler, Mühlhan, Albani & Schmidt, 2007).

5.2.3.5 Sektion Depression des Gesundheitsfragebogen für Patienten (PHQ-D)

Um depressive Symptome zu erfassen, kam der PHQ-D zum Einsatz; es handelt sich dabei um die *Sektion Depression* aus dem *Gesundheitsfragebogen für Patienten* (Löwe, Spitzer, Zipfel & Herzog, 2002). Dieses Screeninginstrument kann zur Schweregradmessung von Störungen aus den Bereichen Angst, Depression und Somatisierung eingesetzt werden. Der PHQ-D besteht aus neun Aussagen, die sich an den Diagnosekriterien der Depression orientieren, sowie einer Frage nach dem psychosozialen Funktionsniveau. Eine Beispielaussage lautet: „Niedergeschlagenheit, Bedrücktheit oder Hoffnungslosigkeit“. Auf einer vierstufigen Skala kann angegeben werden, inwiefern die Aussagen auf einen zutreffen (0 = *überhaupt nicht*; 3 = *beinahe jeden Tag*). Der PHQ-D ist ebenfalls ein dimensionales Screeninginstrument und dient nicht der kategorialen Diagnostik psychischer Störungen. Die interne Konsistenz beträgt für das Depressionsmodul $\alpha = 0.88$ (Gräfe, Zipfel, Herzog & Löwe, 2004).

5.3 Statistische Analyse und Datenauswertung

Die statistischen Berechnungen wurden mithilfe des Programms SPSS (Statistical Package for Social Sciences Version 22) durchgeführt. Die Irrtumswahrscheinlichkeit wurde für alle Verfahren auf 5 % festgesetzt. Wir orientierten uns bei der statistischen Analyse an Bühner (2011) und Field (2009).

5.3.1 Daten und fehlende Werte

Vor der empirischen Überprüfung des Testentwurfs wurden die Daten auf fehlende

Werte und Inklusionskriterien überprüft. Um zu überprüfen, ob der Datenausfall zufällig oder systematisch war, wurde eine Musteranalyse sämtlicher Variablen durchgeführt. Um alle fehlenden Werte zu berücksichtigen, wurden sämtliche Variablen mit einem Datenausfall von unter 0.01 % einbezogen. Bei einem Datenausfall von über 5 % wird eine multiple Imputation empfohlen; liegt der Anteil fehlender Werte bei unter 5 %, kann man fehlende Werte mit einer Regressionsmethode (z. B. EM) ersetzen (IBM, 2011). Die Ergebnisse hierzu befinden sich in Abschnitt 6.1. Um die statistische Analyse zu vereinfachen, wurden negativ gepolte Items umgepolt.

5.3.2 Deskriptive Statistiken

Es wurden die deskriptiven Statistiken der untersuchten Variablen (staatliche Anerkennung, soziale Anerkennung, Indikatoren psychischer Gesundheit und Gerechtigkeitserleben) ausgegeben. Dazu gehören neben der Beschreibung der Stichprobe auch der Mittelwert, die Standardabweichung und der Range der verschiedenen Instrumente. Die Darstellung der deskriptiven Statistiken befindet sich in Abschnitt 6.2.

5.3.3 Itemanalyse

Zur Überprüfung des Testentwurfs wurde als elementarer erster Schritt eine Itemanalyse durchgeführt. Nach Bortz und Döring (2006) ist sie ein zentraler Aspekt der Testkonstruktion, weshalb die dafür verwendeten Verfahren im Folgenden verkürzt vorgestellt werden.

Zunächst wurden alle verbleibenden STAAN-Items deskriptiv ausgewertet (Mittelwert, Standardabweichung, Schiefe, Kurtosis) und die dabei entstandenen Histogramme analysiert. Für jedes Item wurde ein Schwierigkeitsindex berechnet; dieser gibt an, wie viele Personen einem Item zustimmen ($P = 0 \rightarrow$ niemand; $P = 100 \rightarrow$ alle). Je höher der Wert, desto leichter ist es, dem Item zuzustimmen. Eine mittlere Schwierigkeit differenziert am besten ($P = 50$). Dabei ist es wichtig, eine Balance von Items mit mittlerer Schwierigkeit und solchen, die die Randbereiche abdecken, zu finden; sonst läuft der Fragebogen Gefahr, nicht mehr angemessen zwischen Personen differenzieren zu können (vgl. Bühner, 2011, S. 256). Des Weiteren wurden die Items anhand von Boxplots auf Ausreißer- und Extremwerte untersucht. Diese können die Trennschärfen artifiziell erhöhen oder verkleinern und dienen deshalb als Kriterium für den Ausschluss eines Items, wobei man jedoch keine Fälle ausschließlich aufgrund eines statistischen Kennwerts ausschließen sollte (vgl. Bühner, 2011, S. 255). Die Ergebnisse der Itemanalyse befinden sich in Abschnitt 6.3.3.

5.3.4 Exploratorische Faktorenanalyse

Um die erste Hypothese zu den unterschiedlichen Dimensionen von staatlicher Anerkennung zu überprüfen, führten wir eine exploratorische Faktorenanalyse (EFA) durch. Sie diente gleichzeitig der Reduktion von mehreren Items auf zugrunde liegende Faktoren, die exploratorisch untersucht und interpretiert wurden. Da wir in der vorliegenden Arbeit Zusammenhänge zwischen Items auf latente Variablen zurückführen wollten, ist die Hauptachsenanalyse bei ähnlich guten Ergebnissen der Hauptkomponentenanalyse vorzuziehen (streng genommen handelt es sich beim zweiten Verfahren auch nicht um eine Faktorenanalyse).

Um zu entscheiden, wie viele Faktoren extrahiert werden sollen, wurde eine Parallelanalyse nach Horn (1965) durchgeführt, die als Goldstandard gilt; dabei werden die empirischen Eigenwerte der ermittelten Faktoren mit zufälligen Eigenwertverläufen verglichen. Bei der Parallelanalyse werden nur solche Faktoren extrahiert, deren empirisch beobachtete Eigenwerte einen mit Zufallswerten generierten Eigenwerteverlauf übersteigen (vgl. Bühner, 2011, S. 323). Die Parallelanalyse wurde anhand einer Syntax für SPSS von O'Connor (2000) berechnet. Zusätzlich gab der Scree-Plot nach Cattell (1966) Hinweise auf die Anzahl der Faktoren.

Nachdem eine exploratorische Analyse die Anzahl der Faktoren zeigt, wird die Anzahl in einer weiteren Analyse festgelegt. Sollten Items auf einem Faktor unter $\lambda = 0.30$ laden oder Doppelladungen aufweisen, werden sie entfernt und es wird ggf. eine neue Hauptachsenanalyse berechnet.

Es ist davon auszugehen, dass die Faktoren des Fragebogens untereinander korrelieren, da sie nicht voneinander getrennte, sondern zusammenhängende Dimensionen darstellen, die gemeinsam das Konstrukt der staatlichen Anerkennung widerspiegeln sollen. Für die vorliegende Datenanalyse wurde deshalb eine oblique Promax-Rotation gewählt, da sie das Verfahren der Wahl für korrelierte Faktoren darstellt (Bühner, 2011). Die Rotation diente außerdem einer eindeutigeren Zuordnung der Variablen zu den Faktoren und somit der besseren Interpretation der Daten.

Um die Voraussetzungen der EFA zu überprüfen, wurde im ersten Schritt der Kaiser-Mayer-Olkin-Koeffizient (KMO) berechnet und damit die Korrelationsmatrix überprüft, da substantielle Korrelationen zwischen den Items eine notwendige Voraussetzung für die korrekte Interpretation einer EFA ist (Bühner, 2011, S. 346). In einem weiteren Schritt wurde anhand des Bartlett-Test auf Sphärizität geprüft, ob die Korrelationen in der Korrelationsmatrix

von Null verschieden sind. Zudem wurde die Eignung der einzelnen Items für die EFA durch den MSA-Koeffizienten (Measure of Sample Adequacy) überprüft. Je höher dessen Wert, desto besser sind die einzelnen Items für die Analyse geeignet (mind. aber $MSA > .50$; vgl. Bühner, 2011, S. 437f.). Die Ergebnisse der Faktorenanalyse befinden sich in Abschnitt 6.3.4.

5.3.5 Reliabilität und Trennschärfen

Zur Überprüfung der zweiten Hypothese wurde als Reliabilitätsindikator für die interne Konsistenz Cronbach's alpha verwendet. Um die Split-Half-Reliabilität zu berechnen, kam der Spearman-Brown-Koeffizient zum Einsatz. Zudem wurde als Homogenitätsindex die Mean-Inter-Item-Korrelation (MIC) berechnet.

Um zu überprüfen, wie gut ein Item inhaltlich die Gesamtskala widerspiegelt, wurden deren Trennschärfen errechnet. Um die Trennschärfen nicht zu überschätzen, verwendeten wir die Part-whole-korrigierten Trennschärfen (Bühner, 2011). Anhand der deskriptiven Kennwerte und der Trennschärfen wurden die Items analysiert und ausgewählt. Die Reliabilitätsanalyse wurde zunächst mit allen Items durchgeführt; Items, die sehr niedrige Reliabilitäten oder unbefriedigende Trennschärfen aufwiesen, wurden nach inhaltlicher Begutachtung ggf. eliminiert. In Abschnitt 6.3.2 befinden sich die Ergebnisse der Reliabilität- und Trennschärfeanalysen.

Reliabilität und Trennschärfen wurden nach der Faktorenanalyse erneut berechnet, um die konstruierten Skalen abzusichern und zu bewerten. Mit den neu gebildeten Skalen wurden sowohl die Summenwerte der einzelnen Skalen als auch der Gesamtwert des neuen Fragebogens errechnet (siehe Anhang D).

5.3.6 Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und psychischer Gesundheit sowie Gerechtigkeitserleben

Um gemäß der dritten und vierten Hypothesen erste Zusammenhänge zwischen staatlicher Anerkennung und der psychischen Gesundheit (PTBS, Depression und Wohlbefinden) sowie dem Gerechtigkeitserleben zu untersuchen, wurden einfache lineare Regressionen berechnet. Als unabhängige Variable (UV) wurde die staatliche Anerkennung und als abhängige Variablen (AVs) in getrennten Analysen die PTBS, die Depressionswerte, die Wohlbefindenswerte und das Gerechtigkeitserleben aufgenommen.

Voraussetzungen für die lineare Regression sind neben einem linearen Zusammenhang der Variablen auch die Normalverteilung der Variablen und Residuen. Außerdem sind lineare Regressionen anfällig für Ausreißer und Extremwerte.

Die Annahme eines linearen Zusammenhangs wurde mithilfe eines Residuendiagramms überprüft, welches die standardisierten Residuen gegen die vorhergesagten Werte plottet. Sofern die Residuen zufällig und gleichmäßig um den Nullpunkt streuen (vgl. Field, 2009, S. 248), ist die Voraussetzung der Linearität erfüllt. Die Normalverteilung der Variablen wurde anhand des KS-Tests (Kolmogorov-Smirnov-Test) untersucht. Sofern dieser nicht signifikant wird, ist eine Normalverteilung gegeben. Die Normalverteilung der Residuen wurde anhand von Histogrammen sowie PP-Diagrammen für die standardisierten Residuen überprüft: Sofern die Punkte im PP-Diagramm um die Gerade liegen, kann von einer Normalverteilung der Residuen ausgegangen werden.

Mithilfe von standardisierten Residuen, Cook's Distanz, Hebelwerten, Mahalanobis-Distanz und standardisierten df Betas wurden Ausreißer und Extremwerte untersucht. Die Ergebnisse zu den Zusammenhängen befinden sich in Abschnitt 6.4.

5.3.7 Diskriminante Validität

Für die diskriminante Validität (Grad, in dem ein Verfahren zwischen verschiedenen Konstrukten diskriminiert – in diesem Fall Abgrenzung der Konstrukte staatliche und soziale Anerkennung) wurden Pearson-Korrelationen zwischen den Gesamtwert von staatlicher Anerkennung und sozialer Anerkennung berechnet. Außerdem wurden die Korrelationen zwischen dem Gesamtwert von staatlicher Anerkennung und den Subskalen von sozialer Anerkennung berechnet, da lediglich bei dem Fragebogen zur sozialen Anerkennung (SAQ) die Subskalen bereits validiert sind.

Als Grundvoraussetzung einer Pearson-Korrelation gelten Intervallskalierung sowie Normalverteilung der Daten (Field, 2009, S. 177). Um diese Voraussetzungen zu testen, wurden die interessierenden Variablen staatliche Anerkennung, soziale Anerkennung, PTBS, Depression, Wohlbefinden sowie Gerechtigkeitserleben zunächst mit dem KS-Test auf Normalverteilung überprüft. Da dieser lediglich perfekte Normalverteilungen überprüft, wurden die Ergebnisse ergänzend mit Normalverteilungsdiagrammen verglichen (QQ-Plots). Die Ergebnisse zur diskriminanten Validität befinden sich in Abschnitt 6.5.

5.3.8 Inkrementelle Validität

Um gemäß der fünften Hypothese zu überprüfen, ob das Konstrukt der staatlichen Anerkennung über die soziale Anerkennung hinaus einen Beitrag zur Varianzaufklärung in den AVs leistet, wurden multiple Regressionsanalysen durchgeführt. Der Zuwachs an Varianzaufklärung, den ein neues Verfahren über bereits etablierte Verfahren hinaus erbringt,

wird inkrementelle Validität genannt.

Für die inkrementelle Validität wurden zunächst Pearson-Korrelationen zwischen staatlicher Anerkennung, sozialer Anerkennung sowie den Kontrollvariablen Alter und Geschlecht und den interessierenden Variablen (PTBS, Depression, Wohlbefinden und Gerechtigkeitserleben) berechnet, um die Richtung der Zusammenhänge zu untersuchen. Anschließend wurden multiple hierarchische Regressionsanalysen durchgeführt.

Für die hierarchischen multiplen Regressionsanalysen wurden im ersten Schritt soziale Anerkennung und (bei vorhandenem Zusammenhang) als Kontrollvariablen Alter und Geschlecht als UVs aufgenommen (blockweise). In einem zweiten Schritt wurde staatliche Anerkennung hinzugefügt (Einschlussverfahren). Als AVs wurden in getrennten Analysen PTBS, Depression, Wohlbefinden und Gerechtigkeitserleben aufgenommen.

Die Voraussetzungen einer multiplen linearen Regression sind Normalverteilung und Unabhängigkeit der Residuen, Homoskedastizität, die Abwesenheit von Multikollinearität und ein linearer Zusammenhang zwischen den Variablen (Field, 2009, S. 220f.). Die Annahme eines linearen Zusammenhangs wurde ebenso wie die Homoskedastizität (Varianz der Residuen auf allen Ausprägungen der Prädiktoren ist gleich) anhand eines Residuen-Diagramms überprüft. Sofern die Punktwolke zufällig und gleichmäßig um Null streut, sind beide Voraussetzungen gegeben. Die Normalverteilung der Residuen wurde mithilfe eines Histogramms sowie PP-Diagrammen für die standardisierten Residuen untersucht. Sofern die Punkte im PP-Diagramm um die Gerade liegen, kann von einer Normalverteilung der Residuen ausgegangen werden. Um die Unabhängigkeit der Residuen zu überprüfen, wurde der Durbin-Watson-Test durchgeführt. Dieser untersucht, ob serielle Korrelationen zwischen den Residuen bestehen. Bei einem Wert von 2 weist er auf unkorrelierte Residuen hin (ein Wert unter 2 weist auf eine positive Korrelation hin, ein Wert über 2 auf eine negative Korrelation).

Als Uniquenessmaß für die Multikollinearität wurden die Toleranz und das Varianzinflationsmaß (VIF) berechnet. Bei der Multikollinearität sollten die Toleranzwerte ($TOL = 0 - 1$) nicht den kritischen Wert von $< .1$ und der VIF-Wert nicht den kritischen Wert von > 10 überschreiten. Um zu überprüfen, ob Ausreißer oder Extremwerte die Ergebnisse beeinflussen, wurden standardisierte Residuen, Cook's Distanz, Hebelwerte, Mahalanobis-Distanz und standardisierte df Betas berechnet. Die Ergebnisse zur inkrementellen Validität befinden sich in Abschnitt 6.6.

6. Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Studie vorgestellt. Um die statistische Analyse zu vereinfachen, wurden negativ gepolte Items umkodiert (vgl. die mit einem INV-gekennzeichneten Items in der *Tabelle C-1* in Anhang C).

6.1 Daten und fehlende Werte

Der Datensatz wurde auf fehlende Werte und auszuschließende Fälle untersucht. In die Analyse wurden 77 Personen eingeschlossen (Fälle). Davon wiesen 15 Personen (19.48 %) fehlende Werte auf. Fehlende Werte lagen auf 28 Variablen (20.90 %) vor. Insgesamt war der Großteil der Daten vollständig (99.66 % aller Werte); damit lag der Anteil fehlender Werte bei 0.34 % (35 Werte). Die Gesamtzusammenfassung der fehlenden Werte ist in *Abbildung 2* dargestellt.

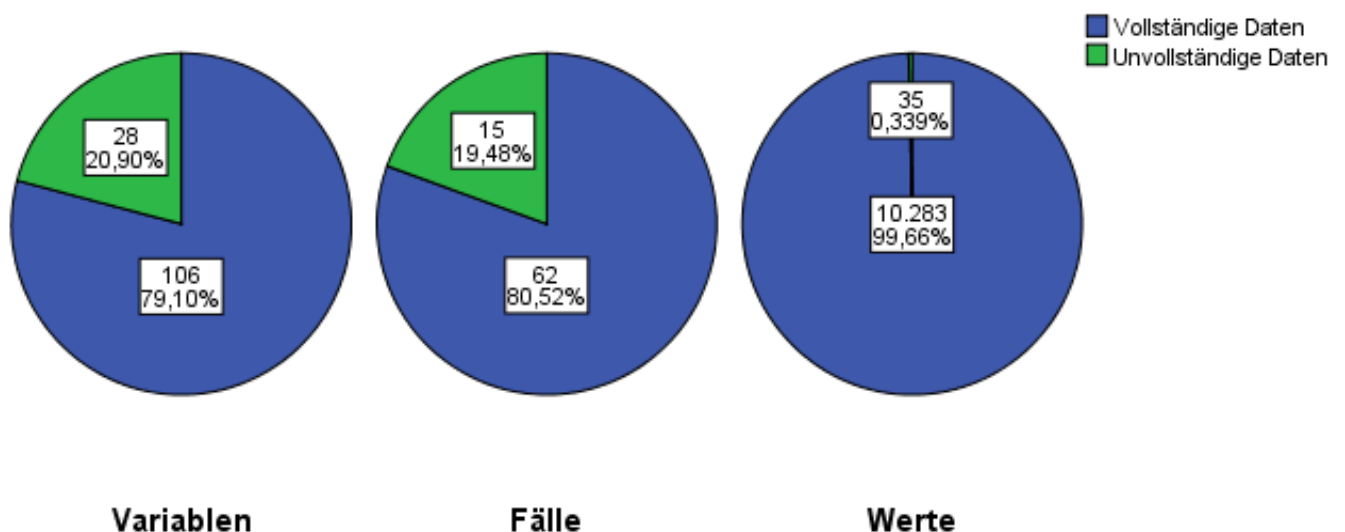


Abbildung 2: Gesamtzusammenfassung fehlender Werte.

Eine Musteranalyse sämtlicher Variablen ergab kein monotones bzw. überhaupt kein Muster, wie *Abbildung 3* zeigt.

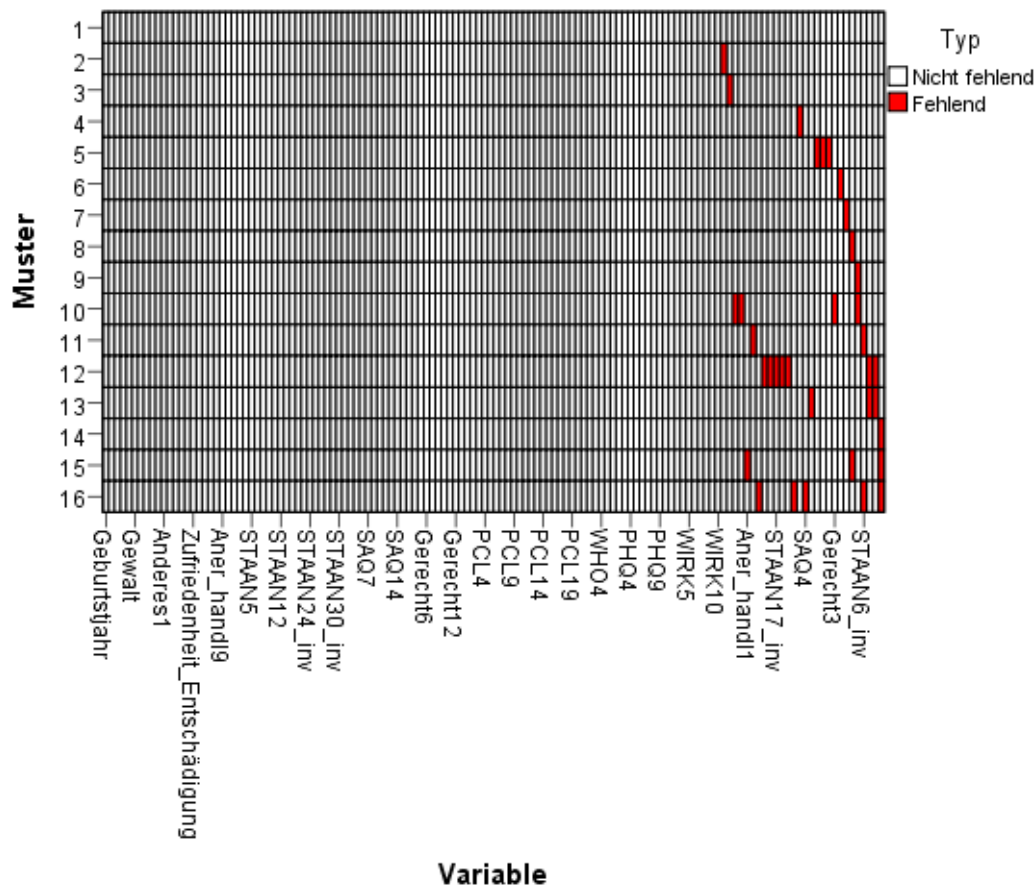


Abbildung 3: Muster für fehlende Werte.

Da sich kein monotones Muster zeigt und die fehlenden Werte unter 5 % lagen, war eine multiple Imputation nicht notwendig. Stattdessen wurden diese anhand der EM-Methode (Maximierung des Erwartungswerts) ersetzt.

6.2 Stichprobenbeschreibung und deskriptive Statistiken

Alle Personen sahen sich als Betroffene von Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime in der ehemaligen DDR (Inklusionskriterium): 89.6 % waren von Einschränkungen der Meinungsfreiheit betroffen, 81.8 % von Zersetzung. 75.3 % waren aus politischen Gründen inhaftiert und 54.5 % berichteten von körperlichen Gewalterfahrungen. Des Weiteren erhielten 15.6 % ein Arbeits- bzw. Berufsverbot und 11.7 % waren in einem Heim untergebracht. 53.2 % gaben unter „Andere“ weitere Menschenrechtsverletzungen an (z. B. Mordversuche, Zwangsarbeit). Mehrfachnennungen waren möglich. Die erfahrenen Menschenrechtsverletzungen sind in *Abbildung 4* dargestellt.

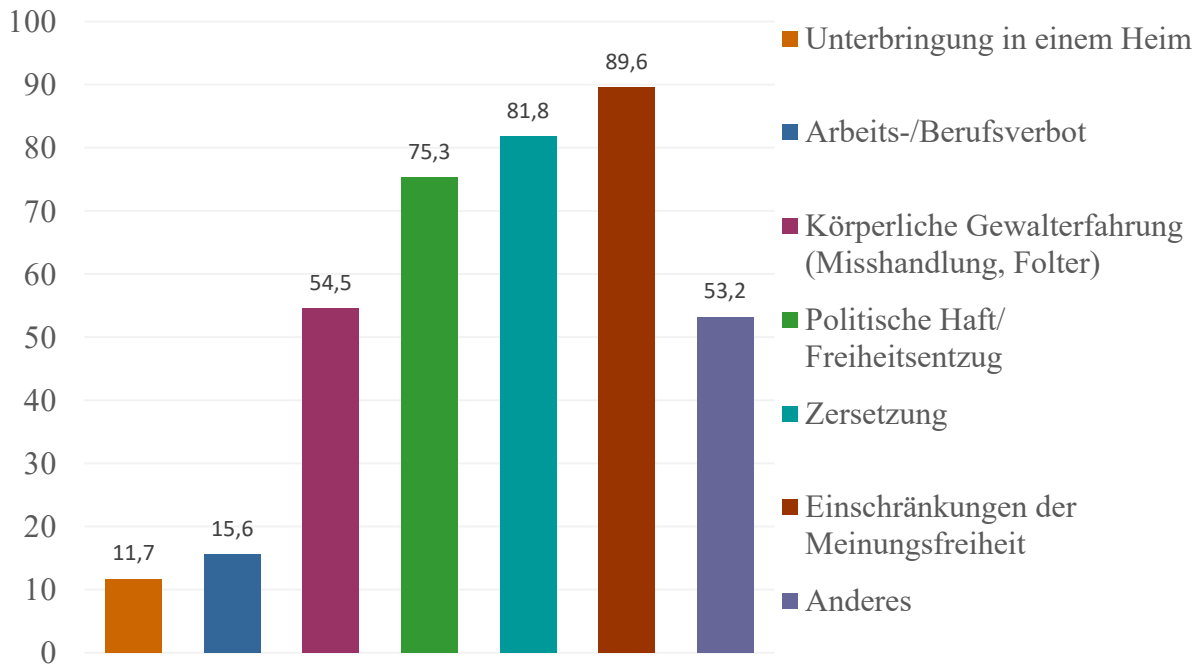


Abbildung 4: Erfahrene Menschenrechtsverletzungen in Prozent (anteilig an der Gesamtstichprobe).

Insgesamt erhielten 77.9 % aller Teilnehmenden Entschädigungsleistungen: 59.7 % bezogen eine Opferpension bzw. –rente, 53.3 % erhielten andere finanzielle Entschädigungen und 29.9 % gaben andere Leistungen an (z. B. Berufsschadensausgleich, politische Rehabilitation). Mehrfachnennungen waren möglich. 57.1 % von denjenigen, die Entschädigungsleistungen erhalten hatten, waren mit diesen wenig bis gar nicht zufrieden, während sich nur 3.9 % mit diesen völlig zufrieden zeigten. 77.9 % der Teilnehmenden waren der Ansicht, dass die Entschädigungsleistungen nicht angemessen waren.

Der Großteil (83.1 %) wurde nicht vom Bürgermeister_in, Stadtrat, Schulen o.ä. eingeladen, um über ihre Erfahrungen zu reden, wobei eine Person keine Angaben machte. Laut 89.6 % der Betroffenen kam es außerdem nicht zu offiziellen Entschuldigungen von Seiten des Staats, wobei hier zwei Personen keine Angaben machten.

45.5 % sind der Ansicht, dass der Staat Opferverbände unterstützt (zwei Personen machten hierzu keine Angaben). Ebenso finden 50.6 %, dass es strukturelle Unterstützung (z. B. spezielle Beratungsstellen) für ihre Anliegen gibt.

Die folgenden Aussagen, Politiker_innen und staatliche Institutionen vertreten öffentlich und eindeutig, dass

- in der DDR staatliches Unrecht begangen wurde, trafen für 78.8 % nur teilweise bis gar nicht zu, wobei eine Person hierzu keine Angabe machte.

- das begangene Unrecht (lückenlos) aufgeklärt wird, trafen für 84.4 % nur teilweise bis gar nicht zu.
- die Verantwortlichen für das Unrecht zur Rechenschaft gezogen werden, trafen für 89.6 % nur teilweise bis gar nicht zu.
- die Leidtragenden zu entschädigen sind, trafen für 85.7 % nur teilweise bis gar nicht zu.

Wie in der *Tabelle 1* deutlich wird, lag die erlebte staatliche Anerkennung eher im unteren Bereich ($AM (SD) = 27.79 (14.26)$). Dies zeigte sich auch für die soziale Anerkennung ($AM (SD) = -7.49 (7.83)$). Die Werte für eine PTBS sind nach Weathers et al. (2013) ab einem Cut-Off-Wert von < 38 als auffällig zu bewerten. Dies war bei der vorliegenden Stichprobe der Fall ($AM (SD) = 43.08 (22.31)$). Auch der durchschnittliche Wert für eine Depression lag in der Stichprobe über dem Cut-Off-Wert von < 10 für eine Major Depression ($AM (SD) = 12.16 (7.71)$, vgl. Löwe et al., 2002). Das Wohlbefinden befand sich ebenfalls unter dem Cut-Off-Wert von > 13 ($AM (SD) = 8.55 (6.77)$, vgl. Brähler et al., 2007). Auch das Gerechtigkeitserleben war eher niedrig (allgemeines Gerechtigkeitserleben: $AM (SD) = 2.34 (0.89)$; persönliches Gerechtigkeitserleben: $AM (SD) = 2.73 (1.12)$).

Tabelle 1

Deskriptive Statistiken von staatlicher Anerkennung, sozialer Anerkennung, den Indikatoren psychischer Gesundheit und Gerechtigkeitserleben ($N = 77$).

	AM	SD	Range in Stichprobe
Staatliche Anerkennung (STAAN; Range = 0 – 72)	27.79	14.26	4 – 62
Soziale Anerkennung (SAQ; Range = -40 – 40)	-7.49	7.83	-22 – 9
PTBS (PCL-5; Range = 0 – 80)	43.08	22.31	0 – 80
Depression (PHQ-D; Range = 0 – 27)	12.16	7.71	0 – 27
Wohlbefinden (WHO-5; Range = 0 – 25)	8.55	6.77	0 – 25
Allgemeines Gerechtigkeitserleben (GWAL; Range = 1 – 6)	2.34	0.89	1 – 4
Persönliches Gerechtigkeitserleben (GWPER; Range = 1 – 7)	2.73	1.12	1 – 6

84.42 % aller Betroffenen fanden Anerkennung durch den Staat wichtig (d. h. > 3 auf der Likert-Skala), 16.88 % fanden diese nicht wichtig (d. h. < 3 auf der Likert-Skala). In *Abbildung 5* sind die Antworthäufigkeiten dargestellt.

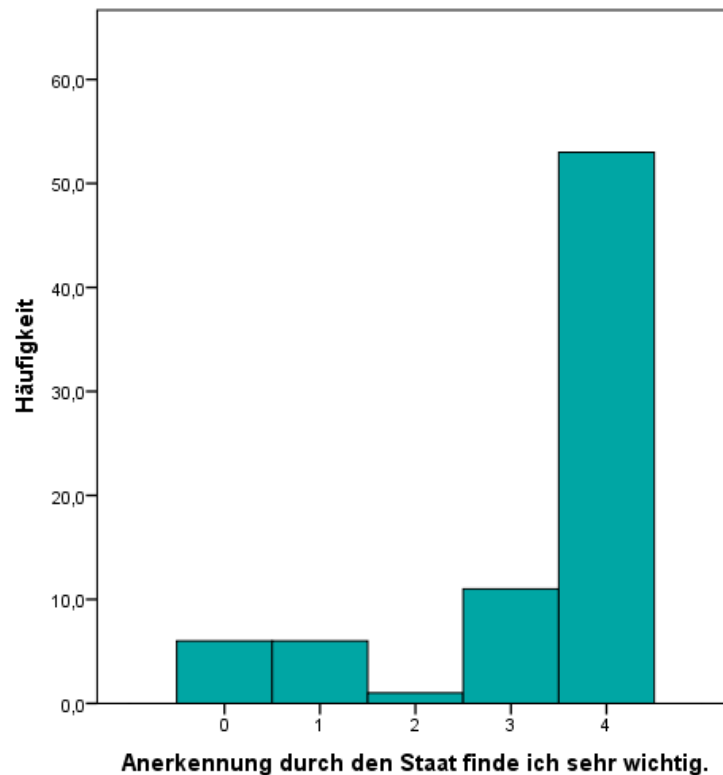


Abbildung 5: Antworthäufigkeiten für das Item „Anerkennung durch den Staat finde ich sehr wichtig.“.

6.3 Empirische Überprüfung des Testentwurfs

Im Folgenden wird die empirische Überprüfung des Testentwurfs vorgestellt. Hiermit werden die ersten beiden Hypothesen zu den unterschiedlichen Dimensionen des Konstrukts staatliche Anerkennung und der Reliabilität untersucht. Um eine übersichtliche Darstellung zu gewährleisten, sind die Ergebnisse der Itemselektion in einer gemeinsamen *Tabelle C-1* in Anhang C gebündelt dargestellt. Dort finden sich auch die Nummerierungen der Items, die sich auf die Erstversion beziehen.

6.3.1 Rating

Die Expert_innen betrachteten 30 der 39 Items als gute Beschreibung des Konstrukts staatliche Anerkennung. Infolgedessen wurden 9 der 39 Items aus dem Itempool eliminiert (vgl. *Tabelle C-1* im Anhang C), da sie als diagnostisch unbrauchbar eingeschätzt wurden (Grad der Übereinstimmung < 60 %). Die übrigen 30 Items dienten als Grundlage für die Datenerhebung. Diese Itemmenge schien repräsentativ genug, um Inhaltsvalidität zu gewährleisten (so kurz wie möglich, so lang wie nötig).

6.3.2 Erste Reliabilitäts- und Trennschärfeanalyse

Die Reliabilitätsanalyse wurde zunächst mit allen 30 Items durchgeführt. Cronbach's alpha betrug $\alpha = .91$ (standardisiert: .92), der Spearman-Brown-Koeffizient lag bei .78. Die Mean-Inter-Item-Korrelation betrug $MIC = .28$ und liegt damit zwischen 0.2 und 0.4 (vgl. Bühner, 2011, S. 255). Die Homogenität der Items befindet sich damit in einem zufriedenstellenden Bereich.

Die Trennschärfen sollen die Einschätzung ermöglichen, wie gut ein Item zwischen Personen mit niedriger und hoher Merkmalsausprägung trennt. Die part-whole-korrigierten Trennschärfen sind ebenfalls in der *Tabelle C-1* im Anhang C dargestellt. Es zeigte sich, dass zwei Items schlechtere Trennschärfen als .30 aufwiesen, weshalb sie eliminiert wurden (Item 7 (.21) und Item 11 (-0.01)).

6.3.3 Itemanalyse und erste Itemselektion

Die deskriptive Auswertung der STAAN-Items ergab folgende Werte (*Tabelle 2*):

Tabelle 2

Deskriptive Statistiken für die finalen 18 Items (N = 77 für alle Items).

	AM	SD	Schiefe		Kurtosis	
			Statistik	SE	Statistik	SE
Ich werde in meinem Status als Betroffene/r von staatlicher Seite gewürdigt.	1.05	1.12	1.04	.27	.53	.54
Ich werde mit meinen Problemen von staatlicher Seite aus ernst genommen.	.94	1.03	1.24	.27	1.39	.54
In meinen Augen ist dem Staat etwas daran gelegen, das Geschehene sichtbar zu machen.	1.25	1.24	.84	.27	-.22	.54
Mir wird von staatlicher Seite der Respekt gezollt, den ich aufgrund meines Status als Betroffene/r verdiene.	.92	1.10	1.32	.27	1.33	.54
Die Bereitstellung von Entschädigungsmaßnahmen zeigt mir, dass ich als Betroffene/r wichtig bin.	1.09	1.10	1.03	.27	.61	.54
Ich fühle mich als Zeitzeuge/in ernst genommen.	1.29	1.26	.87	.27	-.20	.54
Meiner Version der Geschichte wird vom Staat Beachtung geschenkt.	1.32	1.22	.65	.27	-.51	.54

Ich bin trotz meiner Erfahrungen ein gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft.	2.31	1.53	-.30	.27	-1.39	.54
Ich werde durch spezielle Gesetze in meinem Status als Betroffene/r gewürdigt.	1.25	1.18	.73	.27	-.18	.54
In meinen Augen ist dem Staat etwas daran gelegen, das Vergangene wieder gut zu machen.	1.22	1.18	.75	.27	-.11	.54
Ich habe die gleichen Rechte wie alle anderen Mitglieder der Gesellschaft.	2.73	1.36	-.64	.27	-.94	.54
inv: In meinen Augen gibt es Opfergesetze nur auf dem Papier.	1.60	1.28	.30	.27	-.93	.54
inv: Meine Erfahrungen werden im aktuellen Recht missachtet.	1.62	1.50	.38	.27	-1.32	.54
Ich bin informiert über meine Rechte als Betroffene/r.	2.27	1.36	-.19	.27	-1.23	.54
Ich weiß, an welche staatlichen Ansprechpartner ich mich bezüglich meiner Erfahrungen wenden kann, um Hilfe zu bekommen.	2.10	1.33	-.09	.27	-1.17	.54
inv: Ich werde von staatlicher Seite im Stich gelassen.	1.71	1.49	.31	.27	-1.27	.54
inv: Ich habe die Hoffnung aufgegeben, dass ich Unterstützung vom Staat bekomme.	2.00	1.51	.05	.27	-1.41	.54
Der Staat tut alles, was in seiner Macht steht, um mir als Betroffene/r zu helfen, zurück ins Leben zu kehren.	1.12	1.12	.79	.27	-.10	.54

Anmerkung. inv = negativ formulierte Items.

Der gesamte Range (0 – 4) wurde für jedes Item genutzt. Die Mittelwerte schwankten zwischen .82 (Item 8) und 2.73 (Item 19). Der Range der Standardabweichungen betrug zwischen .97 (Item 3) bis 1.61 (Item 16); die Standardabweichungen zeigten damit eine zufriedenstellende Streuung zwischen den Proband_innen an.

Die Durchsicht der Boxplots der Items zeigte, dass fünf Items Ausreißer aufwiesen (die Items 2, 3, 6, 8 und 21). Extremwerte waren nicht vorhanden. Der Schwierigkeitsindex ist in der *Tabelle C-1* in Anhang C dargestellt (Range: 21 – 68.25). Kein Item hatte einen Schwierigkeitsindex von unter $P = 20$ oder über $P = 80$, weshalb allein aufgrund des Schwierigkeitsindex keine Items ausgeschlossen wurden. Das bedeutet, dass kein Item von allen oder keinem Probanden bejaht wurde (keine Boden- oder Deckeneffekte). Dennoch

zeigten Item 3 und Item 8 geringe Schwierigkeitsindizes (3: $P = 21.00$ und 8: $P = 21.50$) und sind inhaltlich sehr ähnlich zu Item 1, weshalb sie entfernt wurden. Aufgrund inhaltlicher Überlegungen entschlossen wir uns ebenfalls, Item 22 zu entfernen, da es mehrdeutig formuliert war. Nach den ersten Analysen verringerte sich der Fragebogenentwurf also von 30 auf 25 Items (Item 3, 7, 8, 11 und 22 wurden entfernt).

6.3.4 Exploratorische Faktorenanalyse

Der Kaiser-Meyer-Olkin-Koeffizient lag für unsere Daten bei $KMO = .78$ und spricht damit für eine mittlere Eignung der Daten (Bühner, 2011). Der Bartlett-Test auf Sphärizität betrug $\chi^2 = 1202.84$ ($p < .001$, $df = 300$). Die Korrelationen der Korrelationsmatrix waren damit ungleich Null, was eine Minimalvoraussetzung für eine exploratorische Faktorenanalyse darstellt (Bühner, 2011). Die MSA-Koeffizienten können aus der Anti-Image-Matrix abgelesen werden: Alle lagen über $MSA = 0.50$. Die Daten waren somit für eine Faktorenanalyse geeignet.

Um die Daten eingehend zu untersuchen und sich für eine Analysemethode zu entscheiden, wurden mit der 25 Item langen Erstversion des Fragebogens verschiedene exploratorische Faktorenanalysen berechnet. Es zeigte sich, dass die Hauptachsenanalyse wie angenommen im Vergleich zur Hauptkomponentenanalyse eindeutigere Zuordnungen produzierte. Da dies die inhaltliche Interpretation vereinfacht, entschieden wir uns für eine Hauptachsenanalyse mit obliquer Promax-Rotation. Dabei lagen 136 (45 %) nicht redundante Residuen mit absoluten Werten größer 0.05 vor.

Eine erste Parallelanalyse zeigte drei Faktoren an, die Begutachtung des Screeplots bestätigte dieses Ergebnis. Deshalb wurde für die Hauptachsenanalyse die Anzahl der zu extrahierenden Faktoren auf drei festgelegt. Insgesamt wurden fünf Hauptachsenanalysen gerechnet. Die Voraussetzungen wurden dabei vor jedem Schritt neu geprüft; die Drei-Faktoren-Lösung wurde in jeder Analyse bestätigt und deshalb gleichsam festgelegt.

In einer ersten Hauptachsenanalyse luden zwei Items auf jedem Faktor unter $\lambda = 0.30$ (Item 16 und Item 21). Da der Inhalt beider Items auch durch Item 17, Item 19, Item 20 und Item 23 abgefragt wird, wurden sie entfernt. Dies ist ebenfalls bei Item 13 der Fall (inhaltlich ähnlich zu Item 12 und Item 14), welches zusätzlich eine Doppelladung aufwies und deshalb entfernt wurde. Auf einer weiteren Hauptachsenanalyse zeigte das Item 5 eine Doppelladung; da es inhaltlich über viele andere Items abgefragt wird, wurde es ebenfalls entfernt. Anschließend wurde mit den verbleibenden 21 Items eine dritte Hauptachsenanalyse berechnet. Unter Beachtung der Reliabilität (alpha, wenn Item entfernt wurde) fielen aufgrund von inhaltlicher Dopplung Item 12 (ähnlich zu Item 14) sowie Item 24 (ähnlich zu Item 26) raus.

Im Anschluss wurde eine vierte Hauptachsenanalyse berechnet. Dabei wurde zusätzlich noch Item 29 aufgrund einer Doppelladung entfernt, was inhaltlich zu rechtfertigen ist, da der abgefragte Inhalt nicht im Vordergrund des Konstrukts steht. Mit den verbleibenden 18 Items wurde eine abschließende fünfte Hauptachsenanalyse durchgeführt. Im Folgenden werden nur die Ergebnisse für diese fünfte Faktorenanalyse mit der endgültigen Fragebogenversion dargestellt. Die nachfolgende *Tabelle 3* zeigt das Ergebnis der Parallelanalyse.

Tabelle 3

Parallelanalyse nach Horn.

Raw Data Eigenvalues	Mean	Percentile Random Data Eigenvalues	Root Raw Data Means Prentyle
1.00	6.72	1.97	2.18
2.00	2.17	1.76	1.89
3.00	1.77	1.60	1.72
4.00	1.09	1.46	1.56
5.00	1.01	1.34	1.44
6.00	.81	1.24	1.33
7.00	.71	1.15	1.22
8.00	.64	1.06	1.13
9.00	.60	.97	1.04
10.00	.48	.89	.96
11.00	.42	.82	.89
12.00	.37	.74	.81
13.00	.32	.67	.74
14.00	.28	.60	.67
15.00	.20	.53	.60
16.00	.16	.47	.53
17.00	.14	.40	.46
18.00	.10	.32	.39

Nach der Parallelanalyse waren also die bereits erwähnten drei Faktoren zu extrahieren. Der Screeplot wies ebenfalls auf dieses Ergebnis hin (siehe *Abbildung 6*).

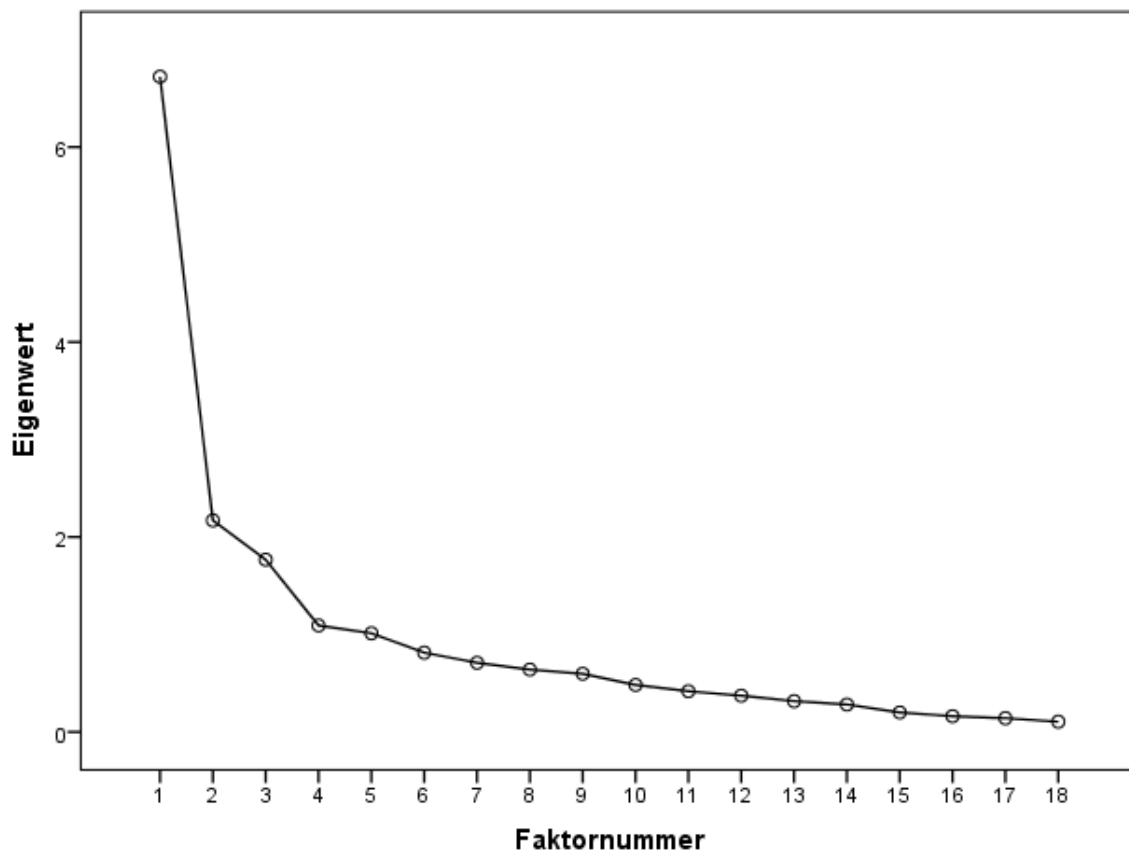


Abbildung 6: Screeplot.

Die drei-faktorielle Lösung, auf die sowohl die Parallelanalyse als auch der Screeplot hinweisen, schien nach inhaltlicher Betrachtung der Items, die auf den verschiedenen Faktoren luden, sinnvoll interpretierbar – wir gehen darauf näher in der Diskussion ein. Zusammenklärten die Faktoren 51.78 % der Varianz auf, wobei der erste Faktor 34.76 %, der zweite Faktor 9.6 % und der dritte Faktor 7.43 % aufklärte. *Tabelle 4* zeigt neben den Varianzen und Eigenwerten auch die Faktorladungen nach der letzten (= fünften) Hauptachsenanalyse. Alle Faktorladungen waren praktisch bedeutsam ($\lambda < 0.30$; vgl. Bühner, 2011, S. 350).

Tabelle 4

Rotierte Muster-Ladungsmatrix nach einer Hauptachsen-Faktorenanalyse (Promax-Rotation mit Kaiser-Normalisierung, $N = 77$).

Faktor	1	2	3
Varianzaufklärung in %	34.76	9.60	7.43
Eigenwerte nach Extraktion	6.26	1.73	1.34
Ich werde mit meinen Problemen von staatlicher Seite aus ernst genommen. (Item 2)	.99		

Ich werde in meinem Status als Betroffene/r von staatlicher Seite gewürdigt. (Item 1)	.80
In meinen Augen ist dem Staat etwas daran gelegen, das Geschehene sichtbar zu machen. (Item 4)	.77
Mir wird von staatlicher Seite der Respekt gezollt, den ich aufgrund meines Status als Betroffene/r verdiene. (Item 6)	.71
Meiner Version der Geschichte wird vom Staat Beachtung geschenkt. (Item 14).	.70
In meinen Augen ist dem Staat etwas daran gelegen, das Vergangene wieder gut zu machen. (Item 18)	.64
Die Bereitstellung von Entschädigungsmaßnahmen zeigt mir, dass ich als Betroffene/r wichtig bin. (Item 9)	.61
Ich fühle mich als Zeitzeuge/in ernst genommen. (Item 10)	.60
Ich werde durch spezielle Gesetze in meinem Status als Betroffene/r gewürdigt. (Item 17)	.58
Der Staat tut alles, was in seiner Macht steht, um mir als Betroffene/r zu helfen, zurück ins Leben zu kehren. (Item 30)	.36

Ich habe die gleichen Rechte wie alle anderen Mitglieder der Gesellschaft. (Item 19)	.81
Ich bin informiert über meine Rechte als Betroffene/r. (Item 25)	.75
Ich weiß, an welche staatlichen Ansprechpartner ich mich bezüglich meiner Erfahrungen wenden kann, um Hilfe zu bekommen. (Item 26)	.73
Ich bin trotz meiner Erfahrungen ein gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft. (Item 15)	.64

inv: Ich werde von staatlicher Seite im Stich gelassen. (Item 27)	.94
inv: Ich habe die Hoffnung aufgegeben, dass ich Unterstützung vom Staat bekomme. (Item 28)	.71
inv: Meine Erfahrungen werden im aktuellen Recht missachtet. (Item 23)	.55
inv: In meinen Augen gibt es Opfergesetze nur auf dem Papier. (Item 20)	.50

Anmerkung. Die Rotation ist in 5 Iterationen konvergiert.

6.3.5 Zweite Reliabilitäts- und Trennschärfenanalyse

Zur Bestimmung der inneren Konsistenz des Gesamtwerts sowie der drei Faktoren

wurden für jeden Faktor die Cronbach's-Alpha-Koeffizienten berechnet. Diese befanden sich in einem zufriedenstellenden bis exzellenten Bereich (Skala 1: $\alpha = .91$; Skala 2: $\alpha = .81$; Skala 3: $\alpha = .77$). Für die Gesamtskala betrug das Alpha $\alpha = .89$. Der Mittelwert der Inter-Itemkorrelationen lag bei $MIC = .33$ und damit in einem guten Bereich ($0.2 - 0.4$); die einzelnen Items korrelierten im Durchschnitt hoch miteinander. Der Spearman-Brown-Koeffizient lag für die Gesamtskala bei $.77$, was für eine gute Split-Half-Reliabilität spricht.

In *Tabelle 5* sind die Cronbach's-Alpha-Koeffizienten für die jeweiligen Skalen sowie die part-whole-korrigierten Trennschärfen für die einzelnen Items der endgültigen Fragebogenversion angegeben. Die Trennschärfekoeffizienten befanden sich alle über dem kritischen Wert von $r_{it} = .30$ (vgl. Bühner, 2011, S. 81). Die Items 15, 19, 20, 23, 25 und 27 wiesen mittlere Trennschärfen auf ($r_{it} = .30 - .50$). Alle übrigen Items (1, 2, 4, 6, 9, 10, 14, 17, 18, 30, 26, 28) wiesen hohe Trennschärfen auf ($r_{it} > .50$). Die Items trennten damit zufriedenstellend zwischen Probanden mit hoher und niedriger Ausprägung.

Tabelle 5

Reliabilitäten für die Subskalen des STAAN und Trennschärfen der Items.

Faktor	Item	r_{it}	α
Faktor 1			.91
	Ich werde in meinem Status als Betroffene/r von staatlicher Seite gewürdigt. (Item 1)	.55	
	Ich werde mit meinen Problemen von staatlicher Seite aus ernst genommen. (Item 2)	.60	
	In meinen Augen ist dem Staat etwas daran gelegen, das Geschehene sichtbar zu machen. (Item 4)	.64	
	Mir wird von staatlicher Seite der Respekt gezollt, den ich aufgrund meines Status als Betroffene/r verdiene. (Item 6)	.56	
	Die Bereitstellung von Entschädigungsmaßnahmen zeigt mir, dass ich als Betroffene/r wichtig bin. (Item 9)	.53	
	Ich fühle mich als Zeitzeuge/in ernst genommen. (Item 10)	.67	
	Meiner Version der Geschichte wird vom Staat Beachtung geschenkt. (Item 14)	.67	
	Ich werde durch spezielle Gesetze in meinem Status als Betroffene/r gewürdigt. (Item 17)	.58	
	In meinen Augen ist dem Staat etwas daran gelegen, das	.61	

Vergangene wieder gut zu machen. (Item 18)	
Der Staat tut alles, was in seiner Macht steht, um mir als Betroffene/r zu helfen, zurück ins Leben zu kehren. (Item 30)	.58
Faktor 2	.81
Ich bin trotz meiner Erfahrungen ein gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft. (Item 15)	.43
Ich habe die gleichen Rechte wie alle anderen Mitglieder der Gesellschaft. (Item 19)	.43
Ich bin informiert über meine Rechte als Betroffene/r. (Item 25)	.48
Ich weiß, an welche staatlichen Ansprechpartner ich mich bezüglich meiner Erfahrungen wenden kann, um Hilfe zu bekommen. (Item 26)	.52
Faktor 3	.77
inv: In meinen Augen gibt es Opfergesetze nur auf dem Papier. (Item 20)	.41
inv: Meine Erfahrungen werden im aktuellen Recht missachtet. (Item 23)	.39
inv: Ich werde von staatlicher Seite im Stich gelassen. (Item 27)	.41
inv: Ich habe die Hoffnung aufgegeben, dass ich Unterstützung vom Staat bekomme. (Item 28)	.60

6.4 Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und PTBS, Depression, Wohlbefinden und Gerechtigkeitserleben

Um gemäß der dritten und vierten Hypothesen den Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und den Indikatoren psychischer Gesundheit sowie Gerechtigkeitserleben zu untersuchen, wurden einfache lineare Regressionen berechnet. Die Voraussetzungen für die Berechnung einfacher linearer Regressionen waren alle erfüllt. Auch die Werte für Ausreißer und Extremwerte waren unauffällig.

Da staatliche Anerkennung mit allen Variablen signifikant korrelierte, wurden mit allen Variablen im nächsten Schritt Regressionen berechnet. Die Korrelationen sind der *Tabelle 7* im Abschnitt zu den hierarchischen multiplen Regressionen zu entnehmen.

Aus den Werten in *Tabelle 6* wird ersichtlich, dass staatliche Anerkennung einen signifikanten Zusammenhang mit den untersuchten Variablen aufweist. Die Zusammenhänge entsprachen dabei unseren Hypothesen: Staatliche Anerkennung hing mit PTBS ($\beta = -.36$, p

$< .05$) und Depression ($\beta = -.41, p < .05$) negativ zusammen, mit Wohlbefinden ($\beta = .32, p < .05$), dem allgemeinen Gerechtigkeitserleben ($\beta = .31, p < .05$) sowie dem persönlichen Gerechtigkeitserleben ($\beta = .40, p < .05$) hingegen positiv. Das heißt, dass die PTBS-Symptomatik um .36 Standardabweichungen und die Depression um .41 Standardabweichungen sinkt, wenn die staatliche Anerkennung um eine Standardabweichung erhöht wird. Das Wohlbefinden steigt hingegen um .32 Standardabweichungen, wenn staatliche Anerkennung um eine Einheit erhöht wird, das allgemeine Gerechtigkeitserleben um .31 und das persönliche Gerechtigkeitserleben um .40 Standardabweichungen. Die getrennten Analysen werden in *Tabelle 6* zusammengefasst dargestellt.

6.5 Diskriminante Validität

Anhand der diskriminanten Validität untersuchten wir die Abgrenzung von staatlicher zu sozialer Anerkennung (Hypothese 5). Die Voraussetzungen für die Berechnung der Pearson-Korrelationen waren erfüllt.

Staatliche Anerkennung und soziale Anerkennung korrelierten signifikant moderat positiv miteinander ($r = .40, p < .05$). Staatliche Anerkennung korrelierte mit den Subskalen von sozialer Anerkennung wie folgt: *Anerkennung als Opfer* mit $r = .33$ ($p < .05$), *Generelles Unverständnis* mit $r = -.45$ ($p < .05$) und *Familiäres Unverständnis* mit $r = -.19$ (n. s.).

Tabelle 6

Einfache lineare Regressionen zur Vorhersage von PTBS, Depression, Wohlbefinden, allgemeines sowie persönliches Gerechtigkeitserleben ($N = 77$).

AV		B	SE B	β	T	Korrigiertes R^2
PTBS	Konstante	59.48	5.44		10.94*	
	Staatliche Anerkennung	-0.59	0.18	-.36	-3.36*	.12
Depression	Konstante	18.90	1.83		10.12*	
	Staatliche Anerkennung	-0.23	0.06	-.41	-3.90*	.16
Wohlbefinden	Konstante	4.13	1.68		2.46*	
	Staatliche Anerkennung	0.16	0.05	.32	2.93*	.09

Allgemeines	Konstante	1.78	0.22		8.29*	
Gerechtigkeitserleben	Staatliche	0.02	0.01	.31	2.86*	.09
	Anerkennung					
Persönliches	Konstante	1.81	0.27		6.80*	
Gerechtigkeitserleben	Staatliche	0.03	0.01	.40	3.82*	.15
	Anerkennung					

Anmerkungen. * $p < .05$.

6.6 Inkrementelle Validität

Um gemäß der fünften Hypothese zu überprüfen, ob das Konstrukt der staatlichen Anerkennung über die soziale Anerkennung hinaus einen Beitrag zur Varianzaufklärung in den AVs leistet, wurden multiple Regressionsanalysen durchgeführt. Sämtliche Voraussetzungen für die multiple lineare Regression waren erfüllt. Auch die Werte für Ausreißer und Extremwerte waren unauffällig.

Die *Tabelle 7* mit den Korrelationen zwischen staatlicher Anerkennung und den Kontrollvariablen Alter und Geschlecht sowie sozialer Anerkennung und den interessierenden Variablen zeigt über die schon berichteten Korrelationen in Abschnitt 6.4 hinaus, dass soziale Anerkennung mit PTBS ($r = -.72, p > .05$), Depression ($r = -.75, p > .05$), Wohlbefinden ($r = .69, p > .05$) und dem persönlichen Gerechtigkeitserleben ($r = .35, p > .05$) ebenfalls korrelierte. Jedoch korrelierte soziale Anerkennung nicht mit dem allgemeinen Gerechtigkeitserleben, weswegen hierfür keine hierarchische multiple Regression durchgeführt wurde. Alter korrelierte nur mit PTBS ($r = -.23, p > .05$) und Depression ($r = -.29, p > .05$) signifikant und wurde somit nur in diese Regressionsmodelle aufgenommen. Geschlecht korrelierte mit keiner Variablen und wurde daher nicht als Kontrollvariable in die hierarchischen Regressionsmodelle aufgenommen. Die getrennten Analysen werden in *Tabelle 7* zusammengefasst dargestellt.

Tabelle 7

Pearson-Korrelationen zwischen staatlicher Anerkennung, sozialer Anerkennung, den Kontrollvariablen Alter und Geschlecht sowie den interessierenden Variablen (PTBS, Depression, Wohlbefinden, allgemeines und persönliches Gerechtigkeitserleben) (N = 77).

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
(1) Alter	–	-.05	.18	.21	-.23*	-.29*	.20	-.05	.00
(2) Geschlecht		–	.11	.13	-.09	-.06	.02	-.10	-.18
(3) Staatliche Anerkennung			–	.40*	-.36*	-.41*	.32*	.31*	.40*
(4) Soziale Anerkennung				–	-.72*	-.75*	.69*	.13	.35*
(5) PTBS					–	.89*	-.79*	-.12	-.42*
(6) Depression						–	-.80*	-.09	-.35*
(7) Wohlbefinden							–	.14	.35*
(8) Allgemeines Gerechtigkeitserleben								–	.59*
(9) Persönliches Gerechtigkeitserleben									–

Anmerkungen. * $p < .05$.

Tabelle 8 ist zu entnehmen, dass staatliche Anerkennung über die soziale Anerkennung hinaus einen signifikanten eigenständigen Beitrag zur Varianzaufklärung des persönlichen Gerechtigkeitserlebens leistete ($\beta = .31$, $p < .05$; $\Delta R^2 = .08$, $p < .05$). für PTBS, Depression sowie Wohlbefinden. Alter trug für PTBS und Depression nicht zur Varianzaufklärung bei.

Tabelle 8

Hierarchische multiple Regressionen mit sozialer Anerkennung und staatlicher Anerkennung zur Vorhersage von PTBS, Depression, Wohlbefinden sowie persönliches Gerechtigkeitserleben (N = 77).

AV	Prädiktoren	B	SE B	β	T	ΔR^2
PTBS	Schritt 1					.53*
	Konstante	39.09	12.34		3.17*	

	Kontrollvariable: Alter	-0.19	0.20	-.08	-0.94	
	Soziale Anerkennung	-2.01	0.23	-.71	-8.60*	
	Schritt 2					.01
	Konstante	42.15	12.83			3.28*
	Staatliche Anerkennung	-0.13	0.14	-.08	-0.88	
Depression	Schritt 1					.57*
	Konstante	13.48	4.05			3.33*
	Kontrollvariable: Alter	-0.11	0.06	-.13	-1.72	
	Soziale Anerkennung	-0.71	0.08	-.72	-9.22*	
	Schritt 2					.01
	Konstante	15.10	4.17			3.62*
	Staatliche Anerkennung	-0.07	0.05	-.12	-1.44	
Wohlbefinden	Schritt 1					.48*
	Konstante	13.02	0.78			16.69*
	Soziale Anerkennung	0.60	0.07	.69	8.27*	
	Schritt 2					.00
	Konstante	12.18	1.69			7.19*
	Staatliche Anerkennung	0.03	0.05	.05	0.56	
Persönliches Gerechtigkeitserleben	Schritt 1					.13*
	Konstante	3.11	0.17			18.71*
	Soziale Anerkennung	0.05	0.02	.35	3.27*	
	Schritt 2					.08*
	Konstante	2.27	0.35			6.59*
	Staatliche Anerkennung	0.03	0.01	.31	2.76*	

Anmerkungen. * $p < .05$.

Da staatliche Anerkennung keinen signifikanten Beitrag mehr zur Varianzaufklärung leistete, sobald soziale Anerkennung in einem ersten Schritt in die Regressionsanalyse mit

aufgenommen wurde, könnte es sich um einen totalen Mediator-Effekt handeln (Urban & Mayerl, 2007). Ein solcher Effekt liegt vor, wenn der Effekt von einer Variablen X (staatliche Anerkennung) auf eine Variable Y (hier: PTBS, Depression, Wohlbefinden) komplett durch eine andere Variable Z (soziale Anerkennung) interveniert wird und dann kein direkter Effekt mehr zwischen X und Y besteht. *Abbildung 7* veranschaulicht diesen Zusammenhang.



Abbildung 7: Partieller und totaler Mediator-Effekt (vgl. Urban & Mayerl, 2007).

Damit ein Mediator-Effekt vorliegt, muss die Variable X (staatliche Anerkennung) im Regressionsmodell ohne Kontrolle des Einflusses der Mediator-Variablen (soziale Anerkennung) einen signifikanten Effekt auf Y (PTBS, Depression, Wohlbefinden) ausüben. Wie die Ergebnisse in *Tabelle 6* zeigen, ist diese Bedingung erfüllt. Um von einer Mediator-Variablen zu sprechen, müssen neben diesen noch folgende Bedingungen erfüllt sein (Baron & Kenny, 1986; Holmbeck, 1997): X (staatliche Anerkennung) muss einen signifikanten Effekt auf den Mediator (soziale Anerkennung) ausüben, außerdem muss der Mediator einen signifikanten Effekt auf die abhängige Variable (also PTBS, Depression und Wohlbefinden) ausüben.

Um zu überprüfen, inwieweit es sich bei sozialer Anerkennung um eine Mediator-Variable handelt, wurden deshalb weitere einfache lineare Regressionen durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass staatliche Anerkennung einen signifikanten Effekt auf soziale Anerkennung ausübte ($\beta = .40, p < .05$) und soziale Anerkennung signifikante Effekte auf PTBS ($\beta = -.72, p < .05$), Wohlbefinden, ($\beta = -.69, p < .05$) und Depression ($\beta = -.75, p < .05$) hatte. Somit wird der Effekt von staatlicher Anerkennung auf die drei Variablen über die soziale Anerkennung vermittelt.

Die Ergebnisse werden im Folgenden diskutiert und kritisch beleuchtet.

7. Diskussion

Ziel unserer Arbeit war es, einen reliablen und validen Fragebogen zum Konstrukt staatliche Anerkennung zu entwickeln und diese von sozialer Anerkennung abzugrenzen. Außerdem wurden erste Zusammenhänge zwischen staatlicher Anerkennung und psychischer Gesundheit sowie Gerechtigkeitserleben untersucht.

7.1 Fragebogenentwicklung (Hypothesen 1 und 2)

Staatliche Anerkennung steht im Fokus von Entschädigungs- und Wiedergutmachungsmaßnahmen für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen. Doch wie kann sie konzeptualisiert und ihre Wirkung überprüft werden? Um einen ersten Schritt in diese Richtung zu gehen, entwickelten wir den Fragebogen zur subjektiv wahrgenommenen staatlichen Anerkennung als Betroffene_r von Menschenrechtsverletzungen. Es lässt sich festhalten, dass die Ergebnisse unserer Studie sehr zufriedenstellend sind. Der Fragebogen zur staatlichen Anerkennung ist mit 18 Items ein relativ sparsames Selbstbeurteilungsinstrument, dessen Bearbeitung ca. 5-10 Minuten in Anspruch nimmt. Die Durchführungsökonomie ist somit gegeben.

Die vorliegenden Ergebnisse lassen darauf schließen, dass das Konstrukt staatliche Anerkennung als Betroffene_r von Menschenrechtsverletzungen die drei folgenden Dimensionen aufweist:

- 1. Skala: Würdigung
- 2. Skala: Gleichstellung
- 3. Skala: Abwesenheit von Missachtung

Mit Blick auf die Items (vgl. *Tabelle 4*) wird deutlich, dass sich der rechtliche Aspekt dabei durch alle Faktoren zieht – dies zeugt von der übergeordneten Relevanz, die die rechtliche Facette im Rahmen staatlicher Anerkennung hat. Diese Überlegung ist gerade vor dem Hintergrund der Theorie (siehe Abschnitt 3.1) schlüssig: denn staatliche Anerkennung geschieht vor allen Dingen über eine rechtliche Anerkennung des legalen Opferstatus und die rechtliche Gleichstellung von Betroffenen.

Auch die Bedeutung, die die Würdigung des erlebten Leides hat, spiegelt sich im Fragebogen wider: So laden die meisten Items auf einem Faktor mit insgesamt 10 Items, die allesamt die würdigende Facette staatlicher Anerkennung erfragen. Auf dem zweiten Faktor laden vier Items, die das Thema der Gleichstellung betreffen. Es spiegelt das Gefühl von

Ebenbürtigkeit wider – Betroffene werden vom „Opfer“ zum/r „Bürger_in“ – eine Voraussetzung, um sich gleichberechtigt zu fühlen. Der dritte Faktor weicht insofern von den ersten beiden ab, da hier alle umgepolten Items laden (ebenfalls vier); die Gemeinsamkeit liegt in einer wahrgenommenen Abwesenheit von Missachtung. Gleichzeitig wäre es denkbar, dass die Ursache für das gemeinsame Laden der Items auf dem dritten Faktor allein aufgrund der negativen Formulierung zustande kommt (Methodenvarianz). Die Subskalen sollten deshalb in Folgestudien validiert werden.

Die zweite Hypothese besagt, dass das Konstrukt reliabel erfasst werden kann; die Ergebnisse bestätigen diese Hypothese (siehe Abschnitt 6.3.5). So liegt die Reliabilität der Gesamtskala in einem sehr guten Bereich. Auch die einzelnen Skalen zeigen gute Reliabilitäten: Die Reliabilität der ersten Skala ist als exzellent zu bezeichnen. Die zweite Skala hat trotz der geringeren Anzahl an Items eine gute Reliabilität; für die dritte Skala liegt diese in einem zufriedenstellenden Bereich. Die geringere Reliabilität ist neben der geringeren Anzahl an Items auch dadurch zu erklären, dass diese Skala heterogener ist und verschiedene Facetten von Missachtung abfragt.

7.2 Staatliche Anerkennung und ihr Zusammenhang mit PTBS, Depression, Wohlbefinden und Gerechtigkeitserleben (Hypothesen 3 und 4) – im Vergleich zu sozialer Anerkennung (Hypothese 5)

Die gefundenen Zusammenhänge entsprechen unseren Hypothesen: Staatliche Anerkennung weist einen negativen Zusammenhang mit PTBS und Depression auf. Dagegen zeigen sich positive Zusammenhänge zwischen staatlicher Anerkennung und Wohlbefinden sowie Gerechtigkeitserleben. Die Richtung des Zusammenhangs ist dabei nicht geklärt, d. h. ob ein erhöhtes Wohlbefinden oder Gerechtigkeitserleben und niedrige Symptomausprägungen von PTBS und Depression das Anerkennungserleben positiv beeinflussen, oder ob die staatliche Anerkennung sich positiv auf diese Indikatoren auswirkt. Hier sind Längsschnittstudien nötig, um den Zusammenhang zu validieren.

Beachtet man die Ergebnisse im Vergleich zur sozialen Anerkennung (vgl. den ersten Schritt der Regressionsanalyse in *Tabelle 8*), so klärt der SAQ bei PTBS, Depression und Wohlbefinden mehr Varianz auf als der STAAN – beim persönlichen Gerechtigkeitserleben ist es umgekehrt. Genauer klärt der STAAN über der SAQ hinaus 8% zusätzliche Varianz auf (inkrementelles R^2). Diese Ergebnisse verwundern nicht und sind zu erwarten, wird mithilfe des SAQ doch neben der gesellschaftlichen Wertschätzung auch die Anerkennung des nahen

Umfelds (Freunde und Familie) erfragt¹⁸. Diese Ebene hat durch ihren näheren Bezug zum betroffenen Individuum verständlicherweise einen größeren Einfluss als entferntere Faktoren wie der Staat. Umgekehrt macht es Sinn, dass staatliche Anerkennung ein besserer Prädiktor für das Gerechtigkeitserleben ist als soziale Anerkennung.

Die Ergebnisse der hierarchischen multiplen Regressionsanalysen zeigen, dass staatliche Anerkennung für das persönliche Gerechtigkeitserleben inkrementelle Validität besitzt. Dieses Ergebnis bestätigt den wichtigen Zusammenhang von Staat und Gerechtigkeit, den wir bereits in den Abschnitten 2.1 und 3.4 beschrieben haben. Wir interpretieren die Ergebnisse dahingehend, dass staatliche Anerkennung einen Beitrag zur Wiederherstellung von allgemeiner und persönlicher Gerechtigkeit leistet. Da der Glaube an eine gerechte Welt auch als Ressource angesehen wird, kann dieser sich wiederum positiv auf die psychische Gesundheit auswirken (Dalbert, 2001). Die Relevanz für die Bewältigung wird auch dadurch unterstrichen, dass das Unrechtserleben ein zentraler Punkt bei der Bewältigung des Erlebten darstellt (Regner, 1999). Möglich wäre auch, dass das Erleben von Gerechtigkeit die psychische Gesundheit nicht direkt beeinflusst, sondern als Moderator fungiert – hierin liegt ein großes Potenzial von (fair durchgeführten) Transitional Justice-Maßnahmen¹⁹.

Um zu überprüfen, ob der Fragebogen nicht dieselben Facetten von Anerkennung abfragt, die mit sozialer Anerkennung zusammenhängen, wurde eine diskriminante Validitätsanalyse mit dem SAQ durchgeführt. Wie erwartet unterscheiden sich staatliche und soziale Anerkennung voneinander, weshalb sie nur moderat miteinander korrelieren (siehe Abschnitt 6.5) – es scheint also, dass der STAAN eine genügende diskriminante Validität aufweist. So korrelierten die dritte Subskala *Familiäres Unverständnis* des SAQ und STAAN nicht miteinander – denn diese teilen keine gemeinsame inhaltliche Grundlage.

Dass es dennoch einen Zusammenhang gibt, deutet darauf hin, dass beide Instrumente auch etwas Ähnliches erfassen, was man als gemeinsame Komponente von Anerkennung interpretieren könnte. So korrelierte die Subskala *Generelles Unverständnis* des SAQ moderat positiv, die Subskala *Anerkennung als Opfer* des SAQ moderat negativ mit dem STAAN. Dass der Zusammenhang mit der zweiten Subskala höher ist, erscheint plausibel, da diese Skala inhaltlich näher an dem Konstrukt der staatlichen Anerkennung ist: Es geht um

18 Streng genommen umfasst der Fragebogen also zwei Ebenen (Gesellschaft und nahes soziales Umfeld, vgl. das Modell von Maercker und Horn, 2013), während staatliche Anerkennung nur auf der äußersten Ebene anzusiedeln wäre.

19 Zu Kriterien fairer Verfahren siehe Leventhal (1980).

gesellschaftliche Anerkennung, die näher mit staatlicher Anerkennung verwandt ist als die anderen Komponenten des Konstrukts (Makroebene).

Die Befunde zu den klinisch-psychologischen Variablen PTBS und Depression sowie Wohlbefinden zeigen auch bei der Kontrolle von Alter und Geschlecht zunächst den prädiktiven Wert staatlicher Anerkennung. Sobald soziale Anerkennung ins Regressionsmodell aufgenommen wird, klärt staatliche Anerkennung jedoch keine zusätzliche Varianz mehr auf. Die Ergebnisse zur Mediatoranalyse zeigen, dass es sich bei sozialer Anerkennung um eine Mediator-Variable handelt. Das bedeutet, dass soziale Anerkennung den Zusammenhang zwischen staatlicher Anerkennung und den abhängigen Variablen PTBS, Depression und Wohlbefinden *vermittelt* – in diesem Fall handelt es sich sogar um einen totalen Mediatoreffekt, d. h. dass kein direkter Einfluss staatlicher Anerkennung mehr vorhanden ist, sobald soziale Anerkennung mit in das Modell aufgenommen wird. Grund hierfür ist vermutlich die eben angesprochene gemeinsame Komponente, die soziale und staatliche Anerkennung teilen. Diese gemeinsame Komponente ist vermutlich auf den entfernteren bzw. gesellschaftlichen Anteil zurückzuführen, der in beiden Konstrukten vorhanden ist. Gleichsam macht er den in der Praxis nur schwer zu greifenden Unterschied zwischen Gesellschaft und Staat deutlich.

Dabei bewirkt die Zunahme von staatlicher Anerkennung im hierarchischen Regressionsmodell im Vergleich zu einer einfachen Regressionsanalyse mit sozialer Anerkennung keinen Anstieg in der erklärten Varianz (vgl. ersten Schritt in *Tabelle 8*). Das bedeutet entweder, dass sich der Einfluss staatlicher Anerkennung, der über den gemeinsamen Anteil mit sozialer Anerkennung hinausgeht, nicht mehr direkt in Indikatoren psychischer Gesundheit wie Depression und Wohlbefinden zeigen lässt. Demnach sollten eher vermittelnde Variablen wie das Gerechtigkeitserleben in den Fokus der Forschung rücken.

Denkbar wäre allerdings auch, dass der Einfluss staatlicher Anerkennung in der hier untersuchten Stichprobe nicht zur Geltung kommen kann, sobald soziale Anerkennung ebenfalls betrachtet wird, staatliche Anerkennung aber bei anderen Stichproben über die soziale Anerkennung hinaus einen Einfluss hätte – und verschiedene moderierende Variablen den Effekt hier unterdrücken.

Ein möglicher Grund wäre, dass die Menschenrechtsverletzungen in der vorliegenden Stichprobe mindestens 25 Jahre, oft auch Jahrzehnte zurückliegen – dies betrifft teilweise auch die Einführung der Entschädigungsleistungen. Nacheiner solch langen Zeitspanne ist ein direkter Effekt schwer nachzuweisen. Neben dem Zeitpunkt der Menschenrechtsverletzung könnte auch der Zeitraum derselben relevant sein, aber auch die Bedeutsamkeit des Staates und

das Vertrauen in ihn. Auch die Übereinstimmung mit den Normen des Staats kann einen Einfluss darstellen – sofern man sich in seinen Prinzipien vom Staat unterscheidet, verliert die staatliche Anerkennung auch an Wert. Es könnte auch sein, dass staatliche Anerkennung nur wirksam ist, wenn der anerkennende Staat der gleiche ist, der die Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Wir verwiesen schon auf Kaleck (2014), der betont, dass die Wirksamkeit psychischer Behandlungen durch Anerkennung staatlicher Institutionen insbesondere dann erhöht werden könnte, wenn es die Institutionen des gleichen Staates sind, die das Unrecht zugefügt haben. In der hier untersuchten Stichprobe ist dies nicht der Fall – die BRD erkennt die Menschenrechtsverletzungen an, die durch das SED-Regime begangen worden sind.

Dies lässt darauf schließen, dass sich bei anderen Stichproben, bei denen die Menschenrechtsverletzungen in jüngerer Vergangenheit liegen und von demselben Staat begangen worden sind, in dem Betroffene leben, andere Ergebnisse zeigen könnten. Dies ist vermutlich bei Teilnehmenden aus sozialistischen Staaten wahrscheinlicher, weil der Staat als Konstrukt viel präsenter ist als in anderen Staatsformen. Vermutlich spielt es auch eine wichtige Rolle, ob die Menschenrechtsverletzungen noch andauern oder schon geschehen sind; im ersteren Fall sind Wiedergutmachungsmaßnahmen zwar selten, aber möglich (vgl. das Opfergesetz in Kolumbien, ABColombia, 2012).

Auch Einflüsse im Anerkennungsprozess selbst könnten wirksam sein und den Effekt hier unterdrücken – beispielsweise die Umsetzung und Integrität von Wiedergutmachungsprogrammen sowie die Partizipation der Betroffenen an solchen Prozessen, die Zufriedenheit mit erhaltenen Entschädigungsleistungen und das Erleben von prozeduraler Gerechtigkeit während des Prozesses. Auch relevant ist vermutlich der Umgang mit den Täter_innen, denn dieser kann die Ernsthaftigkeit von Prozessen unterstreichen oder untergraben.

Daneben spielen wahrscheinlich noch weitere Faktoren eine wichtige Rolle beim Zusammenhang von staatlicher Anerkennung und den untersuchten Variablen (z. B. Kultur- oder Religionszugehörigkeit, Versöhnungsbereitschaft, aktuelles Bedrohungsgefühl durch den Staat, Ausmaß der psychopathologischen Ausprägungen nach erlebten Menschenrechtsverletzungen etc.).

Denkbar wäre auch, dass staatliche Anerkennung den Zusammenhang mit anderen Variablen und der psychischen Gesundheit beeinflusst – so könnte es den Zusammenhang von sozialer Anerkennung und PTBS moderieren. In Abschnitt 3.3 erwähnten wir bereits den Zusammenhang von Staat und Gesellschaft im Zusammenhang mit Anerkennung. Auf theoretischer Ebene findet die größte Abgrenzung in der rechtlichen Dimension statt, da nur der

Staat zum Erlass von Gesetzen befugt ist. Auch Ziele staatlicher Anerkennung wie z. B. die Reintegration der Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen werden zwar vom Staat bzw. staatlichen Institutionen gesetzt. *Umgesetzt* wird dies jedoch von der Gesellschaft bzw. ihren Akteuren. Eine Wechselwirkung ist hier sehr wahrscheinlich, sodass z. B. staatliche Anerkennung durch gesellschaftliche Anerkennung geformt und staatliche Anerkennung auch durch die Gesellschaft beeinflusst wird. Solche Cross-Level-Interaktionen werden auch im interpersonellen Modell von Maercker und Horn (2013) angesprochen – so kann soziale Anerkennung auf der dritten Ebene modulierend auf zwischenmenschliche Vorgänge auf der zweiten Ebene wirken, was sich wiederum auf das direkte Erleben von Betroffenen (erste Ebene) auswirken kann. Wie in der Theorie angeschnitten, ergänzen sich staatliche und soziale Anerkennung somit, wobei der Einfluss vermutlich in beide Richtungen ebenso begrenzt ist. In der vorliegenden Arbeit können wir diesen Zusammenhang aus Platzgründen nicht näher ergründen, eine Analyse der Interaktionen wäre aber interessant.

7.3 Wie anerkannt fühlen sich Betroffene von Menschenrechtsverletzungen in der ehemaligen DDR?

Über alle Ergebnisse hinweg fällt die staatliche Anerkennung gering aus. Über die Hälfte der Befragten (57.1 %) ist mit den erhaltenen Entschädigungsleistungen nicht zufrieden. Dies lässt die Vermutung zu, dass die vorhandenen staatlichen Anerkennungsleistungen und -maßnahmen nicht ausreichend waren bzw. sind. Die juristische Strafverfolgung der Geschehnisse ist offiziell abgeschlossen; die Betroffenen bleiben mit ihren Lebensgeschichten oft unberücksichtigt (Kielhorn & Knorr, 2014).

Gleichzeitig kann das geringe Anerkennungserleben auch ein Charakteristikum der Stichprobe sein und ist möglicherweise auf einen Selektionsbias zurückzuführen. So wurden große Teile der Stichprobe u. a. über eine Beratungsstelle für psychische belastete Personen aufgrund von Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime rekrutiert, sodass sich hier mehrheitlich Personen finden, die aktuell an den Erlebnissen leiden, die teilweise mehrere Jahrzehnte zurückliegen. Dafür sprechen auch die deskriptiven Werte der erhobenen klinischen Variablen: Sie zeigen, dass es sich hierbei um eine psychisch sehr belastete Stichprobe handelt. Die Symptomatik könnte das Erleben und die Zufriedenheit mit den Maßnahmen beeinträchtigen. Gleichzeitig ist Unrechtserleben auch ein Charakteristikum der PTBS und das wiederholte Erleben von Ungerechtigkeit hat wiederum negative Auswirkungen auf das Gerechtigkeitserleben (Dzuka & Dalbert, 2002). Eventuell können also Betroffene die Anerkennungsmaßnahmen nicht als solche erleben. Es wäre also denkbar, dass die Maßnahmen

an sich „ausreichend“ sind, aber die Zufriedenheit damit dennoch gering – wobei letzteres entscheidend für das Ergebnis ist.

Hier wird gleichzeitig das grundsätzliche Dilemma deutlich: Wann sind Anerkennungsbemühungen ausreichend? Kaleck (2014) stellt dazu fest: „Angesichts solcher Verbrechen sind alle Bemühungen hilflos: Es reicht nie“ (Min. 17:10 – 17:21). Entschädigungsleistungen stellen Staat und Gesellschaft vor eine große Herausforderung. Denn wie kann man 18 Jahre Haft entschädigen? Sollte jemand, der einmal Folter erlebt hat, die gleichen Leistungen bekommen, wie jemand, der jahrelanger Zersetzung ausgesetzt war? Eventuell führen unterschiedliche Menschenrechtsverletzungen auch zu einem unterschiedlichen Erleben von Anerkennung, d. h. vielleicht ist es bei einigen Erfahrungen leichter, sich im Nachhinein anerkannt zu fühlen als bei anderen. Was wiegt schwerer, und kann man überhaupt solche Erlebnisse ausgleichen oder, wie es im deutsch-deutschen Gesetz dazu heißt: bereinigen (SED-Unrechtsbereinigungsgesetze; Bundestag & Bundesrat, 1992, 1994, 2007)? Haenel (2014) merkt hierzu an: „Als lässt sich da irgendwas bereinigen, denn irgendwas bleibt immer offen, man kann das nicht bis zum Ende entschädigen, was einem da angetan worden ist“ (Min. 6:30 – 6:47). Entschädigungen unterliegen also einem ethischen Aushandlungsprozess, der nur schwer gerecht für alle umzusetzen sein wird – zumal es auch Interessenskonflikte mit anderen Teilen der Bevölkerung gibt (z. B. mit der steuerzahlenden Bevölkerung, die selbst keine Menschenrechtsverletzung erlitten hat). Auch werden Leistungen interindividuell unterschiedlich als ausreichend bzw. hilfreich wahrgenommen (Priebe et al., 1993). Die Limitationen staatlicher Anerkennung müssen also gesehen werden – eine ernsthafte Bemühung um einen Ausgleich muss dennoch unternommen und ihr symbolischer Wert sollte nicht unterschätzt werden. Staatliche Anerkennung ist für die Betroffenen wichtig, wie den deskriptiven Statistiken in Abschnitt 6.2 zu entnehmen ist und auch in den Expert_innen-Interviews betont wird (Kielhorn & Knorr, 2014, Min. 25:20: „Der Staat ist ganz wichtig!“).

Dass es nicht auf die tatsächliche Höhe, sondern vor allen Dingen auch auf die Umsetzung solcher Prozesse ankommt, wird durch die Forschung zu prozeduraler Gerechtigkeit unterstrichen (Cutler & Zapf, 2015; Doak, 2011; Kals & Maes, 2012; Lind & Tyler, 1988; Mazerolle, Bennett, Davis, Sargeant & Manning, 2013; Sosa, 2013; Tyler, 2000). „For all the potential symbolic value of compensation, that value is lost if there is no faith in the fairness and justness of the programs“ (Young, 2009, S. 8). Dem Prozess scheint hier neben dem Ergebnis eine wichtige, wenn nicht sogar wichtigere Rolle zuzukommen. So betonen beispielsweise sowohl Haenel (2014) als auch Kaleck (2014), dass die Wichtigkeit des

Zuhörens und des Sich-äußern-könnens zunächst unabhängig vom Ergebnis eines Gerichtsprozesses ist. Staatliche Anerkennung ist also nicht nur Ziel, sondern auch Mittel – durch einen fairen Prozess kann sich vermutlich erst die transformative Kraft von Anerkennung entfalten. Ob dies tatsächlich der Fall ist, gilt es empirisch zu überprüfen.

Wichtig ist zu wiederholen, dass der Fragebogen die *subjektiv wahrgenommene* Anerkennung abfragt – es geht also nicht um objektiv verwirklichte Anerkennungsmaßnahmen. Es kann demnach zu deutlichen Unterschieden in der Selbst- und Fremdwahrnehmung kommen. Die Antworten beruhen auf den Selbstaussagen der Teilnehmenden und können nicht verifiziert werden. Generell stellt dies aber ein zu vernachlässigendes Problem dar, da für die anonyme Teilnahme an der Studie explizit keine Vorteile versprochen wurden, was die Tendenz zu sozial erwünschten oder Falschaussagen auf ein Minimum verringert. Dissimulation aufgrund von erhofften Vorteilen kann trotz des ausdrücklichen Hinweises jedoch nicht ausgeschlossen werden. Für Folgestudien wäre die Frage interessant, inwieweit tatsächlich erhaltene Entschädigungsmaßnahmen mit der subjektiv wahrgenommenen Anerkennung zusammenhängen. So wäre eine Studie vor und nach bestimmten Anerkennungsmaßnahmen (z. B. einem Opferschutzgesetz) interessant, um den Einfluss staatlicher Anerkennung zu untersuchen.

7.4 Limitationen der Studie

Die Nützlichkeit des STAAN zur Erklärung und Vorhersage von Verhalten und Erleben kann bisher nur eingeschränkt beurteilt werden; hierzu wären weitere Studien mit anderen Zielgruppen erforderlich. An diesen müssten neben der Fragebogenstruktur anhand einer konfirmatorischen Faktorenanalyse auch die Ergebnisse zu den Zusammenhängen mit weiteren Variablen repliziert werden. Eventuell würde hierbei deutlich, dass die Items überarbeitet bzw. ergänzt werden müssten – insbesondere im Hinblick auf die kulturelle Validität. Obgleich wir verschiedene kulturelle Hintergründe bei der Entwicklung mit bedacht haben, könnten unsere entworfenen Items – mitsamt ihrer theoretischen Fundierung - unangemessen für andere kulturelle Kontexte sein, da Anerkennungsstile sich in verschiedenen Kulturen unterscheiden. Sofern der Fragebogen also in unterschiedlichen (Post-)Konflikt-Ländern und Kulturen eingesetzt wird, muss dabei neben der sprachlichen Übersetzung auch die kulturelle Fairness bzw. Übertragbarkeit überprüft werden. Leider war für eine solche Unternehmung der zeitliche Rahmen nicht ausreichend.

Zum Studiendesign lässt sich sagen, dass eine qualitative, explorative Studie als Grundlage hilfreich gewesen wäre. Hierzu hätten neben qualitativen Interviews auch Methoden aus der partizipativen Aktionsforschung (engl. participatory action research) zum Einsatz kommen können, um die Beteiligung der betroffenen Zielgruppe sicherzustellen (Reason & Bradbury, 2008). Solche Feldstudien können die ökologische Validität absichern und haben auch ein emanzipatorisches Moment. Denn die partizipative Aktionsforschung möchte nicht nur verstehen, sondern verändern, und zwar von den Bedürfnissen der Betroffenen – zumeist marginalisierten Gruppen – ausgehend. Welche Bedeutung staatliche Anerkennung für die Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen hat, können letztendlich nur die Betroffenen selbst entscheiden. Bei weiteren Untersuchungen zur staatlichen Anerkennung wäre auch eine interdisziplinäre Studie interessant, die relevante Fachdisziplinen nicht nur durch die Literatur mit einbezieht.

Auch lässt eine Querschnittuntersuchung nur einen bedingten Interpretationsspielraum für den Einfluss staatlicher Anerkennung zu, da aufgrund der einmaligen Messung keine kausale Aussage zu einer tatsächlichen Verringerung der Symptome von PTBS und Depression bzw. Erhöhung des Wohlbefindens und Gerechtigkeitserlebens gemacht werden können. Wahrscheinlich handelt es sich bei den Zusammenhängen wie so oft in der Psychologie um Wechselwirkungen, für die aufwendigere Studiendesigns notwendig sind. Man unterstellt Regressionsmodellen zwar, dass man im Gegensatz zu Korrelationen gerichtete Aussagen treffen kann; die Richtung der Zusammenhänge kann jedoch nur durch Längsschnittstudien abgesichert werden. Leider war uns dies im Rahmen einer Masterarbeit nicht möglich.

Auch die Frage, ob die Menschenrechtsverletzungen überhaupt zu vorhandenen Symptomen geführt haben, oder ob diese durch andere Erlebnisse entstanden sind, kann nicht geklärt werden. Hier ist auch anzumerken, dass es sich um eine retrospektive Erhebung handelt; die Menschenrechtsverletzungen liegen bei den Teilnehmenden mindestens 25 Jahre, teilweise auch noch länger zurück. Ein direkter Zusammenhang oder Einfluss von staatlicher Anerkennung ist nach einem derart langen Zeitraum schwierig nachzuweisen. Dass klinische Symptome vorhanden sind, spricht für eine stark belastete Stichprobe und chronifizierte Tendenzen; dies mag einerseits darauf hindeuten, dass solche Teilnehmenden eher an einer Studie teilnehmen, andererseits ist dies möglicherweise ein nicht-repräsentativer Ausschnitt der Zielpopulation. Der dadurch zustande kommende Selektionsbias kann – wie in den meisten Studien – nicht verhindert werden. Es ist nicht auszuschließen, dass die Symptome *nicht* aufgrund der erlebten Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime erlebt werden; allerdings ist von einem symptomatischen Zusammenhang auszugehen.

Methodisch ist anzumerken, dass Regressionsmodelle – im Gegensatz zu Strukturgleichungsmodellen – den Messfehler nicht beachten und die statistische Fehlerwahrscheinlichkeit höher ist. Dieses Vorgehen könnte in Studien mit einem größeren Zeitbudget umgesetzt werden. Die Stichprobengröße schränkt die Aussagen zur Faktorenanalyse (Schätzung der Faktorladungen und Stabilität der Faktorenlösungen) ein; dies ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu bedenken.

8. Implikationen und Ausblick

Um Anerkennung nach staatlichen Menschenrechtsverletzungen untersuchen zu können, braucht es geeignete Verfahren zur Überprüfung ihrer Wirksamkeit. Wird Anerkennung der Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen überhaupt durch ein Programm erreicht? Wie wirken sich spezielle Wiedergutmachungs- und Entschädigungsprogramme auf die erlebte Anerkennung aus – kann sie z. B. zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit beitragen? Und wie wirkt sich die Anerkennung wiederum auf die psychische Gesundheit aus?

Der in der vorliegenden Arbeit entwickelte Fragebogen leistet einen ersten Beitrag hierzu. Dabei misst er nicht nur reliabel die subjektiv wahrgenommene staatliche Anerkennung, sondern ist auch ökonomisch in der Anwendung. Auch die diskriminante und Augenscheinvalidität scheinen gegeben zu sein, die inkrementelle Validität ist in weiteren Untersuchungen abzusichern. Nachdem der Fragebogen in weiteren Studien an anderen Stichproben (interkulturell) validiert wurde, könnte in Zukunft mithilfe des Fragebogens zur staatlichen Anerkennung die Wirksamkeit von Transitional Justice-Maßnahmen untersucht werden (siehe hierzu Doak, 2011).

Die Befunde und Interviews zeigen, dass sich die Betroffenen in der vorliegenden Studie nur unzureichend wahrgenommen fühlen. Da die subjektive Wahrnehmung der entscheidende Faktor für die Wirksamkeit ist (es kommt darauf an, wie ich etwas *wahrnehme*, nicht wie etwas *ist*), sollten Bemühungen unternommen werden, um die Zufriedenheit mit Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen und damit vermutlich die wahrgenommene Anerkennung zu erhöhen. Welche Maßnahmen hierfür geeignet sind, bleibt zunächst offen – sie sollten aber den hier vorgestellten Faktoren nach auf Würdigung, Gleichstellung und die Abwesenheit von Missachtung zielen, wobei Gesetze die Grundlage bilden. Es scheint essentiell, dass die Betroffenen dabei in den Prozess selbst mit einbezogen werden; z. B. in Gesetzesentwicklung und Aufarbeitungsprozesse. Weitere Ressourcen sollten in die Unterstützung von Betroffenen und in Versöhnungspolitik fließen. Dabei sollte es jedoch nicht beim Erlass von Gesetzen bleiben: „Kann man sich anerkannt fühlen, allein weil man weiß, dass die Verletzungen, die man erlitten hat, ein Verbrechen sind“ (Kaleck, 2014, Min. 28:15 – 28:30)? Gesetze und Konventionen müssen in die Praxis *umgesetzt* werden, um wirksam zu sein. Dabei ist es laut Kaleck (2014) eine „Illusion [zu glauben], dass die Norm gleich der Realität ist“ (Min. 25:51 – 26:10). Die Umsetzung entsprechender Gesetze braucht Zeit, Prozesse verzögern sich, und Verordnungen dringen nicht bis zu den unteren Ebenen durch. Zu bedenken sind hier die Integrität von Programmen und die Ernsthaftigkeit, mit der solche Bemühungen vorangetrieben

werden (vgl. De Greiff, 2011; siehe Abschnitt 3.2 in der Theorie). Wesentlich ist dabei auch der Umgang mit den Betroffenen, die ernst genommen und gehört werden wollen.

Es ist jedoch fraglich, inwiefern die BRD sich noch intensiv um die Anerkennung und Reintegration der Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime bemüht bzw. bemühen kann. Zu hoffen bleibt, dass dies in anderen Staaten, in denen die Menschenrechtsverletzungen in jüngerer Vergangenheit liegen, anders ist. Dabei werden die Ansprüche auf Anerkennung zumeist nicht vom Staat, sondern von den Betroffenen selbst initiiert, weil sie sich ungerecht behandelt fühlen (vgl. den von Honneth (1994) beschriebenen *Kampf um Anerkennung*). Psycholog_innen können durch Erforschung und Verbreitung von Erkenntnissen in diesem Bereich die Emanzipation und das Empowerment der Betroffenen unterstützen.

Unsere Untersuchung deutet darauf hin, dass staatliche Anerkennung für die Betroffenen relevant ist – insbesondere für das Gerechtigkeitserleben. Die Ergebnisse zeigen diesbezüglich, dass staatliche Anerkennung einen relevanten Einfluss haben kann, der auch über den von sozialer Anerkennung hinausgeht. Somit sollte ein stärkerer Fokus auf dieses Forschungsgebiet gelegt werden. Auch wären Interventionen denkbar, um staatliche Anerkennung nach traumatischen Ereignissen zu mobilisieren bzw. zu verbessern.

Gleichzeitig ist auch zu prüfen, wie relevant dieses Konstrukt tatsächlich ist, insbesondere für den direkten Einfluss auf die psychische Gesundheit. Hierzu müssten andere Variablen und weitere Stichproben herangezogen werden. Interessant zu überprüfen wäre auch unsere Vermutung, ob tatsächliche moderierende Einflüsse – wie Staatsform, Relevanz des Staates, Art und Zeitpunkt der Menschenrechtsverletzungen etc. – eine Rolle spielen. Längsschnittstudien können Auskunft darüber geben, inwieweit staatliche Anerkennung tatsächlich als Schutzfaktor bzw. Ressource oder aufrechterhaltender Faktor fungiert. Natürlich wäre auch eine Überprüfung der Wirkung staatlicher Anerkennung auf die in der Theorie diskutierten Variablen wie Versöhnungsbereitschaft, Vertrauen in den Staat, Partizipation der Betroffenen und Reintegration von Betroffenen in die Gesellschaft interessant. Daneben könnte staatliche Anerkennung selbst als Moderator fungieren und so beispielsweise den Zusammenhang zwischen sozialer Anerkennung und PTBS moderieren.

Es bleiben also viele zu klärende Fragen: Wie genau wird erbrachte Anerkennung wahrgenommen? Wie fällt der Abgleich subjektiv wahrgenommener staatlicher Anerkennung mit tatsächlich erhaltenen Entschädigungsleistungen aus? Welche Effekte haben *tatsächlich*

erhaltene Entschädigungsleistungen generell auf die psychische Gesundheit? Welche der erwähnten Moderatorvariablen beeinflussen wiederum staatliche Anerkennung?

Die vorliegende Arbeit leistet hierzu einen ersten wichtigen Beitrag, da es in der Psychologie bisher keine Forschung zu diesem Themengebiet gab. In weiteren Studien sind zum einen die Faktorstruktur zu validieren und die untersuchten Zusammenhänge erneut zu überprüfen (mit anderen Staaten, anderen Zielgruppen etc.). Möglicherweise muss der Fragebogen revidiert und anschließend erneut auf seine psychometrische Qualität geprüft werden. Auch eine Normierung wäre für die praktische Anwendung interessant. Zum anderen sollten Längsschnittstudien durchgeführt werden und Strukturgleichungsmodelle statt Regressionsanalysen gerechnet werden. Sinnvoll wären eventuell auch Prä-Post-Vergleiche nach einer „Anerkennungsintervention“, also z. B. nach dem Erlass von Opferschutzgesetzen. Damit ließe sich die Frage beantworten, ob soziale Interventionen tatsächlich die individuelle Traumaerfahrung abmildern können, z. B. durch einen Einstellungswandel in staatlichen Institutionen und in der Bevölkerung. Diese quantitative Forschung sollte mit qualitativen Studien ergänzt werden. Dabei müssen jedoch die begrenzten Möglichkeiten staatlicher Anerkennung bedacht werden, wobei die Konsequenz nicht sein kann, nicht zu handeln (Kaleck, 2014).

Die Ergebnisse zur inkrementellen Validität und zur sozialen Anerkennung unterstreichen dabei auch die entscheidende Rolle der Gesellschaft, die sich ebenso mit den Geschehnissen auseinandersetzen muss. Die Wichtigkeit sozialer Wertschätzung, die der Staat maßgeblich mit anstoßen kann, wird hier erneut deutlich. Eine Öffentlichkeit zu schaffen, um das Schweigen zu brechen, unterstreicht die Wichtigkeit von Wahrheit im Aufarbeitungsprozess. Es müssen Orte für das öffentliche Gedächtnis geschaffen werden: ein Platz, wo dem Geschehenen Genüge getan wird:

Ausradieren, dass es nicht mehr erinnert wird, als wäre es nicht gewesen, das würde auch den Tätern willkommen sein, denn dann hätten die Dinge so gut wie gar nicht mehr stattgefunden, wenn sie aus dem Gedächtnis des Einzelnen und aus dem Gedächtnis der gesamten Gesellschaft gestrichen sind. (Haenel, 2014, Min. 33:20 – 33:42)

Die Betroffenen müssen zu Wort kommen, ihre Geschichten einen festen Platz in der Geschichte des Staates und der Gesellschaft finden. Die Betroffene (2014), mit der wir das Interview führten, sagt hierzu:

Die erste Konsequenz war und ist heute, noch nicht aufzugeben. Die zweite Konsequenz ist die, dass ich [...] immer wieder versuche Menschengruppen zu erreichen, um mein Schicksal zu erzählen, [...] um [die Geschehnisse] nicht in Vergessenheit geraten zu lassen [...] [und] jungen Menschen das mitzugeben, um ihnen zu sagen, dass sie dafür kämpfen müssen, dass sowas nicht nochmal passiert. (Min. 21:57 – 22:55)

Unsere Aufgabe ist es, das Geschehene nicht zu vergessen. Der Staat kann dabei entscheidende Impulse setzen und wesentliche Rahmenbedingungen schaffen.

9. Literaturverzeichnis

- ABColombia. (2012). *Colombia the Current Panorama: Victims and Restitution Law 1448*. London: ABColombia.
- American Psychiatric Association. (2013). *Diagnostic and statistical manual of mental disorders* (5th ed.). Arlington, VA: American Psychiatric Publishing.
- Amnesty International. (2013). *Report 2013. Zur weltweiten Lage der Menschenrechte*. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag.
- Androff, D. K. (2010). Truth and Reconciliation Commissions (TRCs): An International Human Rights Intervention and Its Connection to Social Work. *British Journal of Social Work*, 40 (6), 1960–1977.
- Androff, D. K. (2012). Narrative healing among victims of violence: The impact of the Greensboro Truth and Reconciliation Commission. *Families in Society*, 93 (1), 10–16.
- Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Freundeskreis Luz de Luna, Gruppe Krisálida (Hrsg.). *Spuren in der Seele - Was „Verschwindenlassen“ bei Angehörigen der Opfer bewirkt*, Bonn.
- Baron, R. M. & Kenny, D. A. (1986). The moderator-mediator variable distinction in social psychological research: Conceptual, strategic and statistical considerations. *Journal of Personality and Social Psychology*, 51, 1173–1182.
- Bar-Tal, D. (2000). Die Kultur der Gewalt. In ÖSFK (Hrsg.), *Konflikt und Gewalt. Ursachen - Entwicklungstendenzen - Perspektiven* (S. 66–81). Münster: Agenda.
- Beer, K. & Weissflog, G. (2011). *Weiterleben nach politischer Haft in der DDR. Gesundheitliche und soziale Folgen* (Medizin und Menschenrechte Medicine and human rights, Bd. 4). Göttingen: V&R unipress.
- Behnke, K. (2010). *Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi*. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
- Bogumil, J. (2001). Staatsaufgaben im Wandel. *Politische Bildung*, 3, 28–41.
- Bortz, J. & Döring, N. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler* (4., überarbeitete Aufl.). Berlin: Springer.
- Bös, M. & Glatzer, W. (1992). Trends subjektiven Wohlbefindens. In S. Hradil (Hrsg.), *Zwischen Bewusstsein und Sein* (S. 197–221). Opladen: Leske und Budrich.
- Brähler, E., Mühlan, H., Albani, C. & Schmidt, S. (2007). Teststatistische Prüfung und Normierung der deutschen Versionen des EUROHIS-QOL Lebensqualität-Index und des WHO-5 Wohlbefindens-Index. *Diagnostica*, 53 (2), 83–96.
- Bühner, M. (2011). *Einführung in die Test- und Fragebogenkonstruktion* (3., aktualisierte Aufl.). München: Pearson.
- Bundestag; Bundesrat. (1992, 1994, 2007). SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. SED-UnBerG.
- Cattell, R. B. (1966). The scree test for the number of factors. *Multivariate Behavioral Research*, 1, 245–276.
- Cutler, B. L. & Zapf, P. A. (2015). *APA handbook of forensic psychology*. Washington D.C.: American Psychological Association.

- Dalbert, C. (1993). Gefährdung des Wohlbefindens durch Arbeitsplatzunsicherheit: Eine Analyse der Einflussfaktoren Selbstwert und Gerechte-Welt-Glaube. *Zeitschrift für Gesundheitspsychologie*, 1, 235–253.
- Dalbert, C. (1999). The world is more just for me than generally: About the Personal Belief in a Just World Scale's validity. *Social Justice Research*, 12, 79–98.
- Dalbert, C. (2001). *The Justice Motive as a Personal Resource. Dealing with Challenges and Critical Life Events*. New York: Kluwer Academic.
- Dalbert, C., Montada, L. & Schmitt, M. (1987). Glaube an eine gerechte Welt als Motiv: Validierungskorrelate zweier Skalen. *Psychologische Beiträge*, 29, 596–615.
- David, R. & Choi, S. (2009). Getting Even or Getting Equal? Retributive Desires and Transitional Justice. *Political Psychology*, 30 (2), 161–192.
- De Greiff, P. (2006). Justice and Reparations. In P. de Greiff (Hrsg.), *The Handbook of Reparations* (S. 451–477). Oxford: Oxford University Press.
- De Greiff, P. (2011). Some Thoughts on the Development and Present State of Transitional Justice. *Anuario de Derechos Humanos*, 7, 98–128.
- De Jong, J. T. V. M., Komproe, I. H. & van Ommeren, M. (2003). Common mental disorders in postconflict settings. *The Lancet*, 361 (9375), 2128–2130.
- Diekmann, A. (2007). *Empirische Sozialforschung - Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Rowohlt.
- Diener, E. (2009). *The Science of Well-Being: The Collected Works of Ed Diener*. Dordrecht: Springer Science+Business Media B.V.
- Doak, J. (2011). The Therapeutic Dimension of Transitional Justice: Emotional Repair and Victim Satisfaction in International Trials and Truth Commissions. *International Criminal Law Review*, 11 (2), 263–298.
- Dzuka, J. & Dalbert, C. (2002). Mental health and personality of Slovak unemployed adolescents: The impact of belief in a just world. *Journal of Applied Social Psychology*, 32, 732–757.
- Emcke, C. (2000). Between Choice and Coercion. *Constellations*, 7 (4), 483–495.
- Felix, P., Matthias, D., Umlauf, S. & Dalbert, C. (2013). Einführung in die Gerechtigkeitspsychologie. In C. Dalbert (Hrsg.), *Gerechtigkeit in der Schule* (S. 11–32). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint: Springer VS.
- Field, A. (2009). *Discovering Statistics Using SPSS*. London: Sage.
- Fischer, G. & Riedesser, P. (2009). *Lehrbuch der Psychotraumatologie* (4., aktualisierte und erweiterte Aufl.). München: E. Reinhardt.
- Fraser, N. (1995). *From Redistribution to Recognition? Dilemmas of Justice in a 'Post-Socialist' Age*. Zugriff am 14.01.15. Verfügbar unter <http://newleftreview.org/static/assets/archive/pdf/NLR20804.pdf>
- Fricke, K. W. (1990). *Zur Analyse des Stalinismus in der DDR. Dokumentation des 1. Bautzen-Forums der Friedrich Ebert-Stiftung*. Leipzig: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fröhlich, W. D. (2008). *Wörterbuch Psychologie*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

- Fuchs-Heinritz, W., Lautmann, R., Rammstedt, O. & Wienold, H. (1994). *Lexikon der Soziologie* (3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Aufl.). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gallinat, A. (2006). Difficult stories: Public discourse and narrative identity in Eastern Germany. *Ethnos*, 71 (3), 343–366.
- Galtung, J. (1975). *Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*. Reinbek: Rowohlt.
- Goschler, C. (2005). *Schuld und Schulden: Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Gräfe, K., Zipfel, S., Herzog, W. & Löwe, B. (2004). Screening psychischer Störungen mit dem "Gesundheitsfragebogen für Patienten (PHQ-D)". *Diagnostica*, 50 (4), 171–181.
- Haldemann, F. (2008). Another Kind of Justice: Transitional Justice as Recognition. *Cornell International Law Journal*, 41 (2), 675–737.
- Hamber, B. (2009). *Transforming societies after political violence. Truth, reconciliation, and mental health* (Peace psychology book series). Dordrecht: Springer.
- Herman, J. L. (1992). *Trauma and Recovery. The aftermath of violence - from domestic abuse to political terror*. New York: Basic Books.
- Herrmann, S. K. (2003). Performing the Gap – Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung. *Arranca!*, 28, 22–26.
- Holmbeck, G. N. (1997). Toward terminological, conceptual, and statistical clarity in the study of mediators and moderators: Examples from the child-clinical and pediatric psychology literatures. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 65 (4), 599–610.
- Honneth, A. (1994). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horn, J. L. (1965). A rationale and test for the number of factors in factor analysis. *Psychometrika*, 30, 179–185.
- IBM (IBM Corporation, Hrsg.). (2011). *IBM SPSS Missing Values 20*. Zugriff am 09.12.2014. Verfügbar unter <http://www.math.uni-leipzig.de/pool/tuts/SPSS/IBM%20SPSS%20Missing%20Values.pdf>
- ICTJ. (2009). *What is Transitional Justice?* (International Center for Transitional Justice, Hrsg.). Zugriff am 12.12.2014. Verfügbar unter <https://ictj.org/sites/default/files/ICTJ-Global-Transitional-Justice-2009-English.pdf>
- Ipsen, K. (2004). *Völkerrecht* (5. Aufl.). München: C.H. Beck.
- Jones, B., Müller, J. & Maercker, A. (2006). Trauma and Posttraumatic Reactions in German Development Aid Workers: Prevalences and Relationship to Social Acknowledgement. *International Journal of Social Psychiatry*, 52 (2), 91–100.
- Kals, E. & Maes, J. (2012). *Justice and conflicts. Theoretical and empirical contributions*. Berlin: Springer.
- Keilson, H. (1979). *Sequentielle Traumatisierung bei Kindern*. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.

- Kizilhan, I. (2004). Sozialisation im Krieg. In G. Sommer (Hrsg.), *Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie* (1. Aufl, S. 357–368). Weinheim: Beltz PVU.
- Koenig, M. (2005). *Menschenrechte*. Frankfurt am Main: Campus.
- Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. (2003). *Gesundheitliche Folgen politischer Haft in der DDR. Expertengutachten*, Dresden. Zugriff am 09.01.15. Verfügbar unter http://www.landesbeauftragter.de/fileadmin/user_upload/downloads/publikationen/LStU-MV_BR_Haftfolgeschaden.pdf
- Kühner, A. (2007). *Kollektive Traumata. Konzepte, Argumente, Perspektiven*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Leventhal, G. S. (1980). What should be done with equity theory? New approaches to the study of fairness in social relationships. In K. Gergen, M. Greenberg & R. Willis (Hrsg.), *Social Exchange: Advances in Theory and Research* (S. 27–55). New York: Plenum Press.
- Limmer, R.-M. (2005). *Der Begriff der Anerkennung: Philosophisch-psychologische Untersuchungen*. Dissertation, Ludwig-Maximilians-Universität. München. Zugriff am 24.10.2014. Verfügbar unter http://edoc.ub.uni-muenchen.de/3540/1/Limmer_Rainer_M.pdf
- Lind, E. A. & Tyler, T. R. (1988). *Social Psychology of Procedural Justice*. New York: Springer Science+Business Media, LLC.
- Lochbihler, B. (2005). Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union. In Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), *Menschenrechte* (Bd. 55, S. 21–25). Stuttgart: LpB BW.
- Löwe, B., Spitzer, R. L., Zipfel, S. & Herzog, W. (2002). *Gesundheitsfragebogen für Patienten (PHQ D). Komplettversion und Kurzform. Testmappe mit Manual, Fragebögen, Schablonen* (2. Aufl.). Karlsruhe: Pfizer.
- Lykes, M. B. & Mersky, M. (2006). Reparations and Mental Health. In P. de Greiff (Hrsg.), *The Handbook of Reparations* (S. 589–622). Oxford: Oxford University Press.
- Maercker, A. (1995). Psychische Folgen politischer Inhaftierung in der DDR. *Das Parlament: Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte*, 38/95 (15), 30–38.
- Maercker, A. (Hrsg.). (2013). *Posttraumatische Belastungsstörung* (4. Aufl.). Berlin, Heidelberg: Springer.
- Maercker, A., Gäbler, I. & Schützwohl, M. (2013). Verläufe von Traumafolgen bei ehemaligen politisch Inhaftierten der DDR. Ein 15-Jahres-Follow-up. *Nervenarzt*, 84 (1), 72–78.
- Maercker, A. & Horn, A. B. (2013). A Socio-interpersonal Perspective on PTSD: The Case for Environments and Interpersonal Processes. *Clinical Psychology & Psychotherapy*, 20 (6), 465–481.
- Maercker, A. & Müller, J. (2004). Social Acknowledgment as a Victim or Survivor: A Scale to Measure a Recovery Factor of PTSD. *Journal of Traumatic Stress*, 17 (4), 345–351.
- Maercker, A., Povilonyte, M., Lianova, R. & Pöhlmann, K. (2009). Is Acknowledgment of Trauma a Protective Factor? *European Psychologist*, 14 (3), 249–254.

- Mazerolle, L., Bennett, S., Davis, J., Sargeant, E. & Manning, M. (2013). Procedural justice and police legitimacy: a systematic review of the research evidence. *Journal of Experimental Criminology*, 9 (3), 245–274.
- Mendeloff, D. (2009). Trauma and Vengeance: Assessing the Psychological and Emotional Effects of Post-Conflict Justice. *Human Rights Quarterly*, 31 (3), 592–623.
- Menke, C. & Pollmann, A. (2007). *Philosophie der Menschenrechte zur Einführung* (Bd. 339). Hamburg: Junius.
- Mikula, G. (2002). Gerecht und ungerecht: Eine Skizze der sozialpsychologischen Gerechtigkeitsforschung. In M. Held, G. Kubon-Gilke & R. Sturn (Hrsg.), *Gerechtigkeit als Voraussetzung für effizientes Wirtschaften* (S. 263–283). Marburg: Metropolis.
- Montada, L., Dalbert, C., Reichle, B. & Schmitt, M. (1986). Urteile über Gerechtigkeit, „existentielle Schuld“ und Strategien der Schuldabwehr. In F. Oser, W. Althof & D. Garz (Hrsg.), *Moralische Zugänge zum Menschen - Zugänge zum moralischen Menschen* (S. 205–225). München: Kindt.
- Morina, N., von Lersner, U. & Prigerson, H. G. (2011). War and bereavement: consequences for mental and physical distress. *PLoS ONE*, 6 (7), 1–10.
- Müller, J. & Maercker, A. (2006). Disclosure und wahrgenommene gesellschaftliche Wertschätzung als Opfer als Prädiktoren von PTB bei Kriminalitätsopfern. *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie*, 35 (1), 49–58.
- Müller, J., Moergeli, H. & Maercker, A. (2008). Disclosure and Social Acknowledgement as Predictors of Recovery From Posttraumatic Stress: A Longitudinal Study in Crime Victims. *La Revue canadienne de psychiatrie*, 53 (3), 160–168.
- Müller, J., Orth, U., Wang, J. & Maercker, A. (2009). Disclosure Attitudes and Social Acknowledgement as Predictors of Posttraumatic Stress Disorder Symptom Severity in Chinese and German Crime Victims. *The Canadian Journal of Psychiatry*, 54 (8), 547–556.
- Nagy, R. (2008). Transitional Justice as Global Project: critical reflections. *Third World Quarterly*, 29 (2), 275–289.
- Nolting, H.-P. (2004). Psychologie politischer Gewalt: drei Ebenen. In G. Sommer (Hrsg.), *Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie* (1. Aufl, S. 18–30). Weinheim: Beltz PVU.
- O'Connor, B. P. (2000). SPSS and SAS programs for determining the number of components using parallel analysis and Velicer's MAP test. *Behavior Research Methods, Instruments & Computers*, 32 (3), 396–402.
- Pérez Murcia, L. E. (2013). Social Policy or Reparative Justice? Challenges for Reparations in Contexts of Massive Displacement and Related Serious Human Rights Violations. *Journal of Refugee Studies*, 27 (2), 1–16.
- Pilarek, P. (2007). *Dimensionen der Anerkennung. Rekonstruktion und Kritik der Sozialphilosophie Axel Honneths*. Magisterarbeit, Albert-Ludwigs-Universität. Freiburg i. Br. Zugriff am 12.12.2014. Verfügbar unter http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/7552/pdf/Magisterarbeit_Patrick_Pilarek.pdf
- Priebe, S., Bogic, M., Ajdukovic, D., Franciskovic, T., Galeazzi, G. M., Kucukalic, A. et al. (2010). Mental disorders following war in the Balkans: a study in 5 countries. *Archives of general psychiatry*, 67 (5), 518–528.

- Priebe, S., Rudolf, Bauer, M. & Häring, B. (1993). Psychische Störungen nach politischer Inhaftierung. *Fortschr. Neuro. Psychiat.*, 61 (55-61).
- Reason, P. & Bradbury, H. (2008). *The SAGE handbook of action research. Participative inquiry and practice* (2nd ed). Los Angeles: Sage.
- Regner, F. (1999). Das Unrechtserleben bei politisch Verfolgten. *Report Psychologie*, 24 (10), 749–751.
- Roberts, B. & Browne, J. (2011). A systematic review of factors influencing the psychological health of conflict-affected populations in low- and middle-income countries. *Global public health*, 6 (8), 814–829.
- Rogers, C. R. & Pfeiffer, W. M. (1991). *Therapeut und Klient. Grundlagen der Gesprächspsychotherapie*. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Rohrmann, B. (1978). Empirische Studien zur Entwicklung von Antwortskalen für die sozialwissenschaftliche Forschung. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 9, 222–245.
- Ross, F. (2003). Using rights to measure wrongs: A case study of method and moral in the work of the South African Truth and Reconciliation Commission. In R. A. Wilson & J. P. Mitchell (Hrsg.), *In Human Rights in Global Perspective* (S. 163–182). London & New York: Routledge.
- Rotberg, R. & Thompson, D. (2000). *Truth v. Justice*. Princeton: Princeton University Press.
- Schäfer-Brosius, A. (2005). *Asymmetrie und Anerkennung*. Schriftliche Hausarbeit, Ludwig-Maximilians-Universität. München. Zugriff am 12.12.2014. Verfügbar unter <http://www.lsl.sozioologie.uni-muenchen.de/dateien/brosius.pdf>
- Schmitt, M., Maes, J. & Schmal, A. (1997). *Gerechtigkeit als innerdeutsches Problem: Auswahl von Indikatoren psychischer Gesundheit*. Zugriff am 12.12.2014. Verfügbar unter <http://www.gerechtigkeitsforschung.de/berichte/beri105.pdf>
- Schubert, K. & Klein, M. (2011). *Das Politiklexikon. Begriffe - Fakten - Zusammenhänge* (5. Aufl.). Bonn: Dietz.
- Sen, A. (2009). *The Idea of Justice*. Cambridge: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Senate Select Committee on Intelligence. (2014). *Committee Study of the Central Intelligence Agency's Detention and Interrogation Program. Executive Summary*. Zugriff am 18.12.2014. Verfügbar unter <http://www.intelligence.senate.gov/study2014/sscistudy2.pdf>
- Sosa, L. P. (2013). Book review: Procedural Justice? Victim Participation in International Criminal Proceedings. *International Review of Victimology*, 19 (3), 331–333.
- Sveaass, N. & Lavik, N. J. (2000). Psychological Aspects of Human Rights Violations. *Nordic Journal of International Law*, 69, 35–52.
- Tyler, T. R. (2000). Social Justice: Outcome and Procedure. *International Journal of Psychology*, 35 (2), 117–125.
- Urban, D. & Mayerl, J. (2007). *Mediator-Effekte in der Regressionsanalyse (direkte, indirekte und totale Effekte)*. Zugriff am 18.12.2014. Verfügbar unter http://www.uni-stuttgart.de/soz/soziologie/regression/Mediator-Effekte_v1-3.pdf
- Verdoolaege, A. (2012). Reconciliation Discourse: The Case of the Truth and Reconciliation Commission. *Africa Today*, 58 (4), 136–139.

- Wagner, B., Keller, V., Knaevelsrud, C. & Maercker, A. (2012). Social acknowledgement as a predictor of post-traumatic stress and complicated grief after witnessing assisted suicide. *International Journal of Social Psychiatry*, 58 (4), 381–385.
- Warr, P. (1990). The measurement of well-being and other aspects of mental health. *Journal of Occupational Psychology*, 63, 193–210.
- Weathers, F. W., Litz, B. T., Keane, T. M., Palmieri, P. A., Marx, B. P. & Schnurr, P. P. (2013). *The PTSD Checklist for DSM-5 (PCL-5)*. Scale available from the National Center for PTSD at www.ptsd.va.gov.
- Weilert, K. (2010). Das paradoxe Vertrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. *Humboldt Forum Recht*, 15, 207–230. Zugriff am 17.12.2014. Verfügbar unter <http://www.humboldt-forum-recht.de/deutsch/15-2010/index.html>
- Wilke, C. (2007). Recognizing Victimhood: Politics and Narratives of Rehabilitation in Germany. *Journal of Human Rights*, 6 (4), 479–496.
- Wimbauer, C. (2004). *Umverteilung oder Anerkennung? Und wenn: Wovon und durch wen? Theoretische Überlegungen zur aktuellen Debatte um Anerkennung oder Umverteilung*, Deutsche Forschungsgemeinschaft. Zugriff am 29.09.14. Verfügbar unter http://www.wzb.eu/sites/default/files/+wzb/bal/laa/liebe-arbeit-merk_ap1_merk-umv.pdf
- Wittchen, H.-U. & Jacobi, J. (2011). Epidemiologische Beiträge der Klinischen Psychologie. In H.-U. Wittchen & J. Jacobi (Hrsg.), *Lehrbuch Klinische Psychologie* (S. 57–90). Berlin: Springer.
- World Health Organization. (1998). *Info Package: Mastering Depression in Primary Care* (Version 2.2). Frederiksborg: WHO, Regional Office for Europe.
- World Health Organization Europa. (2003). *Weltbericht Gewalt und Gesundheit. Zusammenfassung*. Zugriff am 16.09.2014. Verfügbar unter http://www.who.int/violence_injury_prevention/violence/world_report/en/summary_ge.pdf
- Yeo, C. (2013). Agents of the State. *International Journal of Refugee Law*, 14 (4), 510–533.
- Young, I. M. (1990). *Justice and the politics of difference* (Princeton paperbacks). Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Young, M. A. (2009). *The Role of Victim Compensation in Rebuilding Victims' Lives*. Zugriff am 29.09.14. Verfügbar unter <http://www.iovahelp.org/About/MarleneAYoung/RoleOfVictComp.pdf>

10. Literaturverzeichnis für audiovisuelle Quellen

- Anonyme Betroffene (Interviewte) & Gerst, V. (Interviewerin). (2014). *Interview mit einer Betroffenen*. [Interview Audiodatei].
- Haenel, F. (Interviewter) & Utz, K. S. (Interviewerin). (2014). *Interview mit Ferdinand Haenel, Gutachter im Auftrag der Sozialgerichte für Haftschädigungsfolgen in der DDR*. [Interview Audiodatei].
- Kaleck, W. (Interviewter) & Utz, K. S. (Interviewerin). (2014). *Interview mit dem Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck*. [Interview Audiodatei].
- Kielhorn, B. (Interviewte), Knorr, S. (Interviewte) & Gerst, V. (Interviewerin). (2014). *Interview mit Bettina Kielhorn und Stefanie Knorr von der Beratungsstelle Gegenwind*. [Interview Audiodatei].
- Wunde Seele – Trauma erkennen, Unterstützung bieten. Film für potenzielle Unterstützer*. (2012). Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT) & Elfriede-Dietrich-Stiftung (Hrsg.). DVD, 30 Min., Freiburg i.Br.

11. Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Das sozio-interpersonelle Modell der PTBS (Maercker & Horn, 2012, S.48)...</i>	19
<i>Abbildung 2: Gesamtzusammenfassung fehlender Werte.....</i>	47
<i>Abbildung 3: Muster für fehlende Werte.....</i>	48
<i>Abbildung 4: Erfahrene Menschenrechtsverletzungen in Prozent (anteilig an der Gesamtstichprobe).....</i>	49
<i>Abbildung 5: Antworthäufigkeiten für das Item „Anerkennung durch den Staat finde ich sehr wichtig.“</i>	51
<i>Abbildung 6: Screeplot</i>	56
<i>Abbildung 7: Partieller und totaler Mediatoreffekt (vgl. Urban & Mayerl, 2007)</i>	64

12. Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1: Deskriptive Statistiken von staatlicher Anerkennung, sozialer Anerkennung, den Indikatoren psychischer Gesundheit und Gerechtigkeitserleben (N = 77).</i>	50
<i>Tabelle 2: Deskriptive Statistiken für die finalen 18 Items (N = 77 für alle Items; Minimum = 0, Maximum = 4 für alle Items).....</i>	52
<i>Tabelle 3: Parallelanalyse nach Horn</i>	55
<i>Tabelle 4: Rotierte Muster-Ladungsmatrix nach einer Hauptachsen-Faktorenanalyse (Promax-Rotation mit Kaiser-Normalisierung, N = 77)</i>	56
<i>Tabelle 5: Reliabilitäten für die Subskalen des STAA-N und Trennschärfen der Items</i>	58
<i>Tabelle 6: Einfache lineare Regressionen zur Vorhersage von PTBS, Depression, Wohlbefinden, allgemeines sowie persönliches Gerechtigkeitserleben (N = 77)</i>	60
<i>Tabelle 7: Einfache Pearson-Korrelationen zwischen staatlicher Anerkennung, sozialer Anerkennung, den Kontrollvariablen Alter und Geschlecht sowie den interessierenden Variablen (PTBS, Depression, Wohlbefinden, allgemeines und persönliches Gerechtigkeitserleben) (N = 77)</i>	62
<i>Tabelle 8: Hierarchische multiple Regressionen mit sozialer Anerkennung und staatlicher Anerkennung zur Vorhersage von PTBS, Depression, Wohlbefinden sowie persönliches Gerechtigkeitserleben (N = 77).....</i>	62
<i>Tabelle C-1: Selektion der Items in einzelnen Schritten mit (1) Grad der Zustimmung der Expert_innen in %, (2) Schwierigkeitsindex ($AM/4 * 100$) und (3) Trennschärfe.</i>	95

13. Anhang

Anhang A: Leitfäden Expert_innen-Interview

Konstruktion eines Fragebogens zum Thema:
Wahrgenommene staatliche Anerkennung als Betroffene_r
von Menschenrechtsverletzungen

Interviewleitfäden für die Expert_innen-Interviews

Expert_in aufgrund eigener Erfahrung:

1. Was bedeutet für Sie staatliche Anerkennung; was verstehen Sie darunter?
2. Kennen Sie Situationen, in denen Ihnen staatliche Anerkennung geholfen hätte? (bei was?)
3. Kennen Sie Situationen, in denen Sie sich (von staatlicher Seite aus) anerkannt gefühlt haben?
4. Kennen Sie Situationen, in denen Sie sich *nicht* anerkannt gefühlt haben?
5. Woran haben Sie gemerkt, dass sie anerkannt bzw. nicht anerkannt worden sind?
6. Haben sich daraus für Sie irgendwelche Konsequenzen ergeben?

Expert_innen durch Ausbildung und Beruf:**Leitfrage: Was ist (staatliche) Anerkennung?**

1. Eigene Definition, was Anerkennung bedeutet?
2. Ist Anerkennung ein Thema für die Klient_innen?
3. Warum ist Anerkennung wichtig?
4. Wie kann anerkannt werden? Was trägt dazu bei, sich anerkannt zu fühlen?
5. Welche Rolle spielt der Staat dabei?
 - a.) Wie kann der Staat konkret anerkennen, d. h. durch welche Handlungen? Und wie kann er das Gegenteil bewirken?
 - b.) Wie schätzen Sie diese Rolle ein?
 - c.) Ist der Staat eine wichtige Institution für die Klient_innen?
6. Wie kann Anerkennung dazu beitragen, Gerechtigkeit zu schaffen?
7. Wie kann Anerkennung zu psychischer Gesundheit und Gesundheit beitragen?
 - a.) Welchen Beitrag kann Anerkennung speziell bei der PTBS leisten?
8. Wie genau wirkt Anerkennung, welche Mechanismen spielen eine Rolle?
 - a.) Über welche Wirkfaktoren kann Anerkennung psychische Gesundheit positiv beeinflussen?
 - b.) Sind symbolische Handlungen (z. B. öffentliche Entschuldigungen) wichtiger als materielle Entschädigung?
9. Auf welchen rechtlichen Grundlagen beruhen Transitional Justice und Anerkennung hauptsächlich?

Anhang B: Schriftliche Zusammenfassungen der Interviews**Interview mit einer Betroffenen**

Interviewte: Betroffene von Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime, die anonym bleiben möchte

Interviewerin: Valeska Gerst

Ort: Berlin

Datum: 19.6.2014

Länge: 26 Minuten

Zusammenfassung

Unter staatlicher Anerkennung versteht sie vor allem Glaubwürdigkeit, nicht als Lügner da zu stehen und einen Raum für die Wahrheit zu haben. Als Beispiele für Situationen, in denen ihr staatliche Anerkennung geholfen hätte, nennt sie mehrere Versuche, ihren Ex-Mann (Stasi-Offizier) bei der Polizei für den Missbrauch ihrer Töchter und die Misshandlung ihrer Person anzuzeigen: Jedes Mal wurde ihr nicht geglaubt. Die Polizei hat nicht begriffen, dass ihr Peiniger nicht mit normalem Maßstab gemessen werden konnte: Da er als Stasi-Offizier Teil des Systems war und eine Machtposition mit entsprechendem Wissen und Fähigkeiten zur Zersetzung von Personen hatte, hatte sie nach jahrelanger Zermürbung nicht die Kraft dazu, sich zu trennen. Auch die zentrale Ermittlungsgruppe für Regierungskriminalität hat sich zwar ihre Geschichte angehört, aber diese niemals weiterverfolgt.

Von staatlicher Seite aus anerkannt hat sie sich nur beim Bürgermeister des Orts gefühlt, in dem sie zu der Zeit lebte. Dieser hatte ihr geglaubt und sie bei der Auseinandersetzung mit verschiedenen Institutionen unterstützt. Sehr viel häufiger kennt sie Situationen, in denen sie sich nicht anerkannt gefühlt hat, z. B. der Umgang mit ihr auf den Ämtern, das Unverständnis für ihre Situation. Vor allem sah sie sich mit Unglauben konfrontiert und dem Gefühl, nicht gleichberechtigt zu sein.

Gemerkt, dass sie anerkannt bzw. nicht anerkannt worden ist, hat sie an Folgendem:

Anerkannt: beim Bürgermeister: Geschichte geglaubt Sicherheit gegeben, Unterstützung erfahren, indem er oft bei ihr gewesen ist, um sich ihre Probleme als Bürgermeister anzuhören, ihr ihre erste Psychotherapeutin vermittelt hat sowie mit anderen Instanzen versucht hat, ihren Fall vorzutragen.

Nicht anerkannt: nie in den Vordergrund gerückt, dass Täter Stasi-Offizier war, aufgrund dessen stellt sich alles ganz anders dar, nicht geglaubt, kein Interesse an ihrer Geschichte gezeigt, niemand hat sich mit ihrem Problem befasst, Vereine wie der Weiße Ring hatten ihr keine Informationen zu ihren Rechten und Entschädigungsmöglichkeiten weitergegeben. Über die fehlende staatliche Anerkennung war sie sehr wütend, als Konsequenzen haben sich daraus jedoch ergeben, nicht aufzugeben und der Wille, Menschengruppen zu erreichen, um ihre Geschichte zu erzählen. Die Geschehnisse aus der Zeit sollen nicht in Vergessenheit geraten.

Interview mit Ferdinand Haenel

Interviewer: Ferdinand Haenel, Arzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Gutachter im Auftrag der Sozialgerichte für Haftschadungsfolgen in der DDR

Interviewerin: Kristina Sara Utz

Ort: Behandlungszentrum für Folteropfer, Berlin

Datum: 13.6.2014

Länge: 40 Minuten

Zusammenfassung

Erfahrungen aus Unrechtsstaaten sind oft ähnlich und können übertragen werden, so auch die Ereignisse in der DDR. Oft finanzielle Verluste durch die Menschenrechtsverletzungen (z. B. durch lange Haftstrafen), deshalb sind finanzielle Entschädigungen wichtig.

Aber noch mehr: öffentliches Zugeständnis von Seiten der Gesellschaft. Dabei fungieren dieselben Wirkfaktoren wie auf therapeutischer Ebene: wichtig und ernst genommen zu werden, die Betroffenen zu Wort kommen lassen, zuhören, das erlebte Leid verstehen wollen – dies alles hat für die Betroffenen eine hohe Relevanz. Es muss gewürdigt werden, dass sich Menschen gegen das System gestellt haben, öffentlicher Respekt. Diese Anerkennung kann sich positiv auf die Gesundheit auswirken, auch auf PTBS. Der Staat kann dabei öffentliche Würdigung anstoßen und finanzieren, z. B. durch Würdigung an Jahrestagen, parlamentarische Gedenkrunden, Aufklärung in Schulen. Zu Wiedergutmachung gehören auch eine ernst gemeinte Strafverfolgung und Entschädigungsleistungen für die Betroffenen. Auch spielt die Behandlung der Täter (z. B. bei Haftstrafen) insbesondere im Zusammenhang mit einer Ungleichbehandlung der Betroffenen eine wichtige Rolle. Dabei muss ein Gleichgewicht gewahrt werden; Ungleichgewicht führt zu Ärger und Wut; dieses Thema ist u. a. im Kontext der DDR immer noch aktuell. Wichtig ist auch die Umsetzung von vorhandenen Gesetzen, z. B. der Umgang von Beamten mit den Betroffenen. Dabei kann nicht garantiert werden, dass die Anordnung von oberster Ebene in Ämtern auch umgesetzt wird; so haben sich auch in der DDR die Versorgungsämter teilweise gegen eine großzügige Handhabung der Gesetze betreffend der Entschädigungsleistungen gestellt.

Auch wenn finanzielle und symbolische Entschädigung wichtig ist, kann man gleichzeitig nie ganz entschädigen: irgendetwas bleibt immer offen. Gerechtigkeit wiederherstellen zu wollen und Wunden zu heilen, ist demnach nur begrenzt möglich. Dennoch ist der Versuch und die stetige Arbeit daran essentiell: denn solche Ereignisse sollen auch nicht aus dem Gedächtnis der Gesellschaft gestrichen werden.

Interview mit Bettina Kielhorn und Stefanie Knorr von Gegenwind

Interviewte: Bettina Korn (Sozialpädagogin) und Stefanie Knorr (Psychologin) von Gegenwind – Beratungsstelle für politisch Traumatisierte durch die DDR-Diktatur

Interviewerin: Valeska Gerst

Ort: Beratungsstelle Gegenwind, Berlin

Datum: 01.6.2014

Länge: 43 Minuten

Zusammenfassung

Anerkennung hat eine hohe Relevanz für die Klient_innen. Der Staat spielt ebenfalls eine wichtige Rolle bei den SED-Opfern und ist eine wichtige Institution. Das politische Geschehen wird sehr genau beobachtet, insbesondere zu den Themen Bürgerrechte und Umgang mit den Täter_innen des SED-Regimes: Was tut der Staat für die Anerkennung der Opfer, inwiefern sind für sie relevante Gesetzesänderungen vorgesehen, inwiefern werden sie in politischen Diskussionen wahrgenommen?

Zentrale Aspekte staatlicher Anerkennung sind, dass die Kriminalisierung der Wahrnehmung von Menschenrechten in der DDR anerkannt wird, woraus massive Verstöße gegen Menschenrechte (Verfolgung, Haft, politische Repression) resultiert sind. Wesentlich ist hierbei die Honorierung des Erlebten und der Resultate, der massiven Einbrüche im persönlichen sowie beruflichen Leben (sowohl in DDR als auch BRD), des Weiteren die Anerkennung der gesundheitlichen Folgeschäden der Betroffenen und die Partizipation bzw. der Einbezug der Betroffenen. Zeitzeugenschaft ist ein wichtiges Thema, bei der es um die Einbindung der Zeugen in die historische Erzählung geht, sodass die Deutungshoheit nicht allein bei Wissenschaftler_innen/ Historiker_innen liegt. Eine ehrliche, öffentliche Biografiearbeit ist als Akt der Würdigung hilfreich. Für die Betroffenen ist es wichtig, dass die Presse, öffentliche Meinung dabei ist. Die Kehrseite der Medien ist allerdings der Missbrauch bzw. das Ausnutzen der Opfer für Schlagzeilen. Außerdem ist der öffentliche Umgang mit den Täter_innen eine wichtige Art von Anerkennung, d. h. inwiefern Täter_innen auch öffentlich benannt werden. Leider ist die juristische Strafverfolgung abgeschlossen.

Schädigend kann der Staat wirken, indem die Opfer im Rehabilitierungsverfahren die Beweislast tragen müssen, dies ist schwer re-traumatisierend. Die Betroffenen werden auf ihre Opferrolle reduziert. Das nachprüfende Vorgehen der Rehabilitierungsbehörden löst bei manchen paranoide Ängste aus. Gesellschaftliches Misstrauen, sozialer Rückzug, Depressivität oder auch psychosomatische Störungen sind Konsequenzen.

Fehlende staatliche Anerkennung führt zu einem Fortschreiten der Traumakette und geht einher mit einer andauernden Verlusterfahrung. Auch eine fehlende Informationsvermittlung ist kritisch. Die Betroffenen werden nicht informiert über ihre Rehabilitierungsmöglichkeiten, z. B. die Opferrente.

Anerkennung kann zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit beitragen, indem Ebenbürtigkeit herausgestellt wird und dadurch eine Integration in die Gesellschaft stattfindet. Zur psychischen Gesundheit trägt staatliche Anerkennung bei, sofern eine Veränderung der Begutachtungssituationen stattfindet und diese nicht mehr zu Retraumatisierungen führen: Die

alleinige Auseinandersetzung mit dem erlebten Leid zur Erlangung finanzieller Ausgleichsmittel führt nicht zu einer Bewältigung des Traumas. Als Beitrag zur psychischen Gesundheit sollte der Staat also die Grundlage bzw. das Gefühl von Sicherheit schaffen, sich mit dem erfahrenen Unrecht befassen zu können, indem die Verfahren vereinfacht würden. Es müsste eine Grundentschädigungsleistung geben, die unabhängig von gesundheitlichen Folgeschäden oder der Einstufung nach Versorgungsgesetz erfolgt. Die gesundheitliche Versorgungsleistung sollte dann bedarfsgerecht erfolgen, wie es individuell gebraucht werde. Angebote sollten finanziert werden, die außerhalb der Regelversorgung der Krankenkasse oder Rententräger sind.

Interview mit Wolfgang Kaleck

Interviewer: Wolfgang Kaleck, Rechtsanwalt und Generalsekretär der Menschenrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights e. V. (ECCHR)

Interviewerin: Kristina Sara Utz

Ort: ECCHR, Berlin

Datum: 3.7.2014

Länge: 45 Minuten

Zusammenfassung

Betroffen sein von Menschenrechtsverletzungen kann Vieles bedeuten, weshalb der Begriff besser auf schwerste Menschenrechtsverletzungen wie Folter beschränkt werden sollte. Transitional Justice scheint hierbei keine allzu Erfolg versprechende Kategorie zu sein, da sie primär auf autoritäre Regime des Globalen Südens zutrifft, nicht aber auf den „Westen“. Dabei sollte es eigentlich irrelevant sein, von wem schwerste Menschenrechtsverletzungen (vgl. Verbrechen gegen die Menschlichkeit) ausgehen – ob ein Regime demokratisch ist oder nicht.

Tatsache ist, dass sich intentionale Menschenrechtsverletzungen sehr von anderen Formen der Gewalt unterscheiden, da man Teil eines geplanten Systems der Unterdrückung ist. Umso wichtiger ist hier auch die kollektive Dimension: Dabei leistet öffentliche Anerkennung einen wesentlichen Beitrag (z. B. bei der Eröffnung von Gerichtsprozessen). Anerkennung erfolgt dabei in vielen einzelnen Schritten mit ihren jeweiligen Mikrodynamiken. Dabei sind schon kleine Schritte wichtig – allen voran die Möglichkeit, als Betroffene gehört zu werden und sich zu äußern – und nicht nur das Ergebnis (z. B. die Verurteilung von Täter_innen) – „zwischen Nichts und Allem ist ein weites Feld“. Das soll nicht heißen, dass nicht große Ziele angestrebt werden sollten; jedoch muss die Limitation klar sein – denn angesichts schlimmster Verbrechen werden keine Bemühungen ausreichend sein. Die Auseinandersetzung ist dennoch essentiell und als solche nie abgeschlossen. Kaleck betont die interindividuellen Unterschiede bei dem, was im Prozess der Anerkennung als wichtig erachtet wird. Gesetze bilden die Grundlage, sind aber mit Leben zu füllen – es gibt einen Unterschied zwischen der Erlassung eines Gesetzes und dessen Umsetzung. Wichtig ist schließlich, was die Rechtsprechung dem/r Einzelnen bringt.

Anhang C: Itemselektionstabelle

Tabelle C-1

*Selektion der Items in einzelnen Schritten mit (1) Grad der Zustimmung der Expert_innen in %, (2) Schwierigkeitsindex ($AM/4 * 100$) und (3) Trennschärfe.*

	(1)	(2)	(3)
Im ersten Schritt eliminiert (Expert_innen-Rating)			
Ich habe es verdient, als Opfer anerkannt zu werden.	40		
INV: Ich werde durch staatliche Institutionen aufgrund meiner Erfahrungen diskriminiert.	40		
Von staatlicher Seite aus wird versucht, meine Geschichte zu verstehen.	40		
Es wird von staatlicher Seite Interesse an meiner Geschichte gezeigt.	40		
Auch wenn die Entschädigungen besser sein könnte(n), bin ich zufrieden damit.	40		
Ich werde vom Staat aufgrund meiner Erfahrungen unterstützt.	40		
INV: Ich werde vom Staat trotz meiner Erfahrungen allein gelassen.	40		
Meine Entschädigungsforderungen werden von staatlicher Seite großzügig gehandhabt.	40		
Es gibt eine offene Atmosphäre in staatlichen Institutionen für meine Anliegen.	40		
Im zweiten Schritt eliminiert			
Die schwierige Lage meiner Situation wird wertgeschätzt.* (Item 3)	100	21.00	0.52
INV: Meine Erfahrungen werden von staatlicher Seite unterschätzt. (Item 7)	80	38.00	0.21
Die schwierige Lage meiner Situation wird öffentlich gewürdigt.* (Item 8)	80	20.50	0.60
Die Beweislast für mein erlebtes Leid liegt nicht nur bei mir. (Item 11)	80	65.50	-0.01
Es gibt gesetzliche Reintegrationsmaßnahmen, die mich dabei unterstützen, wieder Teil der Gesellschaft zu werden. (Item 22)	60	32.25	0.46
Im dritten Schritt eliminiert			
Meine Geschichte wird mir vom Staat geglaubt. (Item 13)	60	44.25	0.66

INV: Ich bin (aufgrund meines Opferstatus) rechtlich benachteiligter als andere. (Item 16)	80	49.25	0.31
Ich werde durch spezielle Gesetze und Regelungen unterstützt.* (Item 21)	100	36.25	0.48
Im vierten Schritt eliminiert			
INV: Ich werde von staatlichen Institutionen erniedrigt. (Item 5)	80	55.5	0.56
Im fünften Schritt eliminiert			
Es gibt ein Grundvertrauen von staatlicher Seite in meine Geschichte. (Item 12)	80	29.75	0.57
Ich habe ausreichend Informationen über die zur Verfügung stehenden Hilfen. (Item 24)	60	53.00	0.35
INV: Ich werde vom Staat als Opfer für meine Erfahrungen schuldig gemacht. (Item 29)	80	67.25	0.46
Im endgültigen Fragebogen enthalten			
Ich werde in meinem Status als Opfer von staatlicher Seite gewürdigt. (Item 1)	100	26.25	0.55
Ich werde mit meinen Problemen von staatlicher Seite aus ernst genommen.* (Item 2)	60	23.50	0.62
In meinen Augen ist dem Staat etwas daran gelegen, das Geschehene sichtbar zu machen. (Item 4)	100	31.25	0.65
Mir wird von staatlicher Seite der Respekt gezollt, den ich aufgrund meines Opferstatus verdiene.* (Item 6)	80	23.00	0.58
Die Bereitstellung von Entschädigungsmaßnahmen zeigt mir, dass ich als Opfer wichtig bin. (Item 9)	60	27.25	0.55
Ich fühle mich als Zeitzeuge/in ernst genommen. (Item 10)	80	32.25	0.67
Meiner Version der Geschichte wird vom Staat Beachtung geschenkt. (Item 14)	100	33.00	0.70
Ich bin trotz meiner Erfahrungen ein gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft. (Item 15)	60	57.75	0.46
Ich werde durch spezielle Gesetze in meinem Opferstatus gewürdigt. (Item 17)	100	31.25	0.57
In meinen Augen ist dem Staat etwas daran gelegen, das Vergangene wieder gut zu machen. (Item 18)	60	30.50	0.62
Ich habe die gleichen Rechte wie alle anderen Mitglieder der Gesellschaft. (Item 19)	80	68.25	0.46

INV: In meinen Augen gibt es Opfergesetze nur auf dem Papier. (Item 20)	80	40.00	0.43
INV: Meine Erfahrungen werden im aktuellen Recht missachtet. (Item 23)	80	40.50	0.43
Ich bin informiert über meine Rechte als Betroffene/r. (Item 25)	80	56.75	0.47
Ich weiß, an welche staatlichen Ansprechpartner ich mich bezüglich meiner Erfahrungen wenden kann, um Hilfe zu bekommen. (Item 26)	80	52.50	0.50
INV: Ich werde von staatlicher Seite im Stich gelassen. (Item 27)	80	42.75	0.42
INV: Ich habe die Hoffnung aufgegeben, dass ich Unterstützung vom Staat bekomme. (Item 28)	60	50.00	0.60
Der Staat tut alles, was in seiner Macht steht, um mir als Opfer zu helfen, zurück ins Leben zu kehren. (Item 30)	80	28.00	0.59

Anmerkungen: INV: = umkodiert. * = Ausreißer.

Anhang D: Fragebogen zur wahrgenommenen staatlichen Anerkennung als Betroffene/r von Menschenrechtsverletzungen

Bitte geben Sie bei den folgenden Aussagen an, inwiefern Sie zustimmen oder ablehnen.

	Trifft gar nicht zu	Trifft wenig zu	Trifft teilweise zu	Trifft ziemlich zu	Trifft völlig zu
1. Ich werde in meinem Status als Betroffene/r von staatlicher Seite gewürdigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
2. Ich werde mit meinen Problemen von staatlicher Seite aus ernst genommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
3. Ich bin trotz meiner Erfahrungen ein gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
4. In meinen Augen gibt es Opfergesetze nur auf dem Papier.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
5. Die Bereitstellung von Entschädigungsmaßnahmen zeigt mir, dass ich als Betroffene/r wichtig bin.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
6. Ich fühle mich als Zeitzeuge/in ernst genommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
7. Ich bin informiert über meine Rechte als Betroffene/r.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
8. Meine Erfahrungen werden im aktuellen Recht missachtet.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
9. In meinen Augen ist dem Staat etwas daran gelegen, das Geschehene sichtbar zu machen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
10. Mir wird von staatlicher Seite der Respekt gezollt, den ich aufgrund meines Status als Betroffene/r verdiene.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
11. Ich habe die gleichen Rechte wie alle anderen Mitglieder der Gesellschaft.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
12. Ich werde von staatlicher Seite im Stich gelassen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
13. Ich werde durch spezielle Gesetze in meinem Status als Betroffene/r gewürdigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
14. Meiner Version der Geschichte wird vom Staat Beachtung geschenkt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
15. Ich weiß, an welche staatlichen Ansprechpartner ich mich bezüglich meiner Erfahrungen wenden kann, um Hilfe zu bekommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
16. Ich habe die Hoffnung aufgegeben, dass ich Unterstützung vom Staat bekomme.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
17. In meinen Augen ist dem Staat etwas daran gelegen, das Vergangene wieder gut zu machen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
18. Der Staat tut alles, was in seiner Macht steht, um mir als Betroffene/r zu helfen, zurück ins Leben zu kehren.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Auswertung

1. Die Punktzahl der Werte liegt zwischen 0 (*trifft gar nicht zu*) bis 4 (*trifft völlig zu*). Die Berechnung erfolgt durch Aufsummieren.
2. Invertieren der negativ gepolten Items 4, 8, 12 und 16.
3. Die Subskalen setzen sich wie folgt zusammen:

1. Würdigung

1 _____

2 _____

5 _____

6 _____

9 _____

10 _____

13 _____

14 _____

17 _____

18 _____

2. Gleichstellung

3 _____

7 _____

11 _____

15 _____

3. Missachtung

4_{inv} _____8_{inv} _____12_{inv} _____16_{inv} _____

Summe 1: _____

Summe 2: _____

Summe 3: _____

4. Berechnung des Gesamtwerts durch Aufsummieren der Subskalen:

Summe 1:

Summe 2:

Summe 3_{inv}:

Gesamtwert:

Der Wertebereich für den Gesamtwert liegt zwischen 0 und 72.

Anhang E: Bescheid der Ethikkommission

Ethikkommission der Freien Universität Berlin
Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin

Frau Kristina Sara Utz
Siegfriedstraße 5
12051 Berlin

**Ethikkommission
der Freien Universität Berlin
FB Erziehungswissenschaft und
Psychologie**

Prof. Dr. Stefan Koelsch
Vorsitzender der Ethikkommission
Habelschwerdter Allee 45
14195 Berlin

Tel.: +49 30 838-5 75 18
Fax: +49 30 838-5 75 19
stefan.koelsch@fu-berlin.de
www.fu-berlin.de
Bearb.-Zeichen: 82/2014
Bearbeiterin: Frau Gulka

Berlin, 13.10.2014

Beschlussmitteilung der Ethikkommission

Die Ethikkommission der Freien Universität Berlin hat das nachstehende Forschungsprojekt begutachtet:

Wahrgenommene staatliche Anerkennung als Opfer von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen politisch motivierter Gewalt

Die Ethikkommission kommt zu folgendem Beschluss:

Das Projekt wurde **positiv** begutachtet (die Ethikkommission hat keine Einwände erhoben).

Prof. Dr. Stefan Koelsch
(Vorsitzender der Ethikkommission)

Erklärung und Autorinnenhinweis

Hiermit erklären wir, dass wir die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt haben.

Berlin, den

Valeska Gerst

Rothenburgstraße 25

12165 Berlin

valeska.gerst@web.de

Kristina Sara Utz

Siegfriedstraße 5

12051 Berlin

k.utz@posteo.de

Beide Autorinnen waren zum Zeitpunkt des Verfassens der Arbeit Studierende der Freien Universität Berlin.